

In diesem Heft

| | |
|---|-----|
| In memoriam Gunther Kohlmey | 109 |
| Essay | |
| ELVIERA THIEDEMANN Der mentale Mauerbau nach dem Mauerfall | 111 |
| 10 Jahre PDS | |
| WOLFRAM ADOLPHI Die PDS in der Erfolgskrise | 120 |
| MAX KLEIN Persönliche Erinnerungen an den außerordentlichen Parteitag der SED am 9./10.12. und 15./16.12.1989 aufgeschrieben für einige Freunde | 130 |
| Gründerkrach. Dokumente zur Entstehung der PDS | 136 |
| ROLAND CLAUS Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation | 146 |
| Standorte | |
| JÖRG ROESLER Die DDR in den neunziger Jahren. Eine Animation | 151 |
| JOCHEN WEICHOLD Ministeramt und Parlamentsmandat. Ein Beitrag zu einer demokratietheoretischen und verfassungsrechtlichen Debatte | 158 |

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE

Wider das marxistische Bilderverbot.

Bogdanows utopische Romane

»Der rote Planet« (1907) und »Ingenieur Menni« (1912) 167

Konferenzen & Veranstaltungen

CHRISTOPH JÜNKE

Über die Ethik der Solidarität.

Eine Begegnungstagung zum

85. Geburtstag von Jakob Moneta 180

BRIGITTE BERLEKAMP

Der Weg in den Krieg.

Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen

Hitlerdeutschlands 1938/39 183

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

186

Bücher & Zeitschriften

Lothar Hornbogen, Detlef Nakath,

Gerd-Rüdiger Stephan in Zusammenarbeit mit

Manfred Meineke und Marga Voigt:

Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS.

Protokoll der Beratungen

am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin

(STEFAN BOLLINGER)

188

Jan Rehmann:

Max Weber – Modernisierung als passive Revolution.

Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion

im Übergang zum Fordismus.

Eine Veröffentlichung des Berliner Instituts für

Kritische Theorie e. V. – INKRIT,

Argument Verlag Berlin/Hamburg 1998

(REINHARD MOCEK)

190

Gerhard Stapelfeldt:

Geschichte der ökonomischen

Rationalisierung,

LIT Verlag Hamburg 1998

Gerhard Stapelfeldt:

Die Europäische Union –

Integration und Desintegration,

LIT Verlag Hamburg 1998

(ULRICH BUSCH)

192

| | |
|---|-----|
| Peter Glotz: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, Kindler-Verlag München 1999 (HORST DIETZEL) | 194 |
| Klaus Kittler, Klaus Pape (Hrsg.): Ausgrenzung und soziale Bewegungen. Dokumentation der Jahrestagung 1999 von ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen), VSA-Verlag Hamburg 1999 (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) | 197 |
| Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1999 (ARNDT HOPFMANN) | 198 |
| Rosa-Luxemburg-Stiftung | 200 |
| An unsere Autorinnen und Autoren Impressum | 208 |

In memoriam Gunther Kohlmey

Prof. Dr. Gunther Kohlmey, Gründungsvorsitzender des Fördervereins Konkrete Utopien e.V. und einer der Väter unserer Zeitschrift »UTOPIE kreativ«, ist tot. Am 25. Dezember 1999 erlag er 86jährig einer langen Krankheit, die ihn von Herbst 1995 an ans Bett gefesselt hat – körperlich bis zum Äußersten geschwächt, geistig wach geblieben bis zum Ende.

Gunther Kohlmey und »UTOPIE kreativ« trafen im Herbst 1992 zusammen. Da war die Zeitschrift zwei Jahre alt und nach einigem Anfangserfolg in einer tiefen Krise, und Gunther Kohlmey war 79 und brachte – vom damaligen Chefredakteur Helmut Steiner »aufgespürt« und eingeladen – so viel Lust an Streit und Debatte, so viel nach Gedrucktwerden drängende Gedankenfülle und so viel Kraft für wissenschaftsbeförderndes Engagement mit in unsere enge Redaktionsstube, daß an ein Aufgeben von da an nicht mehr zu denken war. Er hatte uns – die fast alle vier Jahrzehnte Jüngeren, die auch heute noch im Impressum verzeichnet sind – ganz einfach »auf den Haken genommen«.

Nicht direkt im Redaktionsalltag. In den hat er sich nicht eingemischt. Aber mit seinem sowohl in eigenen Artikeln als auch auf Vereinsitzungen und in Briefen an uns geltend gemachten Anspruch an die Linienführung der Zeitschrift, an ihren Grundgestus, an die Qualität der Beiträge – und mit der Anerkennung, die er uns spüren ließ für das, was wir da versuchten. Sage niemand, solche Hinwendung sei selbstverständlich gewesen. Als überraschend klein hatte sich ja nach dem Zusammenbruch der DDR der Kreis jener Gesellschaftswissenschaftler erwiesen, die in der Lage waren und den Mut fanden, sich über alles Elend des eigenen Versagens und der demütigenden Abwicklungen hinweg nicht nur ans Schreiben des einen oder anderen Artikels oder Buches, sondern darüber hinaus auch an die Mitgestaltung eines Stückes eigenständiger sozialistisch-alternativer Wissenschaftslandschaft zu wagen.

Für Gunther Kohlmey aber war genau dieses Seltene Lebenskonsequenz. Er wollte mit dem Lernen nicht aufhören, nicht mit dem aufklärenden Lehren, und er wollte von seiner Widerständigkeit nicht lassen. Denn von all dem war sein Leben geprägt von frühen Jahren an. Geboren am 27. Juli 1913 in einer Berliner Lehrerfamilie, studierte er in Berlin und Freiburg Volkswirtschaft und promovierte 1939 mit einer entgegen allem Zeitgeist marxistisch fundierten Dissertation über die Industrialisierung Britisch-Indiens und Argentinien. Als Leutnant der faschistischen

Wehrmacht lief er 1943 am Kuban über – und entging dort der Unerhörtheit seines Tuns wegen nur knapp der mißtrauensbegründeten Erschießung. Bis 1947 war er Lehrer an der Antifa-Schule in Krasnogorsk, und mit der Rückkehr nach Berlin wurde er einer der Mitbegründer der Wirtschaftswissenschaften in der DDR. 1953 kollidierten seine Auffassungen vom Markt im geplanten Sozialismus zum ersten Mal vehement mit »der Linie« – aber weil sich die SED-Führung entschied, auf seine Arbeit nicht verzichten zu können, entging er der Verfolgung. Was, wie wir heute wissen, angesichts der willkürlichen Suche nach für Schauprozesse geeigneten »Abweichlern« viel mit Zufälligkeit zu tun hatte.

Das Gebrauchtwerten und Gebrauchtwerten-Wollen aber hieß: Im Herbst 1953 wurde Gunther Kohlmey Gründungschefredakteur der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft«, im darauffolgenden Jahr Gründungsdirektor des wirtschaftswissenschaftlichen Akademieinstituts und 1956 erlangte er mit seinem Werk »Der demokratische Weltmarkt« auch internationale Bekanntheit. 1957 aber geriet er ins Visier des SED-offiziellen »Kampfes gegen den Revisionismus« und wurde – wie auch seine Mitstreiter Fritz Behrens, Arne Bernary und andere – aus allen Ämtern gedrängt.

Gunther Kohlmey hat nicht gewollt, daß man aus den existentiellen Bedrohungen, denen er damals ausgesetzt war, irgendwelche Legenden webt. Nüchtern hat er uns Jüngeren diese Jahre geschildert – und sehr ernst war es ihm damit, uns klarzumachen, wie unverändert es ihm trotzdem auch im weiteren um einen Erfolg des Sozialismus ging. An die Hochschule für Ökonomie nach Berlin-Karlshorst hatte man ihn abgeschoben – aber wer dort bei ihm lernte, merkte sehr bald: Da brannte unbeirrt ein wissenschaftliches Feuer, da verstand es einer, junge Leute für marxistisches Denken zu begeistern, da schlug sich einer in die Bresche für mutige, Widersprüche benennende Dissertationen. Und da wußte einer einmalige persönliche Erfahrungen zu vermitteln: unter anderem auch die eines Wirtschaftsberaters der kubanischen Revolutionsregierung in der Ära der Wirtschaftsleitung durch Che Guevara.

Daß es öffentlich still um ihn geworden war und alle zentralen Lehrbücher und Bildungsschriften in der DDR von seinen wissenschaftlichen Auffassungen und Lageanalysen »frei« blieben, gehört zu den vielen, vielen »kleinen« Vorgängen, die das Land und insbesondere seine Jugend immer ärmer gemacht haben. Es ist an uns, den Reichtum, der da verspielt worden ist, wieder in die Öffentlichkeit zurückzuholen. In welcher Dichte Gunther Kohlmey das selbst noch in Angriff genommen hat, ist wunderbar nachzulesen in einem Aufsatz vom Herbst 1993, der zu einer größeren, aber nicht mehr zustande gekommenen Arbeit den Grundriß abgab – »Ethnische Selbstbestimmung und Globalität« (vgl. UTOPIE kreativ Heft 37/38). Dort hat er am Schluß – ein Bild von Ernst Bloch aufnehmend – die Aufgabe für sozialistisches Denken und Handeln in der kapitalistischen Welt von heute so umrissen: »Theoretisch geht es ... um das Ausarbeiten alternativer Szenarien für die (wohl längeren) Zwischenzeiten, praktisch um das Randalieren in des Teufels Wirtshaus.«

ELVIERA THIEDEMANN

Der mentale Mauerbau nach dem Mauerfall

Anfang der neunziger Jahre fand ich in einem Interview, das Jürgen Habermas der *Woche* gab, folgende treffende Einschätzung zum Einigungsvertrag:

Jener Vertrag, den Herr Schäuble in Gestalt des Herrn Krause mit sich selber abgeschlossen hatte, mußte als Ersatz dienen für einen Gesellschaftsvertrag, den die Bürger zweier Staaten miteinander hätten aushandeln müssen, um die Bedingungen zu kennen, unter denen man füreinander eintreten will.

Dieser Pakt wurde unter Mißachtung der verschiedensten Sachkompetenzen von genannten Herren zusammengezimmert – mit Bedacht im Eiltempo, wodurch der Bevölkerung in West und vor allem in Ost, die 1990 ohnehin mit vier verschiedenen Wahlen beschäftigt war, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Zeit zum Nachdenken genommen wurde. Von einem Prozeß demokratischer Partizipation konnte also keine Rede sein.

Was als cleverer Schachzug erschien, provozierte bald die verschiedensten Problemlagen im Transformationsprozeß, deren Bewertung und mögliche Entspannung dazu zwingen, gedanklich zum Ausgangspunkt zurückzukehren: zur Wende im Herbst 1989, einschließlich einer Bestandsaufnahme wesentlicher Gemeinsamkeiten und Unterschiede, welche damals zwischen den Staaten und Gesellschaften der BRD und DDR zu verzeichnen waren, in der Euphorie der Wendezeit aber kaum eine Rolle spielten.

Meine erste These lautet: Nähert man sich gesellschaftlichen und politischen Parallelen zwischen den deutschen Teilgesellschaften, wie sie bis 1989 bestanden, fällt auf, daß diese nicht gerade progressiver Natur waren.

Denn *erstens* verharnte der DDR-Sozialismus auch nach seiner Konsolidierung weiter in paternalistischen Strukturen, die sich lediglich mit Inhalten füllten, die der bürgerlichen Gesellschaft entgegengesetzt waren.

Zweitens orientierten sich beide deutsche Staaten an Wachstums- und Fortschrittsideologien.

Drittens wurden auf beiden Seiten Feindbilder gepflegt.

Viertens galt Gewaltanwendung für die jeweils »richtige Sache« beiderseits als legitim.

Fünftens erlebte in Ost und West – als Tribut an den fortschreitenden Zivilisationsprozeß – die Mehrheit der Menschen eine *neue Entmündigung*, wie sie Alexander Mitscherlich für den Westen und Rudolf Bahro für den Osten beschrieb.

Elviera Thiedemann –
Jg. 1951, Lehrerin für
Kunsterziehung und Musik,
Mitarbeiterin der Arbeits-
gemeinschaft Betriebliche
Weiterbildungsforschung,
Vorstandmitglied des
Kautsky-Bernstein-
Kreises e.V.,
Veröffentlichungen: seit
1992 Mitarbeit an mehreren
Schulbüchern für den Verlag
Volk und Wissen; »Es kam
ein langer lichter Herbst« –
Tagebuch der Wendezeit
1989/90 (1999), »Die
Eleganz der Eseltreiber« –
Tagebuch der Wendezeit
1991 bis 1993 (erscheint in
diesem Jahr im trafo-Verlag)

Sechzens wurde der Arbeitsprozeß für die Mehrheit in beiden Gesellschaften – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – zu einem wesentlichen »Frustrationsmittel«, was zu einem Ausgleich durch stetig wachsenden Konsum drängte.

Siebzehzens wurden Friedens-, Öko- und Menschenrechtsbewegungen, die als Antwort auf die Herausforderungen globaler Entwicklungstendenzen entstanden, auf beiden Seiten ambivalent aufgenommen.

Achtzens ähnelten sich die Haltungen gegenüber ausländischen Bürgern hinsichtlich der Einschätzung der Wertigkeit ihrer Kulturen.

Neunzens war die gedankliche Verbindung von Demokratie und Wohlstandssicherung im Westen Deutschlands mit entsprechenden Versorgungsansprüchen nicht weit entfernt von der »Vater-Staat-Mentalität« im Osten.

Zehnzehzens gab es Gemeinsamkeiten in der psychischen Struktur. Der Historiker und Publizist Erich Kuby spricht davon, daß das Selbstwertgefühl der Deutschen von zwei Konstanten geprägt werde: »Die eine reguliert die Vorstellungen, das Denken und Handeln der Bevölkerungsmehrheit, wenn sich diese vom Glück begünstigt und in Siegerlaune fühlt; Überheblichkeit, Fremdenhaß paaren sich in zynischer Verachtung für Recht, Freiheit, Gerechtigkeit, die nur als Schwächezeichen interpretiert werden. Die zweite Konstante tritt hervor als Feigheit, Verlogenheit, Kriechertum, politischer Gedächtnisschwund ... wenn es zur selbstverschuldeten Niederlage kommt.«

Daß die Ausbildung des Selbstwertgefühls sowie die Identitätsbildung als Deutsche/West bzw. Deutsche/Ost in all den Jahren der Teilung problematisch war, belegte auch eine kritische Äußerung des westdeutschen Historikers v. Thadden bereits einige Jahre vor der Wende: Die Mehrheit der Westdeutschen beziehe ihre Identität aus der D-Mark und die Mehrheit der Ostdeutschen aus Goldmedaillen.

Meine zweite These lautet: Im Gegensatz zu gesellschaftlichen und politischen Parallelen, die einen eher rückwärtsgewandten Charakter haben und daher wenig geeignet sind, eine *neue, gesamtdeutsche Identität* zu stiften, könnten vor allem die *Unterschiede* – wenn sie denn *produktiv gemacht würden* – diesen Beitrag leisten.

Ob man die Besitz- und Produktionsverhältnisse, die Rolle des Kapitals oder die Art und Weise der Rechtsprechung vor Augen hat; ob man eine dem Menschen angemessene Produktionsweise hinsichtlich des Tempos gesellschaftlicher Prozesse oder sozialer Sicherheiten in einer immer unsicherer werdenden Lebenswelt betrachtet; ob man die Stellung der Frau, der Jugend und der Senioren oder die Bedeutung der Familie, die Aufgaben des Erziehungssystems, die Rolle der Kirchen und der Medien untersucht: Welch ein Reichtum an Erfahrungen tut sich da auf!

Bisher waren die verschiedenen Enquetekommissionen jedoch damit beschäftigt nachzuweisen, daß es nirgendwo in der Ex-DDR Erfahrungen gibt, die eine Diskussion wert seien. Gleichzeitig klagt man Optionen notwendiger Entwicklungen ein, die im Osten schon einmal gelebt wurden.

Die Schwierigkeit, unbefangen über diese Unterschiede zu diskutieren, rührt auf beiden Seiten vor allem aus dem propagandistisch erzeugten Bild vom jeweils anderen System. Die Mehrheit der DDR-Bürger hatte ein positives Vorurteil über die Bundesrepublik, was aus mangelnder persönlicher Anschauung und Kenntnis der Realitäten dieser Gesellschaft resultierte. Medienberichte waren zwar fast überall zugänglich, wurden aber hinsichtlich sozialer Problemlagen individuell verharmlost oder ignoriert – unter dem Eindruck der Macht der D-Mark.

Die Mehrheit der Altbundesbürger wiederum pflegte ein Negativbild von allen kommunistischen Gesellschaften als ungebrochene Traditionslinie aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Im Osten wurde der Erbfeind angesiedelt, an der Stelle Mitteldeutschlands befand sich ein weißer Fleck. Das Interesse an diesem Teil der Welt war gering. Ein hoher Prozentsatz der westdeutschen Bevölkerung brachte bei Begegnungen mit DDR-Bürgern (und nicht nur dort) seine Überlegenheit zum Ausdruck, die sich aus der ökonomischen Stärke der Bundesrepublik speiste.

Die beiderseitigen Vorurteile haben bei Entwicklungen in der Wendezeit eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

In den achtziger Jahren kam es zu einer politischen, ideologischen sowie ökonomisch-substantiellen Aushöhlung des Staates DDR. Dazu trugen die Aktivitäten der Widerständler, Dissidenten und Kirchenkreise ebenso bei wie die Unzufriedenheit und die zunehmende Verweigerungshaltung der Mehrheit der Bevölkerung, darunter einer nicht geringen Zahl von Trägern und ehemaligen Anhängern des Systems. Im Sommer/Herbst '89 trat auf Partei- und Regierungsseite ebenso wie auf seiten der Bevölkerung eine Situation der totalen Verunsicherung ein.

Die spürbare Ratlosigkeit auf Regierungsseite, die auch nach dem politischen Sommerloch nicht schwand, veranlaßte couragierte Teile der Bevölkerung zu testen, welche Zugeständnisse man dem krankhaft-geschwächten »Vater Staat« noch abringen konnte und welche eigenen Vorstellungen von einem gerechten, freiheitlichen Staatswesen bei dieser Gelegenheit durchzusetzen möglich wären.

Die politisch treibenden Kräfte dieser Bewegung wie NEUES FORUM und andere im Herbst 1989 gegründete Parteien und Organisationen drängten nach Selbstbestimmung und Erneuerung des sozialistischen Staates DDR und setzten dabei auf ihre eigene Gestaltungskraft – mit der Losung »Wir sind das Volk!«

Die sowjetischen und NVA-Panzer blieben während der sich im ganzen Land ausbreitenden Demonstrationen in ihren Standorten. Jeder konnte bald sicher sein, daß es kein Zusammenschießen der aufbegehrenden Bevölkerung mehr geben würde.

Doch die am 9. November '89 völlig unerwartet und unabgestimmt geöffnete Grenze schuf eine gänzlich neue Situation. Als sich im Verlaufe der Montagsdemonstrationen Kräfte aus dem politischen Untergrund formierten, schwarz-rot-goldene Fahnen mit dem Bundesadler und Reichskriegsflaggen auftauchten, wurde die Stimmung von Teilen der Bevölkerung politisch instrumentalisiert und in ganz andere Richtung gelenkt – jetzt unter der Losung »Wir

sind *ein Volk!*«, was Kanzler Kohl nach der Kundgebung vor der Dresdner Frauenkirche veranlaßte, »die Dinge zu beschleunigen«.

Im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht war damit die Möglichkeit zur oberflächlichen Begutachtung des anderen deutschen Staates und vor allem für die Inbesitznahme der D-Mark geschaffen. Das erzeugte bei der Mehrheit der Ostdeutschen ein Gefühl der Erhöhung und des Sich-alles-leisten-könnens, das Reisen in fremde Länder eingeschlossen.

Nach der oft erfahrenen Minderbehandlung im befreundeten sozialistischen Ausland und dem dort beobachteten Kniefall vor den Westdeutschen eine mental durchaus verständliche Reaktion.

Das meinten auch jene Politiker auf beiden Seiten, die die Gunst der Stunde erkannt hatten und diese Befindlichkeit zu pflegen und zu füttern verstanden (Kohl, 1990: »Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen besser!«).

Zudem schürten die Ärgernisse um die Entwicklung und Verstrickungen innerhalb der SED-PDS und die Tätigkeit der Übergangsregierung unter Hans Modrow immer wieder Mißtrauen. Da für die Mehrheit der Bevölkerung eine ständige Auseinandersetzung mit dem politischen Tagesgeschehen nicht erwartet werden kann und sich infolge der immer neuen täglichen Beunruhigungen ein verständliches Hoffen auf Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen ausbreitete, siegte die geübte Gläubigkeit an den zuverlässigen »Vater Staat« – also auch in Gestalt von Herrn Kohl.

Das zeigte sich deutlich zur Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Es ging der Mehrheit nicht mehr um eigene Konzepte und Ideen, als in Aussicht stand, daß andere nun für die Verbesserung ihres Lebensstandards sorgen würden. So büßten letztendlich alle die »Strafe« für die erzwungene kollektive Unmündigkeit.

Bei Politikern und der Bevölkerungsmehrheit im Westen hatte das stille Aufstehen ihrer »unterentwickelten« Brüder und Schwestern im Osten ein Gefühl des Erstaunens erzeugt, so, als wenn jemand eine besondere Leistung vollbringt, die man ihm aufgrund seines Entwicklungsstandes nicht zugebraut hätte.

Zum Erstaunen gesellte sich jedoch zunächst Handlungsunfähigkeit, da man dem »Vorfall« noch nicht so recht traute. Erst als die CDU (West) die Initiative ergriffen hatte, die offenliegende politische Chance nicht verstreichen ließ, kamen auch andere Kräfte in Bewegung – dann allerdings mit einem nicht mehr zu verhindernden Zeit- und Einflußverlust.

Zwischenzeitlich feierten die Menschen im Westen mit ihren Verwandten aus dem Osten das langersehnte Wiedersehen und dachten wenig darüber nach, welche Konsequenzen die fieberhaften Aktivitäten ihrer Häuptlinge für den Westen haben könnten. Gleichzeitig summierte sich die Überlegenheit durch ökonomische Stärke mit politisch-ideologischer, vierzig Jahre lang auf der richtigen Seite gestanden zu haben, »Sieger« in der Systemauseinandersetzung geworden zu sein.

Das tat der verwundbaren deutschen Seele so gut, daß man darüber die bereits eingetretene Rezession vergessen konnte und sich zum größtenwahnsinnigen Versprechen aufschwang, die deutsche

Einheit aus der Portokasse bezahlen zu wollen. Die Hoffnungen der Deutschen/Ost waren damit unwiderruflich mobilisiert, aber die Unmündigkeit eines Großteils der Deutschen/West verhinderte einen massenhaften Aufschrei dagegen.

Kein gutes Omen für eine »Familienzusammenführung!«

Die Zustimmung zum »Einzug ins gemeinsame deutsche Haus« hatten die Ostdeutschen zwar gegeben, aber dabei gehofft, einige liebgewordene Gewohnheiten und Vorzüge mit hinüberretten zu können – als eine Art Zugewinn.

Doch dort standen die Bedingungen bereits fest, waren sie erprobtes, nicht mehr zu hinterfragendes Inventar.

Regulativ für alle Probleme und Lebenslagen wurde das Sparkassenbuch. Die Höhe der Beträge bestimmte über die Reihenfolge der Wortmeldungen am Familientisch.

Nun die bittere Erkenntnis der neu Aufgenommenen: sich in eine nächste Unmündigkeit begeben zu haben und darin auf nicht absehbare Zeit gefangen zu sein.

Aber auch die politische Unmündigkeit der anderen und deren Unfähigkeit zur Erkenntnis, sich selbst um notwendige Denkanstöße und Veränderungen zu bringen, die ihnen ohnehin nicht auf ewig erspart bleiben würden, komplettierten das »Familiendrama«.

Etwas weniger bildhaft gesprochen:

Führt man sich die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten vor Augen, blieb den ehemaligen DDR-Bürgern nach der Vereinigung gemäß Paragraph 23 nichts, außer der Fristenlösung, der Null-Promille-Grenze und dem Grünen Pfeil, was ja inzwischen – wie bekannt – fast alles der Übergewichtigkeit westdeutscher Interessen zum Opfer fiel.

In den alten Bundesländern galten jedoch alle in vierzig Jahren entstandenen und angeeigneten Gesetzhlichkeiten und Gewohnheiten weiter fort. Fast alles blieb beim alten. Brüche in Biographien mußte es nicht zwangsläufig geben. Für »Spezialisten« dritter und vierter Garnitur eröffneten sich gar Chancen, im Osten zu werden, was sie im Westen nie hätten werden können.

Mit diesem Hinweis auf Nebenerscheinungen, die zu Hauptärgernissen wurden, soll jedoch keineswegs der Beitrag der unermüdlichen, ehrlichen und kompetenten Kollegen aus dem Westen geschmälert werden. Im Gegenteil, vor allem ihnen ist es zu danken, daß in den vergangenen zehn Jahren partiell auch vernünftige Entscheidungen zustande kamen, die längerfristige regionale Entwicklungen anregen.

Doch man stelle sich vor, es wäre den Westdeutschen diese Kulturleistung abverlangt worden, wie sie die Ostdeutschen erbringen mußten: innerhalb kürzester Zeit alle, ein Leben lang bekannten und gewohnten Gesetzhlichkeiten, dinglichen Bezeichnungen und Lebensarten zu »vergessen« und sich ihr ganzes Lebensinventar neu anzueignen.

Biographien, einschließlich erworbener Kompetenzen, wurden auf diese Weise millionenfach in Frage gestellt oder vernichtet. Für viele Ostdeutsche hat das neue Leben noch gar nicht wieder bzw. gar nicht mehr begonnen. Reaktion zahlreicher Westdeutscher: Ihr habt es doch so gewollt!

Zur nötigen Einsicht, daß diese Haltung noch auf sie selbst zurückfallen würde, gelangte die westdeutsche Mehrheit nicht. Und jetzt, da Industrielle und Politiker abwägen, ob Standort Ost oder Standort West zuerst in Konkurs geht, wird im Gerangel um Absatzmärkte und Arbeitsplätze die deutsche Einheit vor den eigenen Unverstand geschoben. Diese Konstellation entsolidarisiert – wo Solidarität doch dringend nötig wäre!

Zudem gewannen die Ostdeutschen inzwischen zwei entscheidende Erkenntnisse:

Erstens: Ohne Kapital und Besitz stößt man sehr schnell an die Grenzen der heißersehnten Freiheit.

Zweitens: Recht ist nicht gleichzusetzen mit Gerechtigkeit.

Mit den gesammelten Nach-Wende-Erfahrungen und einer nunmehr größeren Sensibilisierung für gesellschaftliche Problemlagen kehrte auch ein Stück Selbstbewußtsein zurück. Erst jetzt wurden sich viele ihrer ostdeutschen Identität bewußt, für die sie sich nicht mehr zu schämen gedenken. Denn inzwischen ist ihnen klar geworden, daß ein Teil der Parolen von maroden Städten, verseuchtem Trinkwasser, auf ewig zerstörten Landschaften, die sich heute schon stark relativiert anhören, Bestandteil einer vom Westen ausgehenden Kampagne waren, den Menschen im Osten ihr Lebenswerk unerträglich zu machen, um sich selbst – deren schamvolles Zurückweichen einkalkulierend – neues Terrain zu erobern.

Da dies in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West die öffentlichkeitswirksamste Strategie blieb und zudem noch die Bereitschaft der Westdeutschen, etwas für die deutsche Einheit zu tun, in der Wendezeit leichtfertig verspielt wurde, konnte bisher nicht »zusammenwachsen, was zusammen gehört«, wie Willy Brandt es in der Wendezeit gehofft hatte.

Vielen Ostdeutschen wird jetzt bewußt, in welcher Weise ihre Gläubigkeit und ihr »guter Wille zum Wandel« für politische Zwecke mißbraucht wurden. Und sie fragen sich, warum in der innovationsfreudigen BRD-Gesellschaft ihre – in Zeiten des Mangels ausgeprägte – Kreativität nicht gebraucht wird. Warum ihre Schulbildung nicht gut genug sein soll, obwohl sie unzählige Male feststellten, daß ihnen andere nur in der Selbstdarstellung überlegen sind. Warum ihr Drang zu beruflicher Neuorientierung, ihre Flexibilität und Bereitschaft zu Mobilität ihnen kaum Chancen eröffnen, sich selbständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Warum man genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft mit allen Mitteln zu unterbinden sucht, obwohl sie auch in anderen europäischen Staaten (z.B. in der Schweiz) erfolgreich betrieben wird. Oder ob das Leben wirklich lebenswerter ist, wenn jegliche personellen und dinglichen Werte von Geld diktiert sind. Und ob das heutige Demokratiespiel tatsächlich Partizipation gewährleistet oder ob nicht zunehmend eine unüberwindliche Macht von Kapitalinteressen die Vereinzelung – auch in politischen Aktivitäten – durch Aufspaltung relevanter Probleme erzwingt? In einem Prozeß, der allgemeine Fragen zu privaten stilisiert, die dann losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Selbsthilfegruppen und Vereinen betrachtet werden sollen und damit zur Einflußminderung politischer Potenzen führt, da Prioritäten verlorengehen, dem

einzelnen aber das Gefühl suggeriert wird, er sei an der Gestaltung der großen Politik beteiligt.

Damit langt man bei der Sinnfrage aufklärerischer Positionen an; denn das Gefühl des Ausgeliefertseins an unberechenbare Mächte kombiniert mit den realen existentiellen Problemen, die einen immer größer werdenden Bevölkerungsteil – vor allem im Osten, aber auch im Westen – erfaßt, läßt das Dasein nicht unbedingt lebenswerter und freier erscheinen.

Sollte es etwa Zufall sein, daß sich ausgerechnet in diesem Stadium der kritischen Auseinandersetzung mit gelebtem Leben und den neuen Erfahrungen im Osten »Experten« wie Pfeiffer und Roethe in kontraproduktiver Weise zu Wort melden und sich dabei der Unterstützung einer Mehrheit der westdeutschen Teilgesellschaft sicher sein können? Wurde Roethes Print-Machwerk vielleicht nur zufällig von der EU gefördert?

Gesellschaftliche Umbruchssituationen bieten immer die Chance, neue Strukturen zu schaffen und neue Gedanken auf den Weg zu bringen. Diese Chance bestand auch 1989/90. Daß das westliche System in der Ost-West-Auseinandersetzung, vor allem im ökonomischen Bereich, um einige Klassen effizienter war, wird wohl nicht bezweifelt. Aber berechtigte Bedenken, ob das Effizientere auch gut sei, waren störend. Nur eine Minderheit unterzog sich im Westen der Mühe, gültige Normen und Gewohnheiten zu überprüfen. Mit dem auf westliche Weise deformierten Blick für Realitäten betrachtete die Mehrheit – voran die westdeutschen Eliten – den Osten als Vorstufe des Westens, der sich jenem anzunähern und ihn schließlich einzuholen habe. Die Bedingungen und Verschränkungen zwischen den deutschen Teilgesellschaften während der Zweistaatlichkeit blieben ein Öffentlichkeits-Tabu. Stattgefundene Entwicklungen und prägende Erfahrungen in den Ostländern wurden fast vollständig mißachtet, westliche Verfahrens- und Lebensweisen keinerlei kritischen Tauglichkeitsprüfung unterzogen. Man setzte auf den Markt. Aber dieser brachte in den neuen Bundesländern weder eine breite Mittelschicht hervor, noch konnte er ein Gefühl von Identität und Zugehörigkeit schaffen.

Schon rächt sich, daß es in der Wendezeit nicht zum Aushandeln eines Gesellschaftsvertrages kam, daß die Bevölkerung in Ost und West nicht im entferntesten darauf vorbereitet war, welche Probleme sich im Laufe des Prozesses der Wiedervereinigung möglicherweise einstellen könnten. Und wenn heute behauptet wird, es sei alles nicht absehbar gewesen, so stimmt das schlicht und einfach nicht. Es hat von unterschiedlichsten Seiten Warnungen gegeben, die aus purem Machtkalkül rigoros beiseite geschoben wurden.

Nun geht unter Politikern die Klage um, die Mauer in den Köpfen müsse beseitigt werden. Aber es wird alles dafür getan – mit tatkräftiger Unterstützung sehr einflußreicher Medien –, sie weiter zu befestigen. Die Ungleichbehandlung großer ostdeutscher Bevölkerungsgruppen vor dem Gesetz wird in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung noch immer dahingehend akzeptiert, daß sie es ja 1945 selbst auch schwer gehabt hätten und sich alles erst nach und nach erarbeiten konnten. Man müsse eben Geduld haben. Vierzig Jahre inzwischen auch gelebten Lebens, Trümmer

wegräumen, Aufbau einer neuen Wirtschaft unter Embargobedingungen im Osten Deutschlands kommt in solchen Gedankengebäuden erst gar nicht vor. Alles ausgelöscht.

Still blieb und bleibt es um die Gewinne, die die Banken und Versicherungen sowie verschiedenste Glücksritter sich in Größenordnungen unter den Nagel rissen.

Laut war und ist es aber um die sogenannten »Alt-Schulden«, wofür die Ostdeutschen gefälligst gerade zu stehen haben.

Und überhaupt muß endlich das Jammern über all diese Dinge aufhören und vor allem das Arbeiten gelernt werden! Man habe nach dem Krieg ja auch »in die Hände gespuckt«. Und einen Marshall-Plan, wie die Osis immer denken, habe es eigentlich gar nicht gegeben. Alles selbst bezahlt, alles aus eigener Kraft! Hunderttausende Türken, Italiener, Griechen, Jugoslawen kamen rein zufällig in die Bundesrepublik, um zufällig jene Arbeit zu verrichten, die die Westdeutschen anfangs selbst nicht leisten konnten oder später nicht mehr selber leisten wollten.

Nachdem »Vater Staat« das neue Gräbenziehen geschehen ließ, stößt er nunmehr seine Kinder von der Brust, besonders seine »Stiefkinder«. Fragt man sich doch, warum er sie erst an sich gerissen hat. Es kann wohl nicht nur am »übermächtigen Willen« der Ostdeutschen gelegen haben. Das wäre das einzige Beispiel, daß sie als personelle Minderheit etwas erzwungen hätten!

Stand nicht vielleicht doch die Rolle eines Großdeutschland in Europa Pate bei der schnellen Entscheidung? Da die Quantität einer Bevölkerung ganz entschieden etwas mit der Qualität politischer Entwicklungen zu tun hat, ließe sich – ohne die Freude über die Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse negieren zu wollen – zumindest vermuten, daß die DDR-Bevölkerung auch als Schubmasse zur Durchsetzung lang gehegter politischer Ziele gebraucht wurde, wofür man die lästigen Nebenerscheinungen der Vereinigung durchaus in Kauf nehmen wollte. Und das sind aus heutiger Sicht wohl vor allem die wehleidigen Menschen, die ewig nur fordern und keine Anstalten machen, sich für die Segnungen der deutschen Einheit dankbar zu erweisen.

Auf diesem »Humus« können gegenwärtig sogar Bücher gedeihen, die allen Ernstes verbreiten, man hätte die Osis – »eine ästhetische Zumutung und verdruckster Typ, der immer frecher sein häßliches Haupt erhebt« und den man »nicht mal mehr an die Russen« loswird – doch lieber zur Wendezeit »erschießen sollen« (lt. SPIEGEL 40/1999). Und niemand findet sich, der diese Autoren für die Verbreitung ihrer Ideologie zur Rechenschaft zieht!

Wirklich dramatisch kann die Situation aber erst noch werden – und zwar die gesamtdeutsche –, wenn aufgrund weiterer Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich auch die Möglichkeiten individuellen Konsums abnehmen und nicht mehr ausreichen, die Menschen zu befrieden. Niemand weiß, wie stark die Demokratie dann – ohne die gewohnte Wohlstandssicherung – sein wird.

Eine solche Situation gebiert Veränderungen: entweder konstruktiver Art durch aktive Mitgestaltung von Prozessen oder destruktiver Art – in der wütenden Negierung der bestehenden

Existenzform, was sich in Haß- und Gewaltausbrüchen äußern und damit ein enormes gesamtgesellschaftliches Gefahrenpotential darstellen kann.

Mißt man die Intensität psycho-sozialer Kränkungen an den Kompensationsmöglichkeiten, erkennt man die zwingende Notwendigkeit, einen neuen Politikansatz zu formulieren und durchzusetzen, der sich nicht nur als »Konjunkturpsychologie« (wie E. Eppler es einmal nannte) versteht.

Dies ließe sich z. B. mittels der Modifizierung des Einigungsvertrages anstreben und mit der – im Grundgesetz 1949 formulierten – Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das wiedervereinigte Deutschland verwirklichen, die die neuen Bedingungen ausreichend berücksichtigt; auch in Form einer kritischeren Distanz zu Fortschritt und Wachstum bei strukturpolitischen Entscheidungen, im Bekenntnis zur Bildung als investitionswürdigem Bereich und vor allem in der Einbeziehung von ostdeutschen Erfahrungen in den bundesdeutschen Alltag.

Erst wenn die Ungleichbehandlungen auf den verschiedensten Gebieten beendet werden, können die Deutschen Ost und West sich *gemeinsam* auf den Weg machen zu einer *neuen deutschen Identität*. Dann wird auch die *mentale Mauer* fallen und das zarte Pflänzchen einer *gemeinsamen politischen Kultur* Raum zu wachsen finden.

WOLFRAM ADOLPHI

Die PDS in der Erfolgskrise

Vor zehn Jahren, im Februar 1990, mitten in den aufregendsten Wochen des deutschlandweiten Ringens um das Erbe der Nach-DDR, hat sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) auf den Weg gemacht, zweierlei unter Beweis zu stellen: erstens, daß aus den Trümmern der einst allein herrschenden Staatspartei Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) eine moderne sozialistische Partei erwachsen kann; und zweitens, daß eine Partei auf solchem Weg den Wählerwillen nicht zu fürchten braucht.

Der zweite der beiden Beweise ist so überzeugend erbracht, wie es sich selbst optimistischste Träumer im Februar 1990 nicht haben vorstellen können. Aufbauend auf einer festen Verankerung in den ostdeutschen Kommunen und Landkreisen konnte die PDS bei jeder Bundestagswahl und bei fast allen ostdeutschen Landtagswahlen seither ihren Anteil an den Wählerstimmen beständig erhöhen.

Die Jahre 1998/99 markieren den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung. Den Anfang in der erfolgreichen Wahlenrunde machten am 27. September 1998 die Bundestagswahlen. Daß die PDS dabei erneut in den Bundestag einzog, war an sich keine Überraschung. Seit 1990 war sie dort ja bereits präsent – aber dieser Präsenz haftete, da sie mit einem Wahlergebnis von weniger als fünf Prozent errungen war, stets der Makel des Unfertigen an. Weil sie im Dezember 1990 »nur« auf Grund der gesonderten Berechnung des Wahlgebietes Ostdeutschland und im Dezember 1994 »nur« wegen der vier in Berlin gewonnenen Direktmandate einen Platz im Bundestag gefunden hatte, hatten ihr die dort fest etablierten Parteien nur einen den politischen Handlungsspielraum einschränkenden Gruppenstatus eingeräumt. Nun aber wurde dieser Makel getilgt: Die 5-Prozent-Hürde wurde übersprungen und damit der Fraktionsstatus errungen.

Am gleichen 27. September begann auch ein neues Kapitel der PDS-Landespolitik. In Mecklenburg-Vorpommern formierte sich im Ergebnis der Landtagswahlen zum ersten Mal in der bundesrepublikanischen Geschichte eine SPD-PDS-Koalition. Das war umso bemerkenswerter, als bei einer weiteren Landtagswahl des Jahres 1998 – der in Sachsen-Anhalt – das dort bereits 1994 geschaffene »Magdeburger Modell« der Tolerierung einer SPD-Bündnis 90/Die Grünen-Koalition durch die PDS ausdrückliche Bestätigung fand. Zwar verlor die SPD bei diesen Wahlen ihren bündnisgrünen Koalitionspartner, aber das Tolerierungsmodell behauptete sich – trotz massiver Angriffe der CDU im Landes- und

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; 1990/91 Landesvorsitzender der PDS Berlin; 1991-1998 freiberuflicher Journalist, Publizist und Verleger; seit 1999 Mitarbeiter in der PDS-Bundestagsfraktion; Mitglied der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

im Bundesmaßstab und trotz erheblicher Widerstände in der SPD-Zentrale. Die PDS in der Qualität einer Partei mit direkter Teilhabe an Regierungsverantwortung war – das mußten nach diesen Wahlen auch die hartnäckigsten Zweifler akzeptieren – nicht das Resultat einer kurzzeitigen »Wählerverwirrung«, sondern Ausdruck eines von Mal zu Mal stabiler gewordenen Wählerwillens.

Den weiter wachsenden Zuspruch, den die Partei bei den Wählerinnen und Wählern erfuhr, bestätigten dann auch die Europawahlen im Juni 1999, in deren Ergebnis erstmals PDS-Abgeordnete ins Europaparlament einzogen, die Landtagswahlen im September 1999 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und die Abgeordnetenhauswahlen im Oktober 1999 in Berlin. Mit jeweils fast einem Viertel der abgegebenen Stimmen wurde die PDS in Sachsen und Thüringen zur zweitstärksten Partei. Beide Male tauschte sie diesen Platz mit einer SPD, die diesen gleich doppelten Absturz auch dadurch nicht verhindern konnte, daß sie sich eigentlich in ganz unterschiedlichen Konstellationen befand: In Thüringen hatte sie sich in einer Koalition mit der CDU verschlossen, der sie nun die absolute Mehrheit überlassen mußte; und in Sachsen war es ihr gegen eine übermächtige CDU nie gelungen, als führende Oppositionspartei eine Politik zu entwickeln, die den Namen Opposition tatsächlich verdient.

Stärkste Oppositionspartei ist die PDS auch nach den Landtagswahlen in Brandenburg und nach den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin. Auch in diesen beiden Ländern wurden Rekordergebnisse erzielt – in Brandenburg mit über 23, in Berlin mit über 17 Prozent. In beiden Fällen steht sie hier aber – anders als in Thüringen und Sachsen – einer Koalition aus CDU und SPD gegenüber: In Berlin geht dieses »Modell« bereits in die dritte Auflage, in Brandenburg ist sie nach einer Wahlperiode einer Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Koalition sowie einer weiteren mit einer SPD-Alleinregierung ein Novum. Einen wesentlichen Unterschied erfährt die Oppositionsrolle der PDS in beiden Ländern dadurch, wer als jeweils zweite Partei die Oppositionsstühle besetzt: In Berlin sind es Bündnis 90/Die Grünen, in Brandenburg ist es die rechtsextremistische DVU.

Parallel zum Stimmenzuwachs in Ostdeutschland gab es bemerkenswerte Wahlerfolge auch in zwei westdeutschen Ländern: Im Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg stellt die PDS dort um die 70 Kommunalabgeordnete. Auch das gehört zu einer Bilanz, an die vor zehn Jahren noch niemand ernsthaft zu denken gewagt hätte.

Ganz- und Halberfolge

Aber nun: Wie weiter? Was ist mit dem ersten der Beweise: daß aus der SED eine moderne sozialistische Partei erwachsen kann? Was überhaupt ist eine solche Partei? Bohrend wie nie werfen die Erfolge die Frage auf, was denn mit den gewonnenen Wählerstimmen und den vorderen Plazierungen in der Parteien-Rangliste in den ostdeutschen Ländern nun tatsächlich zu erreichen ist. Die PDS ist aus dem Hochgefühl wachsender Wählerakzeptanz unvermittelt in eine »Erfolgskrise« gestürzt.

So wie die Feststellung zu trifft, daß Einmischung die Bedingung für Änderungen ist, so trifft auch zu, daß es nach heutiger Einschätzung ökonomischer und politischer Kräfteverteilungen nur um einen langfristigen Transformationsprozeß gehen kann, der stützender demokratischer Mehrheiten bedarf, die wiederum vor allem nachweisbarer Leistungen im politischen Raum bedürfen und eben nicht irgendwelcher abstrakten, ideologischen Sendungsreden. Petra Sitte (Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt) in der Sitzung des Parteivorstandes der PDS am 15.11.1999: »Zu Erfahrungen innerhalb des Magdeburger Modells«, in: Pressedienst PDS Nr. 1/2000 vom 7.1.2000 (im folgenden Sitte: Erfahrungen) S. 7.

Die PDS muß beweisen, daß sie eigene Vorstellungen und Ansprüche nicht nur umsetzen könnte, sondern auch wirklich will. Die Scheu, politische Einflußmöglichkeiten (von anderen und früher auch von uns ›Macht‹ genannt) konsequent zu nutzen und einzugreifen, ist eine politische Neurose, die wir in Wendezeiten bekommen haben. Unser gespaltenes Verhältnis zum ›Staat‹ ist auch noch nicht in der Diskussion. ... Die derzeit laufende gezielte Entwertung des Staates mit seinen Aufgaben bzw. Funktionen durch die Beschneidung oder Preisgabe seiner Einflußmöglichkeiten führt auch zur Entwertung der Bedeutung politischer Räume und dort Handelnder, wie Parteien, Organisationen und Verbände und deren Mitglieder bzw. gewählte VertreterInnen. Dem einfach unwidersprochen nachzugeben heißt zugleich, Gestaltungsspielräume zu verlieren. Sitte: Erfahrungen S. 8.

Am Anfang der neunziger Jahre schien alles so einfach: Die Oppositionsrolle war die einzige der politischen Möglichkeiten. Kein Mensch kam auf den Gedanken, daß auch eine PDS mit nur sechs oder sieben Prozent der Wählerstimmen eine Verbindung mit der SPD eingehen könnte – so, wie es zum Beispiel für die FDP in Verbindung mit der CDU/CSU oder zuweilen auch mit der SPD jahrzehntelange Normalität gewesen ist. Zu deutlich war einerseits die harsche Ablehnung der PDS durch alle anderen Parteien, und als zu »unnormale« im deutschen Parteienspektrum empfand sich gleichzeitig auch die PDS selbst.

Auch jetzt kann von »Normalität«, wenn es um den Platz der PDS in der deutschen Parteienlandschaft geht, noch immer nicht die Rede sein. Zwar liegen aktuellen Umfragen zufolge Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und die PDS in der Wählergunst mit jeweils sechs bis sieben Prozent etwa gleichauf. Und die PDS hat darüber hinaus etwas aufzuweisen, was Bündnis 90/Die Grünen und die FDP nicht einmal in ihren erfolgreichsten Zeiten geltend machen konnten, nämlich eine Verankerung in einzelnen Bundesländern in einer Größenordnung von mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen. Aber das alles ändert nichts daran, daß Bündnis 90/Die Grünen und FDP allgemein akzeptierte Regierungspartner auf Bundes- und Länderebene sind, während der PDS immer noch – trotz Mecklenburg-Vorpommern – das Etikett »nicht koalitionsfähig« angeheftet wird.

Und die PDS selbst? Wie reflektiert sie heute diese Nicht-Normalität? Ganz offensichtlich noch immer sehr widersprüchlich. Während die einen es als unbedingt notwendig empfinden, sie durch entschiedenes Streben in die Regierungsverantwortung hinein schnellstmöglich zu überwinden, meinen die anderen, gerade in ihr liege die Chance für die Partei, ihren unverwechselbar eigenen Weg zu gehen. Und viele Positionen liegen irgendwo dazwischen.

Sind die Wahlergebnisse der Jahre 1998/99 ein wirklich ganzer Erfolg – oder nur ein halber? Sind Halberfolge Herausforderung dafür, in den nächsten Jahren in ganze Erfolge umgewandelt zu werden? Sind die Wahlergebnisse im Selbstbild der PDS wichtigster – oder sind sie nur zweitrangiger Spiegel des Wirkens der Partei? Sind mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen ein Auftrag zum Mitregieren, um dessen Realisierung mit aller Kraft gerungen werden muß, oder sind sie lediglich Bestätigung einer als nützlich empfundenen Oppositionsarbeit? Wenn das Letztere richtig ist: Was wird aus dieser Bestätigung, wenn die gewachsene Stimmenzahl nicht zur Schärfung der Oppositionsrolle genutzt werden kann?

Schauen wir mit diesen Fragen im Hinterkopf etwas genauer darauf, was die Wahlerfolge in den einzelnen Ländern an konkreter Haben- und Verlustbilanz zu bieten haben – und zwar auf zwei Ebenen: auf der einen von Haben und Verlust für die Partei »an sich« und auf der anderen von Haben und Verlust für die Gesellschaft.

Wenn das Mitregieren ihr Ziel ist und die Partei zudem fest davon überzeugt ist, daß ihr Gewähltsein tatsächlich ihrem Programm und darum ihrem Mitgestaltungswillen gilt, und wenn sie darüber

hinaus auch noch ganz sicher ist, daß ihr auf alltäglich erfahrbaren Einfluß gestütztes Mitwirken tatsächlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse führt – und folgerichtig ihr Fehlen an dieser Stelle ausdrücklich Verlust bedeutet: Dann ist das Resultat von Mecklenburg-Vorpommern auf Länderebene der einzige wirklich echte Wahlerfolg der PDS. Die Ergebnisse von Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen hingegen sind dann nur Halberfolge, denn trotz des deutlichen Stimmenzuwachses kommt es in all diesen Ländern zu einem entweder gleichbleibenden, wahrscheinlich aber sogar größer werdenden Abstand zur Regierungsverantwortung. Das Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt ist für die PDS in einer solchen Bewertung so etwas wie ein Zwei-Drittel-Erfolg.

Haben und Verlust – oder auch Chancen und Gefahren – für die Partei »an sich« verteilen sich nach unterschiedlichen Erfolgskategorien etwa so. Im Falle des ganzen Erfolges in Mecklenburg-Vorpommern – und vergleichbar auch des »Zwei-Drittel-Erfolges« von Sachsen-Anhalt – bestehen die Chancen vor allem in:

- einem Kompetenzgewinn im täglichen Handeln (die politische Arbeit findet unentwegt im öffentlich-kritischen Raum statt, ihre Resultate müssen öffentlich erläutert und verteidigt werden);
- einem wachsenden, komplexer werdenden Problembewußtsein (wer Verantwortung für ein Ganzes übernimmt, kann sich nicht mehr auf Teillösungen zurückziehen, die das Ganze vernachlässigen);
- einem Zwang zur konzeptionellen und praktisch-alltäglichen Öffnung (aus dem »reinen« Programm muß der Weg zum Kompromiß mit den anderen Mitregierenden gefunden werden);
- dem Attraktivitätsgewinn der Partei dort, wo sie bisher noch keine oder nur wenig Anerkennung fand.

Gefahren hingegen sind etwa wie folgt zu orten:

- tagespolitischer Verschleiß (im Programmatisch-Konzeptionellen wie auch in der Durchsetzungskraft und in der öffentlichen Wirkung);
- Verschärfung innerparteilicher Widersprüche, da die Chancen der Regierungsbeteiligung nicht von allen gleichermaßen erfahren und empfunden werden und vor dem Beginn der Regierungsbeteiligung bereits bestehende Linienunterschiede sich vertiefen;
- Schwächung der Oppositionsrolle der Partei im Bundesmaßstab.

Prüft man die »Halberfolge« auf die ihnen innewohnenden Chancen, fällt die Liste bei weitem nicht so lang aus wie bei den Erfolgen. Ins Auge sticht vor allem der Gewinn an Gelassenheit zur Entwicklung größerer Kompetenz in der Opposition, zur gründlichen Prüfung bisheriger Konzepte und zur fundierten Zuspitzung bereits vorhandener bzw. zur Entwicklung neuer oppositioneller Ansätze.

Als Gefahren aber werden sichtbar:

- Radikalisierung durch Ausgrenzung;
- »Fundamentalisierung« der Oppositionsrolle der Partei im Bundesmaßstab;
- Abnutzung durch Nichtbeachtung.

In welchem Verhältnis sich die genannten Chancen und Gefahren jeweils entwickeln, hängt sowohl von der innerparteilichen

Welche politischen Inhalte der PDS finden aktuell und vermutlich auch langfristig keine politischen Mehrheiten? Wie gehen wir damit um, ohne nicht wieder das Gute für scheinbar »Verständnisunwillige oder -unfähige« zu wollen?
Sitte: Erfahrungen S. 8.

Gleich in welcher Rolle wir uns jeweils wiederfinden [Opposition oder Regierung – d. Red.], wir entgehen weder den grundsätzlichen Fragestellungen noch der Notwendigkeit, auch Antworten entwerfen zu müssen. Alternativen müssen finanzierbar sein, wenn wir ernstgenommen werden wollen. Für Konzepte müssen wir Prioritäten setzen. Zeithorizonte der Umsetzung und Ebenen der jeweiligen Verantwortungen sind zu bestimmen. Auch Verwaltungsfragen, mithin exekutive Fragen, können wir gar nicht mehr ausklammern. In unserem Ländle wie auch in Schwerin haben wir jetzt eine Situation, die sich wie folgt umschreiben läßt: »Roter Kopf und schwarze Füße«.

Sitte: Erfahrungen S. 8.

Entwicklung als auch von der jeweiligen politischen Gesamtkonstellation ab, und davon, wie die PDS in der Lage ist, auf diese Gesamtkonstellation zurückzuwirken. Darum sind auch die »Halberfolge« nicht alle gleich zu bewerten. So gibt es etwa in Berlin erste Anzeichen dafür, daß unter dem Eindruck der Neuauflage einer CDU-SPD-Koalition und eines eigenen weiteren Stimmenverlustes bei Bündnis 90/Die Grünen, die inzwischen auf Platz vier unter den Berliner Parteien eingekommen sind, eine ganz allmähliche Hinwendung zur PDS in Gang kommen könnte – womit die PDS unter Oppositionsbedingungen jene Zusammenarbeitsformen erproben könnte, die anderswo unter den Bedingungen der Regierungsbeteiligung Kompetenzgewinn fordern und versprechen. Auch in Sachsen und Thüringen sind die Chancen, die mit dem »Halberfolg« des Verbleibens in der Oppositionsrolle verbunden sind, ziemlich groß – und im günstigsten Falle auch gewichtiger als die Gefahren –, weil die SPD ebenfalls in der Opposition ist und somit ein »Probelauf« verschiedener Formen des Zusammenwirkens denkbar wäre.

Die schwierigste Form des »Halberfolges« hingegen haben wir zweifellos in Brandenburg. Der dortige Wahlerfolg wird durch zwei deutliche Mißerfolge beeinträchtigt: Erstens dadurch, daß die zuvor allein regierende SPD nicht für eine Koalition mit der PDS gewonnen werden konnte (was nicht allein auf die Konstellation nach den Wahlen selbst zurückgeführt werden kann, in der die Brandenburger SPD an einer Regierungsbildung mit der PDS fraglos keinerlei ernsthaftes Interesse hatte). Zu fragen ist auch, ob in den Jahren zuvor seitens der PDS offen und politisch gezielt genug auf die Möglichkeit einer Koalition hingearbeitet wurde und ob zugleich die Schritte der SPD in Vorbereitung einer Koalition mit der CDU scharf und einheitlich genug kritisiert wurden. Der zweite Mißerfolg bestand darin, daß mit der DVU eine rechtsextreme Partei in den Landtag eingezogen ist. Dies ist nicht nur Ausweis mangelnder Attraktivität links-oppositioneller Politikangebote für jüngere Menschen, worüber die PDS dringend gründlich nachdenken muß, sondern die rechtsradikale Präsenz im Landtag erschwert auch die parlamentarische und außerparlamentarische Oppositionsarbeit erheblich. Denn anders als in Sachsen-Anhalt, wo die DVU gemeinsam mit der CDU in der Opposition gegen eine von der PDS tolerierte SPD-Regierung sitzt, bilden in Brandenburg PDS und DVU zwei entgegengesetzte Flügel der Opposition gegen eine SPD-CDU-Koalition – und schon die ersten Monate nach den Landtagswahlen haben sichtbar gemacht, wie die CDU diese Konstellation zur Wiederbelebung jenes Uralt-Feindbildes nutzt, demzufolge »die Mitte« von Links und Rechts gleichermaßen bedroht werde, und wie willfährig die SPD solchen Tönen zu folgen bereit ist.

»Die Wahrheit in den Tatsachen suchen«

Soweit zu Haben und Verlust in bezug auf die Partei »an sich«. Die andere Ebene – die Haben-Verlust-Bilanz für die Gesellschaft – ist schwieriger zu beurteilen, weil die Maßstäbe schwerer zu finden sind. Ein nicht allumfassender, aber verlässlicher Gradmesser

werden die nächsten Wahlen sein. Sie werden zeigen, ob und wie man die PDS in ihrer Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin will und wie man ihr oppositionelles Wirken in den anderen Ländern beurteilt: als Chance für Kommenendes oder als einen Weg, von dem man sich Zukunftsträchtiges nicht mehr erhofft. Und welche Maßstäbe gelten außerdem? Wie wird man den Wählerinnen und Wählern in Brandenburg jetzt und heute deutlich machen können, daß es besser für die Entwicklung des Landes gewesen wäre, sie hätten einen solchen Druck auf die SPD ausgeübt, daß es zu einer Koalition mit der PDS gekommen wäre? Und wieso ginge es ihnen besser, wenn sie der DVU einen Einzug in den Landtag nicht ermöglicht hätten?

Die Diskussion darüber ist in der PDS noch nicht in einem solchen Maße entbrannt, wie das notwendig wäre. Bilanziert man die innerparteilichen Debatten, die seit den Septemberwahlen 1998 stattgefunden haben, dann dominieren Schwerpunkte, die mehr mit der Partei »an sich« als mit der Wirkung der Partei in der Gesellschaft zu tun haben. Und der Ton der Debatten ist weniger durch mutiges Nach-Vorn-Gehen bestimmt als durch ein zögerndes, warnendes Nach-Hinten-Schauen. Kurz: der in der Überschrift zu diesem Abschnitt zitierte Ausspruch des chinesischen Reformpolitikers Deng Xiaoping hat hier offensichtlich noch wenig Freunde gefunden.

Am deutlichsten wird das im Umgang mit dem einzigen wirklichen Ganz-Erfolg – der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern. Viel zu gering ist das Wissen in der PDS insgesamt um die Erfahrungen, die bisher mit dieser Regierungsbeteiligung gesammelt wurden – so wie übrigens auch das Wissen um die Erfahrungen mit der Regierungstolerierung in Sachsen-Anhalt viel zu gering ist. »In den betreffenden Landesverbänden gelingt es noch viel zu selten, neben der Bewältigung der Alltagsarbeit auch noch (wie in den Marginalien kurz dokumentiert – d. Red.) deren analytische Durchleuchtung zu leisten, die sowohl auf der Ebene »Partei für die Gesellschaft« als auch auf der Ebene »Partei an sich« dringend notwendig ist.« Im Blick der Partei insgesamt auf diese ihre eigenen Gliederungen dominieren nicht etwa neugierige Fragen und der Drang nach Erfahrungsvermittlung, sondern die Sorge, es gehe bei dieser Analyse-Arbeit »die Linie« verloren.

Typisch dafür ist die Programmdebatte, bei der schon die Frage, ob man sie denn überhaupt brauche, vielerorts einen offensichtlich höheren Stellenwert besitzt als die nach den Inhalten. Steht das allein schon in einem seltsamen Widerspruch zu den unübersehbaren Veränderungen, die sich sowohl in der Gesellschaft insgesamt wie auch in der Situation der Partei in dieser Gesellschaft vollziehen, so vertieft sich dieser Widerspruch dort, wo Inhalte dann doch in den Mittelpunkt rücken, noch weiter: Das Minderheitenvotum von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf zu den Programmthesen zum Beispiel ist seiner gesamten Anlage nach keine produktive Verarbeitung der in den Wahlergebnissen sich widerspiegelnden Erfolge der Partei, sondern eine Warnung davor, den Kurs, wie er sich insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt entwickelt, fortzusetzen. Eine Fülle von

In Sachsen-Anhalt wächst zwischen SPD und PDS langsam auch inhaltlich etwas Gemeinsames heran. Es entsteht vielleicht ein politisch verlässlicherer Unterbau der Zusammenarbeit. Größere Schnittmengen sind auch dringend erforderlich. Im Sinne von Reformalternativen gibt es die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft, von der auch Helmut Holter in seinem Papier spricht. Ein Zusammengehen von SPD und PDS zur Verhinderung der großen Koalition zwischen SPD und CDU hatte aus unserer Sicht schließlich inhaltliche Gründe. Das Zusammenwirken darf oder sollte aber nicht den rechten Flügel in der SPD stärken, sondern den linken. Deshalb führen bisweilen überzogene Forderungen oder ultimative Situationen der jeweils anderen Seite eher zu einer Blockierung durch Zerreißproben.
Sitte: Erfahrungen S. 8/9.

Leserzuschriften im »Neuen Deutschland« und in der »jungen Welt« zeigt, daß die Positionen dieses Minderheitenvotums keine kleine Anhängerschaft haben. Deren Ängste kulminieren nicht selten in Sätzen wie: »Wir wollen kein Bad Godesberg für die PDS« oder »Man sieht doch, wohin die Grünen gekommen sind«. Verbunden wird dies in der Regel mit der dringlichen, aber kaum durch eigene Neuansätze untermauerten Forderung nach einer »klaren Klassenanalyse« oder nach einem »klaren marxistischen Standpunkt«.

Auch die Debatte um das Gysi-Papier zur Haltung der PDS zur UNO-Charta ist wesentlich durch die Angst geprägt, die Partei könne durch einen Vorstoß wie diesen »ihre Linie verlieren«, und sie konzentriert sich folgerichtig vor allem auf ein Gegenüberstellen von Textelementen – nicht aber auf das Zusammentragen von Erfahrungen aus der praktischen politischen Arbeit selbst. Gerade das aber wäre doch angezeigt – denn Gregor Gysi sah sich zu seinem Papier nicht aus einem theoretischen Ansatz oder rein textkritischer Streitlust heraus veranlaßt, sondern deshalb, weil der politische Alltag, sprich: die praktische Auseinandersetzung mit anderen politischen Parteien, ihn zu einer raschen Stellungnahme herausforderte. Wäre es deshalb nicht eigentlich viel wichtiger, nun auf allen Ebenen der politischen Arbeit – im Dialog etwa mit anderen Parteien auf Landes- und Kommunalebene, im Gespräch mit Gewerkschaften und Kirchen, mit Verbänden und Initiativen – tiefere Erkenntnisse über die Bewertung der UNO-Charta und die Möglichkeiten und Gefahren von auf ihr basierenden Friedensmissionen zu gewinnen, um die Chancen für zukünftige Mehrheiten auszuloten, als sich in einen Wettbewerb um den »reinsten« Text und die »reinste Haltung« zu begeben?

Die Zeit ist über die Dauerdiskussion ums Opponieren, Tolerieren oder Koalieren hinweggegangen. Zumal viele wie Blinde von der Farbe reden. Wer anders als die Landespartei im Nordosten kennt die Probleme mit dem Regieren? Die PDS darf sich vor der Übernahme von Verantwortung nicht drücken. Sonst wird sie ein Auslaufmodell. Helmut Holter (Stellv. Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern und Landesvorsitzender der PDS): Die PDS als Zukunftspartei, Schwerin, im November 1999 (im folgenden: Holter: Zukunftspartei).

Der Erfolg – von gleichzeitig allen?

Wächst sich die Auseinandersetzung um die Programmthesen und das Gysi-Papier zu einem klassischen »Realo-Fundi«-Streit aus? Auszuschließen ist es nicht – und auch der Ausgang ist noch ungewiß. Denn auch das macht die Erfolge der Jahre 1998/99 gleichzeitig zur Krise: daß sie in der anerkannt pluralistischen Partei sich jede und jeder auf ihre und seine Fahnen schreibt. Oder anders ausgedrückt: Es mangelt an strategischer Übereinstimmung, weil es an analytischer Übereinstimmung fehlt.

Auf Grund welcher programmatischer Positionen sind die Wahlerfolge erzielt worden? Wegen des Strebens nach Mitregieren oder wegen des Beharrens auf einer Oppositionsrolle? Oder vielleicht gar überhaupt nur wegen der Schwäche der Regierenden – so daß das programmatisch Eigene ohnehin nur eine zweitrangige Rolle spielte? Die Antworten auf diese Fragen sind so unterschiedlich wie die Positionen, von denen aus sie gegeben werden. Und da man sich in der Partei bis heute immer wieder darauf verständigt hat, daß man unabhängig von den Mehrheitsentscheidungen, mit denen Beschlüsse gefaßt wurden, die Unterschiedlichkeit der Grundpositionen nicht nur duldet, sondern ausdrücklich will, ist die Antwort darauf, welche der Linien sich als erfolgreicher, als stärker erwiesen hat, in der Tat nicht schlüssig zu geben.

Nun kann zwar eigentlich kein Zweifel daran bestehen, wer das Bild der Partei in der Gesellschaft prägt und ihren Wahlerfolg entscheidend verantwortet. Es ist der modern-reformerisch orientierte sozialistische Grundgestus der Politik – die Verbindung sozialistischer Visionen mit politischer Alltagsarbeit, undogmatisches Zuhören und Lernenwollen, kompromißbereites Ringen um Mehrheiten, Fähigkeit zum Eingehen von Bündnissen – der offensichtlich nicht wenig Anerkennung gefunden hat.

Und dennoch vermittelt die Debatte zuweilen einen ganz anderen Eindruck. Die Vehemenz, mit der das Gysi-Papier zur UNO-Charta, das ja die Zustimmung der Bundestagsfraktion und dann auch einer Mehrheit des Bundesvorstandes gefunden hat, sowohl von einigen Genossinnen und Genossen auf der Vorstandsebene wie auch in verschiedenen Basisgruppen sowie in Kreis- und Landesverbänden zunächst zum Sündenfall in Sachen Friedenskurs hochstilisiert und dann entsprechend scharf attackiert wurde, ließ zuweilen glauben, ein nicht geringer Teil der Partei sehe den Kurs der Partei gerade durch diejenigen am meisten gefährdet, die eben noch Garanten ihres Erfolges waren.

In dieser vehementen Reaktion haben sich in eigenartiger Weise zwei ganz unterschiedliche Strömungen getroffen: einerseits diejenigen, die sich – vor allem, aber nicht nur in der Kommunistischen Plattform – seit langem und mit starker innerer Konsequenz ihrer Texte und Stellungnahmen sehr kritisch zum Gesamtkurs der Partei verhalten und dabei offensichtlich aus jedem neuen Erfolg der Partei den Schluß ziehen, daß er gerade durch ihr warnendes Beharren auf klassisch-kommunistischen Positionen erreicht werden konnte.

Die Probe aufs Exempel ist deshalb so schwer zu machen, weil erstens diese Genossinnen und Genossen mit ihren Positionen kaum in der Landes- oder Kommunalpolitik tätig werden und weil zweitens Genossinnen und Genossen aus der Basis, die in Städten und Gemeinden aktiv sind und die mit ihrer Bereitschaft zu kommunalpolitischen Kompromissen mit anderen Parteien, Verbänden und Interessenvertretungen am Erfolg des Grundkurses der Partei mitgewirkt haben, zugleich aber ihre kommunale Kompromißbereitschaft nicht auf alle Politikfelder übertragen sehen wollen. Irgendwo – so hat man bei diesen Positionen den Eindruck – soll noch »das ganz Reine« erhalten bleiben, wenn es doch schon (natürlich!) im politischen Alltag der Gemeinde, der Stadt, des Kreises nicht zu verwirklichen ist.

Was aber ist nun – unterm Strich solch unterschiedlicher Positionen – jener Erfolgsgrund, der die PDS für mögliche Koalitions- und Zusammenarbeitspartner berechenbar und somit zuverlässig politikfähig macht? In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt werden gerade jene Erfahrungen gesammelt, auf die die PDS insgesamt auf ihrem weiteren Weg unter keinen Umständen verzichten kann. Wo der Pluralismus zur Beliebigkeit gerät, ist er nicht mehr als eine Marotte zur Pflege parteiinterner Befindlichkeiten. Für die Gesellschaft, die von einer Partei Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit erwartet, wird eine Partei mit solcherart Pluralismus belanglos.

Das Nachdenken über neue Wege aus der Massenarbeitslosigkeit muß von Tabus befreit werden. Antworten in der Vergangenheit zu suchen, ist Zeitverschwendung. Die Möglichkeiten der Regionalisierung als eine Antwort zur Globalisierung sind noch lange nicht ausgelotet. Es geht insgesamt um Transformationsprozesse großen Ausmaßes. Konzeptionelle Ansätze der PDS wie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) – verstanden nicht als Abgrenzung, sondern als »Dach« für sozio-kulturelle und andere Dienstleistungen mit strukturpolitischer Relevanz – müssen sich bewähren. Dafür ist regionaler Konsens und Bündelung aller Kräfte eine Grundbedingung. Maßstab kann nicht die Unversehrtheit der Idee, sondern nur der Nutzen für die Menschen sein.

Holter: Zukunftspartei.

Wenn man den Weg nicht findet, liegt es selten an der Landschaft, häufig an der Landkarte. Wer die Gesellschaft gestalten will, muß sie erst einmal zur Kenntnis nehmen. Die meisten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind mit ihrer (persönlichen) Lebenssituation zufrieden. Radikale Veränderungen lehnen viele ab, sie fragen aber eine Perspektive jenseits gegebener Verhältnisse nach. Visionen sind lebensnotwendig – die Hoffnung stirbt zuletzt.

Holter: Zukunftspartei.

Partei ins Offene – die Chance mit den fünf Foren

Damit aber nicht genug: Es gibt noch weitere Ursachen dafür, daß der Wahlerfolg der Jahre 1998/99 den Charakter einer Erfolgskrise hat. Denn nicht nur Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher politischer Standpunkte werten den Erfolg vor allem als den jeweils Ihrigen, sondern auch jeweils ganz unterschiedliche Arbeitsweisen, Arbeitskulturen, Arbeitsstile finden im Erfolg scheinbar gleichgewichtig ihre Bestätigung – und es ist schwer, ausgerechnet darin einen Grund für Veränderung zu sehen.

Aber Veränderung muß sein! Erstaunlich echolos ist in der Partei jene Rede geblieben, mit der Lothar Bisky auf der Bundeskonferenz im Dezember 1998 eine Öffnung der Partei anmahnte – inhaltlich, kulturell und personell. Diese Mahnung ist nach den Erfolgen von 1998/99 noch dringlicher geworden. Denn obwohl die Partei nunmehr vor vielen neuen Herausforderungen steht,

- sind ihre prominenten Akteurinnen und Akteure meist noch immer die gleichen wie 1990;
- wird ihre traditionelle Basis durch die Überalterung kleiner, und auch mancher unter den Jüngeren und Jüngsten ist erschöpft, braucht neue Antriebe und Anregungen;
- brauchen ihre Beziehungen zu Initiativen, Verbänden, Bewegungen Auffrischung;
- geraten bisher erfolgreiche Arbeitsweisen von Fraktionen und Vorständen an ihre Grenzen.

Um gleichzeitig sowohl der Partei »an sich« als auch der Partei in der Gesellschaft neuen Anschub zu geben, haben Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Europaparlamentarier, Vorsitzende der Landtagsfraktionen und die Landesvorsitzenden Ost am 30. August 1999 in einer Klausurtagung die Schaffung von fünf Foren beschlossen:

- Forum Pilotprojekt Ost;
- Forum Zukunft durch Abrüstung;
- Forum Soziale Sicherheit;
- Forum Arbeit, Umwelt und Unternehmen im 21. Jahrhundert;
- Werkstatt Bildung, Wissenschaft und Technologie.

Mit ihnen will die PDS

- Gelegenheit schaffen zu neuen Formen des Gesprächs über Politik;
- Organisationen und Repräsentanten gesellschaftlicher Interessen eine Plattform und Kontaktfläche bieten;
- ihren Gliederungen und Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern Gelegenheit geben, fachlichen Rat zu suchen.

Aber so gut der Gedanke ist und so wichtig der Beschluß: Ins Laufen gekommen ist noch kaum etwas. Die Vielvaterschaft des Erfolgs erweist sich als ausgesprochen hemmend – und zu groß ist offensichtlich auch die Verlockung, anstelle des In-Gang-Setzens neuer Arbeitsformen lieber neue »Reinheits«-Debatten zu führen. Denn wie sonst ist es zu erklären, daß dieser tatsächlich auf neue Aktivitäten gerichtete Beschluß kaum Diskussionen ausgelöst hat, während die Programmthesen und das Gysi-Papier die Debatten bestimmen? Freilich: Die »Reinheits«-Debatte ist vom Schreibtisch aus machbar und ganz individuell zu erledigen – die Foren

aber erfordern den entschiedenen Schritt ins Offene. Der auch noch professionell organisiert und kulturvoll realisiert sein will und einen wirklich langen Atem braucht.

Partei ins Offene – das ist der Schlüssel dafür, daß aus der Erfolgskrise Kraft für neue Erfolge wächst. Partei ins Offene – das heißt auch: Wahlergebnisse müssen Gradmesser Nummer eins des Wirkens in der Gesellschaft bleiben. Weil sie den Erfolg sowohl des Begreifens der Alltagswünsche, -sorgen und -nöte der Menschen durch die Partei als auch des Werbens der Partei ums Verstandenwerden, um die Sinnhaftigkeit ihres Aufklärungs- und Bildungswillens markieren. Und weil sie zeigen, ob der Spagat geschafft wird, der unabdingbare, zwischen Visionen und Utopien auf der einen und dem alltagspolitischen Ringen um Mehrheiten auf der anderen Seite.

MAX KLEIN

Persönliche Erinnerungen an den außerordentlichen Parteitag der SED am 9./10.12. und 15./16.12.1989 aufgeschrieben für einige Freunde

Man liest heute viel darüber, wie es vor 10 Jahren war. Da all die vergangenen Jahre kaum glaubliche Veränderungen und neue Einsichten mit sich brachten, sind dies häufig Texte, die mehr darüber aussagen, was heute gedacht wird, als darüber, was man seinerzeit dachte. Der vorliegende Text ist im Dezember 1989 geschrieben worden. Daher muß man ihn anders sehen. Er sagt wenig darüber, was man heute über diese Zeit denkt, aber er mag einen Einblick zulassen in die damalige Gedankenwelt, jedenfalls die des Autors. Man wird sich erinnern, daß man in den Jahren 1989/90 jeden Tag zu neuen Einsichten kommen konnte. So ist also ein im Dezember 1989, direkt nach dem PDS Parteitag, geschriebener Text nicht mehr, aber vielleicht auch nicht weniger als ein persönliches Dokument zur Zeit. Ich weiß noch, daß ich es schnell schrieb, nicht zur Publikation, sondern für mich und nahe Freunde. So habe ich es belassen, bis auf zwei persönliche Wendungen. Es geht hier vielleicht nicht um Ausgewogenheit oder Schönheit, sondern um unbeeinflusste Erinnerung an denkwürdige Tage, die ich nach Auffassung der Redaktion teilen sollte mit jenen, die nachdenken über eine große Idee und den versuchten, erneuten Aufbruch zu ihr.

MAX KLEIN im Januar 2000

Max Klein – Jg. 1951,
Dr. sc., Physiker, Berlin

Wie alle wissen, war der Herbst 1989 eine revolutionäre Zeit, in der wohl jeder Schwierigkeiten hatte, sich zurecht zu finden. Das meiste, woran ich politisch bereit gewesen war zu glauben, ging den Bach herunter. Für mich am überraschendsten und enttäuschendsten war, daß aus antifaschistischen Widerstandskämpfern moralisch und politisch verkommene Führer geworden waren, daß jedes Gerücht nur noch von der Wahrheit übertroffen wurde (bis auf wenige Ausnahmen in einer dann sich entwickelnden Tendenz zur Denunziation). In dieser Zeit ging die Macht der SED verloren, so als hätte sie nie bestanden, u.a. weil in langen Jahren fehlenden Widerspruchs sich neben die Alten auch viele junge unfähige Leute gestellt hatten. Ich wußte immer, daß eine reine Funktionärs-laufbahn, über die FDJ, die Parteischulen hin zur Ausübung der Macht bis auf Ausnahmen, die selbst so etwas überstehen mochten, zu nicht viel mehr als Ignoranz und Dummheit führen konnte. Wie viele andere dachte ich, daß mache nichts. Das war falsch. So gehöre ich also zu denen, die die vielen Anzeichen der Stagnation und kommenden Eruption nicht ernst genug nahmen. Es bedurfte

erst des Weggangs von Mitgliedern unserer Familie in die BRD im Jahre 1988 und der offenbaren Wahlergebnisfälschung unter Leitung von Egon Krenz, die mich dazu brachten, nicht nur die Ärgernisse zu interpretieren, sozusagen wissenschaftlich aufzunehmen, sondern einzusehen, daß es ohne Veränderung nicht geht. Wir lebten zu gut, um mit den ersten auf die Straße zu gehen, wir waren unter den zweiten. In Berlin am 4. November wurde mir klar, daß aus dem geduckten DDR-Volk etwas anderes geworden war, eine große Menge selbstbewußter Menschen. Als Mitglied der SED war und ist man in einer zwiespältigen Situation. Einerseits mitschuldig und mit angeklagt, andererseits an Veränderungen ebenso interessiert wie viele andere. In unserer Parteigrundorganisation häuften sich seit dem dummen Verbot des Sputnik die Proteste. Wir wurden aktiv gegenüber der Bezirksleitung, schrieben Erich Honecker (am 4. September übrigens und eher in dem Glauben, daß der naive alte Mann nicht so recht Bescheid weiß als in der Erkenntnis, daß »Erich« der Hauptangeklagte sein würde). So erwarben wir uns im Kreis Königs Wusterhausen den Ruf von unbequemem Abweichlern, was mit zum Rücktritt des 1. Sekretärs der Kreisleitung führte, eines wirklich einfältigen Administrators, der sich in seiner ehrlichen, nicht wendehälsischen Rechtfertigungsrede auf uns bezog, sowie schließlich zu meiner Delegation zum außerordentlichen Parteitag. Ich erhielt in Königs Wusterhausen die höchste Anzahl der Stimmen und konnte so gegen die Legende von der Intelligenzfeindlichkeit des einfachen Partei-Volkes auftreten. Die dort gehaltene Rede enthielt eigentlich nur zwei Dinge: 1. den persönlich motivierten Willen, in der Partei zu bleiben und 2. ein dann auf dem Parteitag für mich eindrucksvoll bestätigtes Konzept einer modernen sozialistischen Partei.

Ich möchte im folgenden einige Eindrücke vom Sonderparteitag bzw. dessen Vorbereitung festhalten. Diese sind persönlicher Art und daher weder dazu gedacht noch geeignet, dem Parteitag umfassend politisch gerecht zu werden. Niemand sollte sie publizieren oder einem Kreis mir nicht bekannter Menschen zur Kenntnis geben, es ist eine persönliche Mitteilung.

1. Ich werde nicht vergessen, daß die Stimmung vor dem Parteitag auf dem absoluten Nullpunkt war. Ich hatte ehrliche Sorge, als Delegierter in einer aufgebrauchten Menge vor der Dynamohalle Spießbruten laufen zu müssen oder »verklöppt« zu werden. Es war keine böse Menge da, nur jede Menge Journalisten (1000 akkreditierte Leute für den Bericht über das Ende der Staatspartei).

2. Zwei Tage vor Beginn des Parteitages bat mich die Potsdamer Bezirksleitung, ins ZK zu gehen, um bei der Ausarbeitung von Papieren zur Wissenschaftspolitik zu helfen. Ich ging, vor allem aus Neugier, denn ich glaubte nicht, daß es jetzt um Wissenschaft gehen konnte. Ich war das erste Mal (nach 20 Jahren SED-Mitgliedschaft) im ZK-Gebäude. Kein Wunder, daß die dort Arbeitenden und Beschützten keinen Kontakt mit Andersdenkenden hatten und in diesen Hallen und namenlosen Korridoren nicht auf Ideen zur Erneuerung der Gesellschaft kamen. Das Zimmer von Kurt Hager – ein zu großes Büro, davor ein geräumiges Sekretariat, hinter Holztäfelung ein kleiner Raum für die Bewacher oder Begleiter der

Gäste sowie nebenan eine gute Kopiermaschine (warum nicht). Die ehemaligen Sekretärinnen von Kurt Hager erzählten glaubhaft von Künstlern, die bei ihm ein und aus gingen, um die eine oder andere Kleinigkeit nachzusuchen, wie z.B. einen Auslandsaufenthalt für ihre Kinder u.a. Es steht mir nicht zu, das zu kritisieren, allenfalls zu laute Tribünenreden, wenn es denn wirklich solche gab, ich glaubte den Damen.

3. Ich hatte mit Gregor Schirmer zu tun, ein nicht unfähiger Kopf, der jedoch mehr mit der Frage beschäftigt war, was er mit dem Rest seines Lebens anfangen sollte. Gewisse formale Rituale wie die Hauspost funktionierten noch, aber keiner las oder brauchte sie wirklich. »Der Apparat« aus den oberen Etagen arbeitete zu. Ohne überheblich sein zu wollen registrierte ich, daß ich die Abhandlungen zu Wissenschaftspolitik und Kulturfragen sämtlich besser geschrieben hätte. Leute, die bis gestern schreiben sollten, wie herrlich alles ist, waren aufgefordert worden, möglichst deftig zu begründen, warum alles Käse war. Das ging selbstverständlich weder geistig noch sprachlich. Ich stellte hier und im Gespräch mit Dieter Klein fest, daß der Apparat (größere Teile desselben) ausgedient hatte, er war und ist überfordert, spricht die falsche Sprache und muß in den produktiven Bereich gehen, bei Strafe des Untergangs dieser Partei (das kann, um nicht mißverstanden zu werden, nur für den Apparat in seiner alten Erscheinung gelten, muß nicht für jeden zutreffen und nicht für alle seine Bereiche). An diesem Tag wurde festgelegt, daß der Parteitag vorgezogen wird. Die geordnete Vorbereitung von Dokumenten hatte sich erledigt. Der Name meines alten Kinder-Spielkameraden und Nachbarn Gregor Gysi fiel, das war mir mehr als recht, denn ich hatte ihn schon zwei Wochen vorher vorgeschlagen.

4. Das bewegende, dramatische am Sonderparteitag war die erste Phase (von 16 bis 12 Uhr). Man sah, daß die Delegierten fast alle zum ersten Mal auf solch einem Kongreß saßen. Egon Krenz, den wir eigentlich erst vom Parteitag ausschließen und dann reden lassen wollten, hatte in jeder Pause die gleichen peinlichen Fragen zu beantworten. Mit Günter Schabowski, auch er war gewählter Delegierter, redete fast niemand. Sie waren beide in einer ähnlichen Lage, sie gehörten nicht mehr dazu. Ebenso die vielen anderen alten ZK-Mitglieder, die zum 2. Tag gekommen waren, am Radio saßen und hören mußten, daß andere Genossen andere Ideen entwickelten, die sie öffentlich und dominant machen konnten, weil das Volk (wer immer das ist) ihnen, uns dazu verholten hat. Man war den ehemals führenden Genossen gegenüber empört, verbittert, heftig, wenig kompromißbereit, zu tief saß die Krise, die Anfeindungen zu Hause, die Enttäuschung darüber, daß viele uns verließen, die doch zu uns gehört hatten (das ist ein Extrathema, ich verurteile nicht, ich stelle fest, bedauere, wundere mich oder auch nicht. Man muß alle einzeln betrachten, aber sie müssen sich auch fragen lassen, warum sie erst gingen, als die Macht weg war und warum sie mal eingetreten waren und ob es denn wirklich glaubhaft sei, daß man jetzt enttäuscht und entsetzt sei über die Stalinisten unter uns oder daß man erst jetzt manche schlimme Dinge erkannt und erfahren hat. Natürlich fragt man sich selbst auch manches, wie man etwa

so viel verdrängen konnte. Vielleicht sollte sich gegenwärtig vor allem jeder selbst befragen und nicht über andere urteilen. Es ist zu viel geschehen, man muß nachdenken).

5. Es ist schwer sich zu konzentrieren, das Herz bewegt zu viel. Am ersten Tag gab es eine quälende Debatte und folgerichtig den Antrag auf Auflösung der Partei. Alle Anträge bedeuteten übrigens, daß Genossen die Partei verließen. Es gab gar keine Möglichkeit, das zu verhindern. Man mußte (erstmalig?) seinem Gewissen, seiner eigenen politischen Vorstellung folgen. Nach diesem Antrag machte das Präsidium eine Pause von 90 Minuten, man schloß die Presse aus, das war dumm, denn die dann von Hans Modrow gehaltene Rede war von historischem Wert, jedenfalls für die gestreßten und genervten Delegierten. Er argumentierte mit vielen Gründen, die SED nicht aufzulösen. Entscheidend war wohl, daß es ihm gelang, uns unter Aufbietung all seiner persönlichen Kraft, denn für ein Schauspiel war das zu bewegend, den Eindruck zu vermitteln, noch zu existieren, noch zu etwas nütze zu sein, etwa Gorbatschow, oder seine Regierung oder Genossen, an denen uns etwas liegt, zu stützen. Die Folge dieser Rede war eine von mir noch nicht erlebte massenpsychologische Wirkung: Alle erhoben sich und beschlossen einstimmig, die Partei nicht aufzulösen. Gysi ist mutig und klug (»völlig verrückt« nannte er das mir gegenüber), gerettet hat diese Partei jedoch Hans Modrow. Ob das historisch richtig war, wird man historisch beantwortet bekommen. In den Augen mancher, zu denen ich gehöre, war und ist es die Chance, eine demokratische sozialistische Partei aufzubauen mit denen, an denen mir liegt und derentwegen ich drin blieb. Die Partei erhielt auch wieder eine Aufgabe, die sie eigentlich hatte (und die sie bis jetzt schlecht löste), nämlich für eine demokratische sozialistische Alternative in der DDR zu wirken. Nun hat sie diese Aufgabe im Bund oder auch zunächst in der Opposition zu anderen Parteien. Das ist ihre einzige Chance zur wirklichen Erneuerung.

6. Gysi, Klein (D.) haben Ideen vorgetragen, und Bisky hat sie zusammengefaßt, die geeignet sind, von allen linken Kräften akzeptiert zu werden. Sie werden aus historisch berechtigten Gründen versuchen, diese und andere Ideen ohne uns zu verwirklichen. Das ist nüchtern und sachlich betrachtet falsch und schadet der linken, demokratischen Bewegung, falls es dazu kommt, denn wir alle werden mit Rechts und mit deutschen Konservativen zu tun bekommen. Diese mögliche Spaltung der Linken ist jedoch, das wäre wohl ehrlich festzuhalten, eher das Resultat einer einfallslosen, arroganten Politik der bisherigen SED als der neuen Ignoranz der neuen, so sieht es jetzt aus, und doch kann es sich bald ändern. Das Kleinsche Programm ist klug und überzeugend, bis auf die Vokabel vom 3. Weg, die ich intuitiv für nicht angebracht und illusionsfördernd halte, weil sie so tut, als »hätten wir's« und doch ist einzugestehen, daß die neue Gesellschaft wegen der unglaublichen Zwänge für jede Politik nicht einem neuen »...ismus« sondern heuristischen Ansätzen folgend errichtet werden wird, gesetzt den Fall, daß wir uns morgen nicht anschließen müssen, weil vielleicht wieder Hunderttausende die Republik verlassen. (An dieser Stelle übrigens wage ich auszusprechen, daß die notwendige (!)

Revolution jedenfalls auch konterrevolutionäre Züge haben kann, das wird man historisch erfahren. Aber es kann sein, daß aus der Herrschaft der Arbeiter und Bauern, ich weiß, es war nur die stalinistische Karikatur einer solchen, dann eben die von Konzernen und Banken wird. Dann hätten wir volle Läden und wären in mancher Hinsicht doch wieder am Anfang, und ob jene sich durch eine Demo so erschüttern lassen wie, zum Glück, Honecker und Krenz, ist zu bezweifeln).

7. Die Verpflegung war schlecht, der Qualm und die Enge in den Gängen unerträglich, die Wahlgänge quälend lang – es kamen Scherze darüber auf, wie gut man es doch bei Erich gehabt hätte im Palast der Republik mit fürstlicher Speisung, geordneten, weil belanglosen Wahlen. Ich brachte mir ein Kissen mit, um die gerechte Strafe für die Genossen zu mildern, die nun Holzsitze hatten. Ein kleines Mädchen hinter mir hatte die Idee, Gregor Gysi den Besen zu schenken, den sie aus dem Gang besorgte, sehr viel war improvisiert.

8. Ich gab ein Interview für die BBC London in einer Konferenzschaltung mit jemandem von der CDU. Der war, zu seiner Ehre war es bemerkt, gerade ausgetreten, da er als Delegierter erleben mußte, wie offenbar frenetisch der Gesandte der bayerischen CSU vom Parteitag gefeiert worden war. Die deutsche Frage wird wichtiger als die einer Partei oder der Ausgestaltung der Demokratie. »Das Volk« waren vielleicht nicht die hunderttausend Demonstranten von Leipzig im November, sondern die Millionen Begrüßungsgeldempfänger.

9. Als alter Medienfuchs holte sich Bahro eine halbe Stunde Redezeit, um über eine Alternative zur Konsumgesellschaft zu sprechen. Das war zu lang, zu gedreht, rhetorisch schlecht. Unduldsame (vielleicht 100 von 2600 Delegierten) gingen raus. Das war ebenso unanständig wie dumm, denn Bahro ist zu klug, um Unsinn zu sagen. Er hatte ja recht, ein sozialistischer Mercedes wird immer schlechter sein, als ein richtiger, und man kann nicht den ganzen Konsumterror, die ganze westliche Welt übernehmen wollen (ob man will oder nicht), und dann auch noch sozialistische und soziale Werte pflegen – das ist das eigentliche Dilemma. Und doch ist auch klar, daß dies in der von ihm verfochtenen Weise nicht Grundlage einer Politik sein kann, die nicht nur auf Idealisten zählt. Jedoch, of course, das war eine wissenschaftliche Anregung, keine »Linie«. Und so kamen bei mir leise Zweifel auf, ob diese Partei das von ihren Köpfen formulierte Prinzip einer demokratischen Partei, einer von mehreren noch dazu, wirklich massenhaft vertreten kann, denn plötzlich setzt das Handeln die Fähigkeit zum Denken voraus. Wenn dann aber nur die Denker und Wissenschaftler das Handeln und die Sprachregelungen bestimmen, dann kann es sein, daß »die Basis«, und einen Teil davon habe ich in KW erlebt, gar nichts mehr versteht. Dann nützt es tendenziell auch gar nichts, daß wir noch so viele sind. So ist es also Aufgabe von uns Klügeren, mit den anderen zu reden, zu erklären und zugleich von ihnen zu lernen. Ein neues Parteilehrjahr muß her, Bildungsabende nennen wir das vornehm. Das Territorialprinzip wird heilsam sein, weil es den »Stalinisten im Betrieb« jeden Boden entzieht, die

Arbeit vom politischen Ballast befreit, und uns mit dem Leben in Berührung bringt. Es ist dringend erforderlich, weil unsere Partei sonst nur reinigende Diskussionen führt, statt auf der Straße, auf Foren ihre neuen Gesichter zu zeigen. Wir waren weder korrumpiert noch sind wir dümmer als Vertreter anderer Vereine. In meiner Umgebung waren viele, nicht alle natürlich, kluge Menschen Mitglieder der Partei, die meisten, die ich kenne, sind es noch. Es wird unsere Aufgabe sein, sich einzusetzen für eine linke Koalition der Vernunft in diesem Land. Das sollte gar nicht pompös klingen, mir ist nur aufgefallen, daß es nicht damit getan ist, den Rücktritt von jemandem zu fordern oder gar durchzusetzen. Wer sich an solchen Vorgängen beteiligt, muß auch bereit sein, die Folgen zu tragen. Hier entsteht nun eine neue klare Schwierigkeit, auch für die SED-PDS: Man kann leicht auf dem Parteitag fordern, daß unsere Partei Menschen nach vorn bringt, die »mit dem Volk leben und aus ihm kommen«. Bravo. Dies setzt jedoch die Existenz und Bereitschaft solcher Menschen voraus. Und das sind vor allem Angehörige meiner Generation. Wollen wir uns dafür mit ganzer Kraft engagieren? Weiter? Noch einmal? Ich werde es wohl tun. Dabei bin auch ich auf der Suche nach einem neuen Platz.

Berlin, Dezember 1989

Gründerkrach. Dokumente zur Entstehung der PDS

Der außerordentliche Parteitag, den der prorevolutionäre Teil der SED-Basis mit starker Unterstützung ebenso frustriert-schockierter wie orientierungsloser Mitglieder erzwungen hatte, führte zu einer Atempause für die Staatspartei. Die Auflösung der SED war mit dem Hinweis auf eine Gefährdung Gorbatschows abgewendet, die neue Mannschaft um Gregor Gysi und Hans Modrow erzeugte Vertrauen. Ihr Kredit in der Bevölkerung war beträchtlich. Die Revolution hatte am 4. November unter Zutun vieler SED-Mitglieder ihren Höhepunkt erreicht, war aber mit dem 9. November schnell in ihre absteigende Phase eingetreten. Die Bürgerbewegung – eben noch in der Rolle gemäßigter Jacobiner »mit dem Volk« – verwandelte der Mauerfall in hilflose Jakobiner »ohne das Volk«. In dieser Rolle verharren die meisten ihrer Träger bis heute – viele als Karikaturen ihrer selbst. Die Revolution war von nun an in Schiefelage, da ihr der nationale Boden entzogen worden war. Den Mantel der Geschichte verwehte es von Leipzig nach Bonn. Die SED hatte nach dem Sturz ihrer – wem auch immer sei Dank – selbst zu offener Reaktion unfähigen Führung und dem ersten demokratischen Parteitag seit 1946 die Wahl: entweder das revolutionäre Lager zu verstärken – bis hin zu einer Substituierung des zunehmend hilflos agierenden Hegemons der Revolution. So hätte die Revolution mit dem Ziel fortgeführt werden können, wenigstens einige Resultate des friedlichen Herbststurmes zu retten – hinein in eine Restaurationsperiode, aus der heraus der Anschluß in Form einer Konföderation auf etwa gleicher Augenhöhe hätte erfolgen können. Oder aber die Partei wurde zum Spielball der zwar arg gebeutelten, aber keineswegs geschlagenen Konterrevolution. Durch den Ausgang des außerordentlichen Parteitages fühlte sich der Apparat gerettet, seine aktivistischen Teile bereiteten den Gegenschlag vor. Ob die Schändungen am Treptower Ehrenmal Ende Dezember 1989 Auftragsarbeit oder nur willkommene Gelegenheit waren, ist letztlich uninteressant. Die Reden am Abend des 3. Januar 1990 und noch vielmehr die Sprechchöre, in denen Mitarbeiter des MfS nach der Fortexistenz des MfS – in Form des NASI – verlangten, machten deutlich, daß der Antifaschismus für den Machterhalt der alten Eliten mißbraucht werden sollte. Im Schein der Fackeln und mit viel dissonantem Pathos verspielte die SED-PDS-Führung ihre Chance, als Machtfaktor kurzfristig produktiv und progressiv gestaltend zu agieren. Der außerordentliche Parteitag hatte die Partei auf die Höhe der Ereignisse gestellt, vom 3.

Januar an wurde die Partei gehetzt wie ein Hase. Am 15. Januar 1990 tagte der Zentrale Runde Tisch im Schloß Niederschönhausen. Draußen liefen der SED-PDS die Mitglieder in Scharen davon – begleitet vom Ruf nach Auflösung der Partei, der nach dem außerordentlichen Parteitag für einige Wochen verstummt war. Neben den Karrieristen gingen die prorevolutionären Kräfte in ihrer Mehrzahl von der Fahne. In der Frage der Zerschlagung des MfS und seiner Nachfolger geriet die Debatte am Runden Tisch zum Eklat. Der 15. Januar wurde zum eigentlichen Ausgangspunkt für die Metamorphose der Staatspartei zur Oppositionspartei. Der – inszenierte oder auch nicht inszenierte? – Sturm auf die MfS-Zentrale in der Normannenstraße entwaffnete die Konterrevolution, die vor allem in den Apparaten von Staat und Partei ihre Basis hatte. Die für den »Ernstfall« vorbereitete »DDR mit Konzentrationslagern« blieb so krankhafte Phantasie nicht zum Zuge gekommener Totschläger; wenigstens diese Bürde muß die deutsche Linke heute nicht tragen. Die politische Initiative war nach dem 3. Januar weitgehend an die Bundesregierung unter Helmut Kohl übergegangen; nach dem 15. Januar durfte sie sicher sein, daß dies auch so bliebe. Denn nicht nur die Konterrevolution war zerschlagen – ohne Hegemon hatte die Revolution ihre Kraft verloren und war damit durch Erschöpfung beider Seiten beendet. Doch es ging noch ein anderes Signal am 15. Januar 1990 vom Runden Tisch in Niederschönhausen aus: Die SED-PDS-Delegation zeigte sich in aller Öffentlichkeit mit einem Mitarbeiter aus der Westabteilung des ehemaligen ZK der SED, der als Berater mit am Tisch saß. Dieser Mitarbeiter hatte bis zur Wende zu den Scharfmachern im Großen Haus gezählt und bastelte nun mit Erfolg an seiner Karriere als »SED-Erneuerer«. Die neuen Leute kannten nicht die alten Angestellten, und mit irgendetwem mußten sie zusammenarbeiten. Drei Frauen – Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helga Adler und Ulla Plener – hatten diesen Mann noch gut im Gedächtnis und meinten, daß nicht sein könne, was sie zu sehen glaubten: die neue Führung in den Händen des alten Apparates. Aus einem Gespräch auf der Straße am 16. Januar erwuchs die Initiativgruppenbewegung für die Bildung einer PDS und zur Entmachtung des alten Apparates. Am 19. Januar trafen sich hunderte Vertreter von der Basis, um diese Ideen zu befördern. Wesentliche Teile der neuen Parteiführung verbündeten sich mit dieser Bewegung und unterstützten sie nicht zuletzt durch die Bereitstellung von Infrastruktur. Auf diese Weise wurde der Weg frei zu einem Resultat der Revolution, das nun wirklich nicht deren Aufgabe gewesen war: Aus den Trümmern einer abgewirtschafteten, stark diskreditierten und moralisch tief erschütterten Staatspartei erwuchs die geringe Chance für eine emanzipatorische gesamtdeutsche Partei links von der SPD. Diese Chance konnte sich zehn Jahre lang erhalten. Wir kennen in der Geschichte Revolutionen mit geringeren Ergebnissen. Organisiert wurde diese Chance im Hinterhaus des ehemaligen SED-Zentralkomitees: Ab Montag, dem 22. Januar, war dort ein Kontakttelefon unter 2 02 39 39 besetzt. Ab dem 23. Januar sind Aufzeichnungen erhalten, aus denen wir einige Auszüge veröffentlichen. Namen und Telefonnummern wurden anonymisiert.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Quelle: Privatarchiv

Information des Kontaktbüros der Initiativgruppe PDS

Über 150 Anrufer und 8 Besucher nahmen am 23. 1.1990 Kontakt zur Initiativgruppe auf.

Anruf am 27. Januar 1990:
 Genossin aus Mühlhausen,
 Mann war Bewacher beim
 MfS, z. Z. arbeitslos:
 – Familie wird bedroht
 (»Raus, du rote Sau«)
 – Gerüchte laufen um,
 Frauen der MfS-Angehörigen
 seien Stasispitzel
 – von Arbeitskollegen
 beschimpft, angefeindet
 – wie soll man weiterleben,
 wer schützt uns
 – bei Veröffentlichung bitte
 nicht den Namen nennen

Inhaltliche Fragen der Parteiarbeit

- Klare Aussagen zur Definition »demokratischer Sozialismus« werden gewünscht. Parteivorstand muß eine deutlichere konzeptionelle Orientierung erarbeiten, mit der sich Genossen identifizieren können und in der Partei verbleiben und mit der der Wahlkampf angetreten werden kann. Dazu ist kurzfristige Einberufung des Parteitages nötig.
- Aussagen zur Jugend und Jugendpolitik sind unzureichend.
- Inhaltliche Konzeption für Wahlkampf muß Möglichkeiten für ein breites Linksbündnis einschließen.
- Gegen Vielfalt der Plattformen in der Partei, die bei vielen Genossen zur Verwirrung führt. Plattformen müssen zu Ergebnissen kommen, dürfen zu keinen neuen Strukturen führen, da sonst Spaltung der Partei.
- PDS hat große Chancen auf dem Lande, wenn sie klare Aussagen zum genossenschaftlichen Eigentum und zur Altersversorgung der Genossenschaftsbauern trifft.
- Orientierung und straffe Führung durch Parteivorstand sowie Disziplin müssen innerhalb der Partei sein. Dies darf nicht mit Stalinismus gleichgesetzt werden.
- Öffentlichkeitsarbeit ist zu intensivieren zur Darstellung:
 1. Trennung vom Alten – Bruch mit Stalinismus
 2. Deutliche Abgrenzung von Positionen SPD
 3. Konsequenzen für die DDR-Bevölkerung bei einer schnellen deutschen Einheit
 4. Praktische Hinweise für Parteiarbeit in den Grundorganisationen in den Territorien, da Bezirks- und Kreisvorstände ihren Anforderungen nicht voll gerecht werden.
- Einstellung von »Was und Wie« bei gleichzeitiger Intensivierung und Verbesserung der Argumentation im ND
- Format ND verkleinern.

Organisatorische Fragen

- Unbedingt ist zu klären, ob die Möglichkeit besteht, SED-PDS zu verbieten, bzw. als verfassungsfeindlich zu erklären.
- Parteivorstand muß aus dem Haus am Marx-Engels-Platz ziehen, um in einem anderen Gebäude einen wirklich neuen, kleinen Parteiapparat aufzubauen.
- Verbesserung der direkten Anleitung der Kreisvorstände durch den Parteivorstand. Kreisvorstände desorientieren die Grundorganisationen (Lichtenberg, Königswusterhausen), KV Rostock/Stadt erklärt seine Handlungsunfähigkeit.
- Arbeit mit den Wahlverantwortlichen intensivieren.
- Kontaktaufnahme mit linken Bewegungen für spätere Zusammenarbeit erforderlich.

Problematik Auflösung der Partei/Austritte

Überwiegende Mehrheit sprach sich für weiteren Bestand der Partei aus.

Meinungen:

- Druck in Richtung Auflösung wird zunehmen.
- Starke Auflösungstendenzen im gesamten Bezirk Dresden.
- Auflösung nur durch Urabstimmung möglich.
- Partei mit Anstand auflösen, neue Sozialistische Partei gründen, bevor wir erpreßt und gezwungen werden, Partei aufzulösen.
- ADW: Historiker und Soziologen haben sich schon zur Auflösung bekannt.
- ND-Artikel über Haltung Parteivorstand zu Berghofer erforderlich. Viele Verurteilungen hinsichtlich Berghofers Austritt.

Hinweise

- Staatliche Leitung Intertext verbietet politische Tätigkeit.
- Redaktionskollegium Bezirkspresse Rostock erklärte sich für autonom.

Information des Kontaktbüros der Initiativgruppe PDS

über 60 telefonische Kontakte und Gespräche

Inhaltliche Hinweise:

- Mit wenigen Ausnahmen (BV Halle) fand der Aufruf der Initiativgruppe (ND 26. 1.) große Zustimmung.
- Für 30. Januar muß eine Massenveranstaltung organisiert werden, in Zusammenarbeit mit allen Kräften, die gegen Neonazis wirken. Runder Tisch sollte gemeinsam in der Öffentlichkeit gegen die Vorhaben der Republikaner am 30. 1. auftreten. PDS muß am Runden Tisch aktiver werden.
- In der Phase des Zerfalls der Partei sollte dem »Plattformunwesen« Einheit geboten werden, da die Orientierungslosigkeit der einfachen Genossen, die die Partei erhalten wollen, zunimmt. USAP als Warnung.
- Der Erneuerungsprozeß ist zu beschleunigen, Trennung von Genossen, die diesen Prozeß nicht mittragen wollen bzw. können, über neuen Parteinamen nachdenken, »PDS« hat schon gelitten. Vorschläge: SP oder »Partei des sozialen Humanismus«

Organisatorische Fragen der Parteiarbeit:

- Jeder Genosse müßte sich im Ergebnis des vorgezogenen Parteitages neu als Mitglied eintragen, das wäre ein fairer Reinigungsprozeß. Funktionäre (bis Okt. 1989) sollten die nächsten 2 Wahlperioden auf Funktionen verzichten. Abbau des alten Parteiapparates muß kontrolliert werden, ehemalige Funktionäre tauchen sonst in neuen Funktionen wieder auf.
- Parteivorstand sollte aus dem Gebäude ausziehen, sich damit räumlich distanzieren, nicht nur »um die Ecke«.
- Zahlreiche neue Parteiorganisationen in den Territorien (v. a. Berlin) haben sich neben den bisherigen WPO gebildet bzw. diese erneuert.

Problematik Auflösung/Austritte:

- Viele Anrufe kamen aus Kreisen des Bezirkes Dresden, in denen sich Vertreter der Parteibasis gegen die Auflösungsbestrebungen aussprechen (Löbau, Pirna u.a.). Kreisvorstände im Bezirk Dresden hätten Auflösung beschlossen, auch wenn der Parteivorstand am Freitag, 26. 1. nicht die Auflösung empfiehlt.
- Teilweise Meinungen, daß Partei sich auflösen sollte, um neu gegründet in Opposition zu gehen und somit wenigstens die sozialistischen Ideale zu erhalten.

[Bereitschaftserklärung]

Anruf am 27. Januar 1990:
Genosse aus Hohenschön-
hausen
– volle Unterstützung für
Initiative
– für Aufruf an alle Linken,
gegen Aufmarsch der
Rechten am 30.1.
– Treptow nicht wiederholen

...

DEFA-Spielfilm
Vorstand Betriebsgruppe PDS
1040 Berlin, ..., Tel. 2000000

Wir bieten Euch an, unsere Erfahrungen und Ideen (möglicher weise auch unsere Video-Technik für Film ist's wohl zu spät) für die Herstellung von Wahlkampfmaterial (Werbespots ect.) bereit-zustellen.

Wir wollen gern was machen, was wir ein bißchen können bzw. gelernt haben.

Regisseure, Kameramänner, Dramaturgen
Mitglieder der Betriebsgruppe PDS, DEFA

Information des Kontaktbüros der Initiativgruppe PDS

30. 1. 1990 ca. 40 Anrufe und persönliche Gespräche

Inhaltliche Fragen der Parteiarbeit

Die Genossen erwarten, daß der Parteivorstand in der Öffentlich-keit deutlicher zu aktuellen politischen und sozialen Fragen Stel-lung bezieht, vor allem zur Problematik deutsche Einheit, der Fol-gen einer kurzfristigen deutschen Einheit sowie zur Bewältigung der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der DDR. Hierfür werden Vorschläge an die Regierung erwartet.

Organisatorische Fragen der Parteiarbeit

Es gab zahlreiche Anfragen, wie die Parteiarbeit im Wohngebiet unter den neuen Bedingungen zu organisieren ist. Der Bedarf an dem Material (Nächste Schritte und Programmatisches), das die Vorsitzenden der Kreisvorstände erhielten, ist sehr hoch.

Auflösungsproblematik/Austritte

Information aus Magdeburg, daß sich Bezirksvorstand und Stadt-vorstand aufgelöst haben. Es gebe einen Arbeitsausschuß, dessen Zusammensetzung unbekannt sei.

Tagesinformation Kontaktbüro der Initiativgruppe PDS vom 31. 1. 1990

113 Anrufe und Besucher

Inhaltliche Fragen der Parteiarbeit

1. Als Zeichen der Erneuerung sollte das ND ebenfalls grundlegend umgestaltet werden. Neues Layout, eventuell mit Farbanteil, neue Platzaufteilung, Bezirksseiten, Berichtsteil aus Arbeit der Parteiführung, Diskussionsteil.
2. Die meisten Anrufer erwarten überzeugende, eindeutige Aussagen zur Sozialpolitik und
 - zur deutschen Frage
 - Recht auf Arbeit, Problem der Arbeitslosigkeit
 - Stipendien für EOS
 - Frage der Genossenschaften auf AWG
 - Lage der Mieter und Kleingartenbesitzer, deren Häuser oder Grundstücke Eigentum von heute in der BRD lebenden Personen waren,
 - Aktiengesellschaften und Rechte der Werk tätigen.
3. Viele Anfragen zum Problem der Mitgliedschaft von ehemaligen MfS-Mitarbeitern in der Partei, haben Bedenken, daß ihre Mitgliedschaft der Partei bei der Wahlvorbereitung schaden könnte. Es ist ein großes menschliches Problem.
4. Wird der Name PDS wirklich von allen Mitgliedern getragen?
5. Von der HUB erfuhr das Kontaktbüro, daß die Plattform »3. Weg« eine Abspaltung von der Partei beabsichtigt.
6. Genossen des Parteivorstandes sollten aktiver in der Öffentlichkeit auftreten, in die Betriebe gehen (außerhalb der Arbeitszeit, z. B. bei Schichtwechsel)
7. Wann erfolgt geplante Offenlegung der Parteifinzen (31.1.)? Viele Genossen zeigen Unverständnis gegenüber der schnellen unübersichtlichen Abgabe von Parteieigentum, da Beitragsgelder darin enthalten seien.

Organisatorische Fragen der Parteiarbeit.

1. Wann wird das Haus des Parteivorstandes endlich für die Genossen offen sein, z.B. zur Nutzung von Räumen auch am Abend?

Auflösungsproblematik/Austritte

s. Anlage

Offener Brief an den Parteivorstand der SED-PDS

Grundorganisation der SED-PDS Brand-Erbisdorf, d. 17.1.1990
des VEB NARVA »Rosa Luxemburg« Leuchten- und Leuchtstofflampenwerk Brand-Erbisdorf

Werte Genossen!

Aus Sorge um die weitere friedliche Fortsetzung der gesellschaftlichen Umwälzung in der DDR, aus Verantwortung für die Entwick-

Anruf am 28. Januar 1990:
 Genosse aus Werdau
 – Hilferuf, Genossen werden
 herausgetrieben mit Angst-
 mache
 – Gruppe von 4 Genossen
 hat sich gegen den Vor-
 stand gebildet als Demokra-
 tische Sozialisten (Plattform)
 – Artikulationsmöglichkeiten
 der Basis nicht da

lung einer Gesellschaft, in der Begriffe wie Humanismus, Toleranz, Solidarität für alle und jeden möglich und mit Leben erfüllt werden können, fordern wir, die Mehrzahl der Genossen der GO des VEB NARVA, die Einberufung eines Sonderparteitages mit dem Ziel der Auflösung der SED-PDS.

Die anvisierte radikale Umwälzung und Erneuerung der SED-PDS vollzieht sich unter zu schweren Bedingungen, der Parteiapparat mit seinem alten Denken funktioniert immer noch, erneute Halbherzigkeiten schaden uns immer mehr, die alte Führung ist noch nicht zur rechtlichen Verantwortung gezogen worden, unabhängig vom Wahlausgang ist die SED-PDS nicht regierungsfähig.

Ein Vakuum ohne die SED-PDS kann nicht entstehen, weil die Ablösung kompetenter und integrierender Personen in der Wirtschaft nicht Ziel des Wahlkampfes anderer Parteien und Vereinigungen ist. Mit der Auflösung bleibt die Chance, konstruktiv bei der Gestaltung der DDR mitzuarbeiten.

Brand-Erbisdorf, den 22.1.1990

Ergänzung: Wir schlagen vor, die Parteigelder für humanitäre Zwecke zu verwenden, wie u. a. zur Rekonstruktion von Altersheimen.

An den Parteivorstand der SED-PDS !

Es ist wahr, daß die alten Kräfte des Apparates den Bruch mit dem Stalinismus und die demokratische Erneuerung der Partei in gefährlicher Weise bremsen. Es ist aber nicht wahr, daß die Rettung unseres Landes die Auflösung der SED-PDS unter möglicherweise antikommunistischer Aufsicht erfordern würde, wie das heute einige Plattformen fordern. Die DDR als ein eigenständiger Staat gibt nur dann einen Sinn, wenn der sozialistische Charakter des Landes nicht völlig beseitigt, sondern vielmehr erst richtig gestaltet wird. Das aber ist ohne SED-PDS nicht zu bewerkstelligen.

Plattformen innerhalb der Partei sind nützlich und nötig, wenn sie unterschiedliche Standpunkte in die Gestaltung von Strategie und Taktik einbringen. Wenn sie zum Zwecke der Organisation des Auflösungsprozesses der Partei fungieren, stellen sie sich selbst außerhalb der Partei.

Wir fordern daher vom Parteivorstand der SED-PDS :

1. Sofortige Bildung einer Sonderkommission, die Mitgliedern des Partei- und Staatsapparates sowie gewählter Gremien, welche in der Vergangenheit stalinistische Praktiken durchgesetzt haben, das Mandat entzieht, weiterhin im Namen der SED-PDS öffentlich aufzutreten bzw. im Parteidienst hauptamtlich tätig zu sein!

2. Den Plattformen, die nicht im Sinne der Erneuerung der Partei, als Partei des demokratischen Sozialismus wirken wollen, sondern die erklärtermaßen die Auflösung der Partei organisieren wollen, dringend nahelegen, ehrlicherweise die SED-PDS zu verlassen!

31 Unterschriften von Mitgliedern der
 SED-PDS an der Hochschule für Ökonomie, Berlin.

Berlin, d. 19.1.1990

Anruf am 28. Januar 1990:
 Genossin aus Friesack
 – gegen Auflösung
 – Partei sollte sich öfter
 zeigen, nicht den Schwanz
 einziehen
 – weg mit SED, für PDS
 – Gruß an Gysi und andere

[Bericht]

Anruf Initiative Hoyerswerda, Schwarze Pumpe, Genosse ..., Tel.: 095820-20000:

Ihr KV ist bemüht, die Genossen aus den Betrieben zu sammeln, aber es geht zu schleppend. Seit November kann man zusehen, wie der Schwung verloren geht im Gaskombinat. Sie wollen sich unabhängig vom Wohngebiet betätigen, um zum Erhalt der Partei beizutragen. Aber momentan etwas hoffnungslos, weil unsere Partei zu wenig konkrete Hinweise gibt. Bei ihnen sind die Kräfte der Sicherheit ausnahmslos abgebaut, aber auf zentraler Ebene muß konsequent der Rest aufgelöst werden. Er bittet um Rückruf, was er als Hinweis für Arbeit erhalten kann,
– deshalb hat er angerufen.

Genn. ..., WPO 29, 48 000 00:

Die Initiativgruppe ist für sie ein Hoffnungsschimmer; sie ist in der Leitung und muß zusehen, wie die Flügel immer mehr hängen. Sie gibt den Tip: Die Genossen sollten sich als Gewerkschaftler in den Betrieben finden und nicht defensiv abwarten. Es geht auch um das Mitspracherecht der Werk tätigen und um das Eigentümerbewußtsein, ihretwegen mit Aktien u. ä.

Genosse ..., Lehrer BPS »Friedrich Engels«

– hat Wahlkampf helfer-Lehrgang besucht und ist bereit, im Territorium aufzutreten. Tel.: 27 00 000

Gen. ...

- Die SED macht im Moment gar nichts
- Das Leck in der Partei ist nicht zu stopfen
- West-Händler sind in den LPG
- PDS muß und kann die Bauern gewinnen
- Erhaltung des genossenschaftlichen Eigentums

Gen. ..., Schule Bezirksvorst.

- sofort alle ehemaligen und noch im Amt Potsdam befindlichen Sektor- und Abteilungsleiter beurlauben.
- Jeden Tag wird auch von den Gutwilligen riesiger Schaden angerichtet.
- Die alten Informationsstrecken der Partei existieren und verfälschen die Lage. Hat als WPO-Sekretär den Test gemacht, ob etwas aus seinem Wahlbericht über die KL beim Bezirksvorstand angekommen ist. Ergebnis: nichts kommt durch, Bericht verschwindet schon auf Kreisebene.

Gen. ..., Magdeburg

- ist Maler und Grafiker
- bereit zur Unterstützung
- Künstler sind im Bezirk als GO organisiert
- Bezirksvorstand besteht aus den gleichen Leuten wie vor der Wende
- BV tut wenig ... radikaler Schnitt

Genn. ... Radebeul

- Hat SPD-Zeitung als Postwurfsendung erhalten mit militanter Forderung nach »Enteignung« der SED-PDS
- Vorschlag: Thema Soziale Sicherheit für Rentner konsequent belegen – große Chancen bei Rentnern
- Im »Enteignungsfall« Vermögen den alten standhaften Genossen auszahlen (= Standpunkt der Genossen in der Volkssolidaritäts-Gruppe)

Gen. ... Berlin, dienstl. 600000 priv. 6000000

- Unterstützung, Angebot der Mitarbeit Jugendfernsehen

Gen. ... dienstl. 5000000, Min. f. LFN ab 1.2. 6000000

- Angebot zur Unterstützung
- keine Rentensicherung für Stalinisten
- Ziele der PDS deutlich machen: soziale Sicherheit für sozial Schwache
- Anti-REP
- Aktionen sind der einzige Weg zur Auflösungsverhinderung

Gen. ... Rostock-Land, Stebelow 3000000

- wenige Genossen sind übriggeblieben
- Auflösung scheint vielleicht doch das Beste zu sein
- nur noch Rentner und Funktionsträger sind in der Partei
- nach Berghofer sind die letzten guten raus
- Gysi hatte zunächst viel Vertrauen

Gen. ... KV Berlin, Tel. 2000000

- Angebot zur Mitarbeit

Genn. ... Dresden, 5000000

- bereit zur Mitarbeit
- organisiert sich in Richtung Initiativegruppe
- Adresse wurde an Gen. ... weitergegeben

Gen. Dr. ... TU Dresden Chemie, Tel. 4000000, pri. 400000

- gut verdrahtete Gruppe Dresdener Genossen TU
- wollen neue Kraft von Basis her bilden, wählbare linke Initiativegruppe schaffen
- wollen PDS gleichzeitig erhalten als spätere Grundlage für die Konsolidierung der Linken
- Interesse an Kontakten

Genn. ... Tel. 4000000 Berlin

- hatte Kontakt zu Genn. M ...
- wollte Situationsbericht geben
- WPO in Prenzl Berg mit 10 % Austritten

Genn. ...

- KV hat Interesse an gemeinsamer Veranstaltung mit Initiativegruppe PDS

S. ... Berlin, Tel. 2000000

- Brief zur Situation in der Partei
- gegen Auflösungsbestrebungen
- Mitarbeit und Unterstützung wird angeboten, wenn auch wenig Zeit
- Brief im Anhang

Gen. ... Hoyerswerda – GO F/E im Gaskombinat

- KV kommt nicht nach mit organisatorischen Aufgaben und inhaltlichen Orientierungen
- Genossen versuchen, sich über WPO-Grenzen hinaus zu finden
- geringer Teil der Genossen hat das ND
- gegenwärtiges ND beflügelt nicht

Gen. ... Berlin, Tel. 5000000

- Problem Arbeitslosigkeit besetzen
- WPO organisiert Familiensportfest
- DSF-Arbeit wurde unterstützt
- GO richtet Solidaritätsfonds für arbeitslose Genossen ein

Gen. ... Dresden/Berlin

- Student in Dresden
- Kontaktadressen in Dresden wurden vermittelt
- studentische GO »erkannte« die SED-PDS als Hindernis für eine geeinte Linke
- Der Zwischenraum zwischen Kopf und Basis unserer Partei sei zu groß.

Gen. ... Lichtenberg, Tel. 500000

- Ende der Auflösungsdisk. !!!!!
- GO ist arbeitsfähig, alles läuft
- vom Vorstand muß Zielklarheit kommen
- Problem: KV Lichtenberg hatte gemeinsames Gebäude mit Kreisdienststelle des MfS
- Gebäude wird noch genutzt
- SPD-Zeitungen werden verteilt
- klare Haltung zu Parteieigentum! kein Ausverkauf
- PVAP-Beispiel der Neugründung überdenken!

Anruf am 28. Januar 1990:
 Genossin aus Oranienburg:
 – Forderung nach
 Auflösung wird stark
 – Initiative für PDS ins
 Leben gerufen
 – am 10.2. Kreisdelegier-
 tenkonferenz, dort PDS
 konstituieren
 – Nachlaßverwalter für
 SED einsetzen
 – Apparat entlassen
 – was tun?, was tun?

ROLAND CLAUS

Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation

Blickt man auf zehn Jahre parlamentarischer Arbeit der PDS zurück, so können Erfolge konstatiert werden, die wir uns am Beginn vielleicht auch selbst gar nicht zugetraut hätten. Diese haben natürlich viele ›Väter‹ und ›Mütter‹. Auch – und nicht zu knapp – äußere.

Zu nennen wäre da zunächst die Strategie der Sozialdemokraten von 1989/90, mit dieser SED nichts, aber auch gar nichts zu tun haben zu wollen. Seitdem ist die SPD in einer Situation, daß sie jegliche Kooperation mit der PDS immer nur in dem Maße gestaltet, wie es ihr von der CDU/CSU erlaubt wird. Das ist ein ernstes Problem. Wir waren dort bereits ein ganzes Stück weiter. Insbesondere in der Binnenkooperation – in internen Absprachen – waren wir bis zum Abgang von Lafontaine in einer qualitativ spannenden Phase, die später ziemlich jäh unterbrochen wurde. Wir arbeiten an diesen ›Background-Kontakten‹ zwar intensiv, aber mühselig und bisher weitgehend erfolglos weiter. Was die CDU im zu Ende gehenden ›System Kohl‹ gegenüber der PDS veranstaltet, läuft auf eine duale Strategie hinaus. Auf der einen Seite öffentliche Ab- und Ausgrenzung, auf der anderen Seite die Benutzung der PDS als Keule in der Hand der CDU gegenüber der SPD.

Spannend ist für mich eine (noch ziemliche neue) Erkenntnis: daß der Antikommunismus für die westdeutschen Bundesländer – also auch für die ›einfachen‹ Bürgerinnen und Bürger – ein offenbar viel größeres identitätsstiftendes Moment war, als ich bisher dachte. Bisher hielt ich immer die positive Beziehung auf das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung für das in dieser Beziehung Entscheidende. Davon mag eine Menge ausgehen, aber welche wichtige Rolle dabei der Antikommunismus spielt, das hätte ich so nicht erwartet.

Auch die Bürgerbewegung hat ihren Teil zur Stärkung der PDS beigetragen, indem sie ihre PDS-Kritik auf die Formel reduziert hat: »Jagt die SED!« Damit hat sie sich sehr schnell einen ›Anti-Ost-Bonus‹ verschafft. Infolgedessen ist sie schließlich im Osten so eingebrochen, daß selbst die Parteizentrale der Bündnisgrünen den Wahlkämpfen im Osten kaum noch Bedeutung beimißt.

Natürlich hat auch die PDS selbst etwas zum eigenen Erfolg beigetragen. Sie hat vielleicht mehr Chancen genutzt, als sie selbst hatte. Der Drang der PDS in die Parlamente war für sie mit dem Zwang verbunden, sich gegenüber der Gesellschaft zu öffnen. Es wäre mit der PDS sicherlich nichts geworden, wenn man uns mit

Roland Claus – Jg. 1954, Diplomingenieurökonom; nach Studium an der TH Leuna-Merseburg von 1978 bis 1989 in verschiedenen FDJ-Wahlfunktionen tätig (u.a. 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle); von 1990 bis 1997 Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt und bis 1998 Mitglied des Landtages; seit Okt. 1998 Mitglied des Bundestages, Parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion.

Dieser Text ist die nach dem Mitschnitt der freien Rede entstandene Druckfassung eines Beitrags, den der Autor auf der Konferenz der Bundesstiftung Rosa Luxemburg »Die PDS im Parteiensystem« am 4. Dezember 1999 in Berlin hielt.

uns selbst in Ruhe gelassen hätte. Dies allein reicht natürlich noch nicht für Zukunft, aber es spricht für unsere Resistenz – und auch für die Fähigkeit, die Strategien der anderen gegenüber der PDS zum eigenen Vorteil auszunutzen. Und wie die Situation sich gegenwärtig darstellt, können wir uns wohl auf unsere Konkurrenten dahingehend verlassen, daß sie auch zukünftig Strategien entwickeln werden, die der PDS eher nutzen als schaden.

Auf allen Ebenen der parlamentarischen Arbeit gibt es heute sowohl Ausgrenzung und Wettbewerb als auch – zumindest in Ansätzen – Akzeptanz und Kooperation. Aber auch hier genügt natürlich nicht »die einfache Wahrheit« (Volker Braun). Wenn man es sich einfach machen wollte, könnte man sagen: Kooperation findet vor allem in Schwerin und Magdeburg statt (wobei in der Öffentlichkeit bemerkenswerterweise kaum noch zwischen den beiden unterschiedlichen Kooperationsformen differenziert wird); Wettbewerb hätten wir dann in Dresden und Erfurt, wo die PDS nach den letzten Landtagswahlen nicht nur den Listenplatz mit der SPD getauscht hat, sondern in eine neue »Spielklasse« aufgestiegen ist; und Ausgrenzung findet in Berlin statt – auf Landes- wie auf Bundesebene.

Es lohnt aber, sich der Problematik noch etwas differenzierter zu nähern. Die PDS hat sich sicherlich seit 1989/90 häufig geirrt. Mehr als sie selbst geirrt aber haben sich ihre Kritiker, Beobachter und Begleiter. Dafür gibt es eine Reihe von Indizien. So habe ich zum Beispiel am 17. Januar 1994 – das ist das historisch exakte Datum – auf einer Landespressekonferenz in Magdeburg erklärt, daß gegen die drohende »Große Koalition« in Sachsen-Anhalt auch ein Tolerierungsmodell denkbar wäre. Darauf reagierten dann die akademischen Politikwissenschaftler aus Halle mit längeren Abhandlungen, in denen sie – bis zum Wahltag und darüber hinaus – unablässig ihre Studentinnen und Studenten belehrten, warum es völlig unmöglich sei, daß es je in Deutschland zu einer solchen Tolerierung kommen könne. Das wären lediglich Ausnahmeseinungen in skandinavischen Ländern. Dieselben Herren Professoren lassen heute Dissertationen über das »Magdeburger Modell« schreiben. Ein anderes Beispiel ist der persönliche Phantasieverzicht von Reinhard Höppner, Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, der seit dem ersten Zustandekommen einer Tolerierung bei allen Gelegenheiten erklärt, daß er sich deren Wiederholung nicht vorstellen könne. Kürzlich hat er nun erklärt, daß für ihn eine Situation nicht vorstellbar ist, in der die PDS als stärkerer Partner mit einer SPD in Juniorposition koalitiert. Aber seit wann ist Mangel an Phantasie ein politisches Argument?

Die PDS hat sicherlich viele Brüche, Irrungen und Wirrungen hinter sich. Und sie hat sich dabei erheblich gewandelt. Noch größer als der Wandel der Partei selbst waren jedoch die Wandlungen in der Kritik der PDS. Man vergleiche nur die jüngste Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über die PDS vom Oktober 1999 mit entsprechenden früheren Arbeiten (siehe Marginalien – d. Red.).

Auch die Situation im Bundestag stellt sich differenziert dar. Da ist zunächst die harte Ausgrenzung. So wurden zum Beispiel Ende 1999 vier Enquête-Kommissionen eingesetzt. Der Beschluß über

Die PDS ist eine, zumindest in Teilen, extremistische und modernisierte kommunistische Partei. Eine »Erneuerung« jenseits der Anpassung der PDS ist nicht erkennbar, noch weniger ihre Demokratisierung. Auch nach der Bundestagswahl 1994 führt sie ihren Angriff auf die Demokratie in Deutschland fort. Die Tarnung ist fast perfekt: Mit peppigem Image und einem scheinbar moderaten Programm versucht die PDS, ihre wahren Absichten vor den Augen der Öffentlichkeit zu verstecken. Jürgen P. Lang, Patrick Moreau, Viola Neu: Auferstanden aus Ruinen ...? Die PDS nach dem Superwahljahr 1994. Interne Studien Nr. 111/1995, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Dezember 1995 (im folgenden: KAS-Studie 1995), S. 206.

Insgesamt scheint es wahrscheinlich, daß die PDS den Höhepunkt ihrer Wählermobilisierung erreicht hat. Sie hat sich an einer fest umreißenbaren politischen Konfliktlinie – Einigungsgewinner vs. -verlierer – formiert. Im Prozeß des deutsch-deutschen Zusammenwachsens wird diese Konfliktlinie auf Dauer an Bedeutung verlieren, wodurch die Wählermobilisierung entlang dieses Konfliktes schwieriger wird. Die PDS als Partei des Status quo ante wird mittelfristig ihre Stammklientel gewinnen können, daß sie den bisherigen Wählerstamm noch weiter ausbauen kann, erscheint als eher unwahrscheinlich. KAS-Studie 1995, S. 205.

Die PDS ist in den neuen Ländern zu einem unübersehbaren Machtfaktor geworden. Sie hat seit 1990 ihr Wählerpotential konstant erweitert und ihren Platz im politischen System der Bundesrepublik nicht nur behauptet, sondern auch ausgebaut. ... Auch das Wahljahr 1999 bestätigte auf der Wählerebene den beständigen sanften Aufstieg der PDS. ... In Ostberlin ist sie mit großem Abstand die stärkste politische Kraft.

Viola Neu: Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer. Analysen und Positionen, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin, Oktober 1999 (im folgenden: KAS-Studie 1999), S. 1.

deren Einsetzung wird formell durch alle anderen Fraktionen, aber nicht durch die PDS getragen – jedoch nicht, weil die PDS etwas gegen diese Kommissionen hätte, sondern weil ihr das Recht auf Mitwirkung durch die andern Fraktionen verweigert wird. Ähnliches hat vor kurzem auch bezüglich eines Antrags im Bereich der Entwicklungspolitik stattgefunden, als es darum ging, einen fraktionsübergreifenden Beschluß zur Unterstützung der Opfer einer Sturmkatastrophe in Lateinamerika zu fassen. Dieser Antrag ist am Widerstand der CSU und derjenigen Ost-Bürgerrechtler, die heute in der CDU sind, gescheitert, weil diese um jeden Preis gemeinsame Beschlüsse zusammen mit der PDS vermeiden wollen. Daß dies für die CDU selbst allmählich zum Problem werden könnte, hat zumindest der Parteivorsitzende Schäuble bereits erkannt, aber bisher konnte auch er sich nicht gegen die ›hardliner‹ in den eigenen Reihen durchsetzen.

Die aggressivste Konfrontation mit der PDS betreibt allerdings die Fraktion der Bündnisgrünen. Das hängt insbesondere mit der Situation um den Kosovo-Krieg zusammen.

Inzwischen findet im Bundestag aber auch ein Wettbewerb zwischen den Parteien unter Einschluß der PDS statt. Das wäre noch vor zwei Jahren nahezu undenkbar gewesen. Die CDU analysiert zum Beispiel inzwischen ziemlich genau die Positionen der PDS, und zwar insbesondere dann, wenn es um Ost-Fragen geht. So wird die PDS in den Debatten immer öfter mit Aussagen ihrer Landtagsabgeordneten – zum Beispiel zum Braunkohleabbau – konfrontiert, weil die CDU erkannt hat, daß Braunkohle für die PDS ein ›schwieriges‹ Thema ist. Das kann durchaus als eine Form von Wettbewerb angesehen werden – die aber nicht mit einer Anerkennung der PDS verwechselt werden darf. Immer noch geht es in erster Linie darum, die PDS ›zu erledigen‹. Und dennoch darf von dieser gleichen PDS inzwischen sogar ›gelernt‹ werden. Das hat zumindest Angela Merkel in bezug auf eine bessere Verankerung ihrer Partei im öffentlichen Leben, in Institutionen und Verbänden usw. eingefordert. Und das wird auch tatsächlich gemacht.

Im Verhältnis zur SPD bezieht sich der Wettbewerb insbesondere auf alles, was im Zusammenhang mit dem Thema ›soziale Gerechtigkeit‹ steht. Hier kann die PDS sicherlich auch noch einiges erreichen. Neu ist, daß erstmals eine größere Anzahl von Anträgen im Haushaltsausschuß Berücksichtigung gefunden hat – von ca. 100 waren es bisher etwa 20. Das geschah zwar nicht immer im Alleingang, oft auch im Zusammenwirken mit ähnlichen Anträgen der SPD, aber das stellt doch einen qualitativen Sprung dar. Allerdings meiden bisher noch alle Minister der Koalition unsere Fraktion, obwohl entsprechende Einladungen bereits vor einiger Zeit intern übermittelt wurden. Das wäre zweifellos ein wichtiger Durchbruch, den wir unbedingt erreichen wollen. Wenn zum Beispiel Minister Riester die Fraktion besuchen würde, wäre bereits das Ereignis – unabhängig vom Ergebnis der Beratungen – ein Wert an sich.

Kooperation findet zumeist nur punktuell statt. Vor dem Kosovo-Krieg waren wir allerdings schon etwas weiter. Grundsätzlich halten wir bei allen parlamentarischen Initiativen die Mitte-Links-

Option offen, und wir denken, daß langfristig auch die SPD an einer solchen Zusammenarbeit interessiert sein sollte. Dieses Interesse müßte sich vor allem darauf gründen, daß die SPD bisher der PDS faktisch kampfflos den ›Ost-Bonus‹ überlassen hat. In bezug auf eine ganze Reihe von Fragen wäre es durchaus vorstellbar, daß einzelne Forderungen der PDS in die Politik der SPD Eingang finden – schon weil die SPD dann darauf hoffen könnte, die PDS für bestimmte Beschlüsse, die zum Beispiel den Osten betreffen, mit haftbar zu machen. Wir würden uns einem solchen Konzept natürlich prinzipiell verweigern, aber es wäre die Basis für Verhandlungen über eine partielle Kooperation. An diesem Punkt sind wir zwar noch lange nicht, aber wir werden dahin kommen. Solche ›Durchbrüche‹ sind nicht planbar. Sie ereignen sich eher zufällig – immer dort, wo Politik gezwungen ist, Neuland zu betreten.

Unsere Strategie wird es auch weiterhin sein, inhaltlich Anschluß zum linken Rand der SPD zu halten. Wir können kein Interesse daran haben, daß sich zwischen uns und der SPD eine neue Gruppierung – etwa eine Art ›USPD‹ – formiert. Aus meiner Sicht ist es auch wenig wahrscheinlich, daß die PDS durch größeren Pragmatismus bei politischen Entscheidungen, was manche vielleicht auch als Bewegung nach ›rechts‹ interpretieren, insgesamt ihren Status verliert. Viele dieser Bewegungen sind im Falle der PDS eher Schritte vom Jenseits ins Diesseits.

Eine strategische Herausforderung erwächst uns allerdings aus der Tatsache, daß die SPD die Regierungsformen in Magdeburg und Schwerin auf Bundesebene völlig ausblendet. Am Anfang haben wir das mit einiger Nachsicht behandelt, weil wir vermeiden wollten, daß die SPD dadurch ständig der Kritik von CDU und CSU ausgesetzt wird. Aber inzwischen mußten wir einsehen, daß die unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens der PDS mit der SPD beim Regieren auf Landesebene von vielen SPD-Genossen als eine Art ›Stündenfall im Ausland‹ angesehen werden. Damit wird im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten ein deutsches Spezifikum kenntlich. Die Schwelle zwischen Land und Bund ist – für die PDS als dezidiert linke Partei – übernatürlich hoch. Ansonsten läuft im Bundestag auch zwischen CDU und PDS viel mehr, als öffentlich wahrnehmbar wird. Das hat vor allem auch damit zu tun, daß sich die beiden großen Fraktionen inzwischen in einem Maße zerstritten haben, daß sie auch in Verfahrensfragen kaum noch aufeinander zugehen können. Faktisch werden 99 Prozent aller Energie darauf verwandt, die jeweils andere Seite selbst bei simpelsten Dingen möglichst zu behindern. Die Bündnisgrünen gehen in diesem Hickhack nahezu vollständig unter, so daß es oft an den kleinen Fraktionen von FDP und PDS ist, in festgefahrene Fragen des parlamentarischen Verfahrens wieder Bewegung zu bringen.

Bezüglich der von mir bereits erwähnten Mitte-Links-Option geht es der PDS nicht in erster Linie um eine Koalition auf Bundesebene etwa 2002. Eher geht es um ›Koalitionsfähigkeit‹ – was ein Unterschied ist, der allerdings im alltäglichen Medienrummel kaum vermittelbar ist. Koalitionsfähigkeit meint hier zuallererst, daß wir in der Lage sind, unsere politischen Zielstellungen – das,

Die CDU und die PDS besetzen gegensätzliche politische Pole. Daher weist das Parteiensystem in den neuen Ländern eine Tendenz zur Bipolarität auf. FDP und Bündnis 90/Die Grünen sind in die politische Bedeutungslosigkeit gefallen, die SPD hat ihren Anspruch, linke Volkspartei im Osten zu sein, nicht umsetzen können. In der Konkurrenz mit der PDS verliert die SPD die Zustimmung der Wähler; profitieren können hiervon – aus unterschiedlichen Gründen – CDU und PDS.
KAS-Studie 1999, S. 2.

was demokratischer Sozialismus ist – möglichst genau umreißen zu können. Hier hat die PDS sicherlich deutliche Fortschritte gemacht. Dazu gehört auch, daß wir demnächst ein Rentenkonzept vorlegen können, das auch in bezug auf seine haushaltstechnischen Seiten den Vergleich mit anderen Vorschlägen nicht zu scheuen braucht und das im Zusammenhang mit einem Konzept für eine Wertschöpfungsabgabe präsentiert werden wird. Aber dazu gehört auch, daß die PDS zukünftig der Versuchung widerstehen muß, sich auf Parteitag eine ›Wunschrepublik‹ zusammen zu beschließen, die dann am Montag danach mit dieser Welt nichts mehr zu tun hat. Und dazu gehört, den überkommenen oder neu kultivierten geistigen ›Avantgardismus‹ zu überwinden.

Die vordringlichste Aufgabe besteht für die PDS in den Jahren bis 2000/1 sicherlich darin, einen behutsamen Imagewechsel einzuleiten. ›Behutsam‹ sollte er vor allem deshalb sein, weil sich natürlich niemand gern von dem trennt, weswegen er gewählt wird. Ferner ist es ein Glücksfall für die PDS, daß die Politikfelder ›Ost‹, ›Soziales‹ und ›Frieden‹ sich als so zentral erwiesen haben. Man stelle sich nur vor, daß die ›innere Sicherheit‹ einen derartigen Stellenwert erlangt hätte – was von einigen CDU-Strategen durchaus beabsichtigt war –, dann hätte die PDS sicherlich größere Mühe. Jetzt kommt es darauf an, die bisher bewiesene Kompetenz auf mindestens zwei Feldern zu ergänzen: bei der ›Wirtschaftsförderung‹ und auf dem Gebiet der ›Zukunftsfragen‹, wo es insbesondere um Jugend und Bildung geht.

Insgesamt ist die PDS gut beraten, das Denken in den Dimensionen eines ›Juniorpartners‹ Schritt für Schritt abzulegen. Viele unserer Konzepte gehen zu stark von der Frage aus: Wieviel politischen Spielraum können wir einnehmen, den uns andere zubilligen? Das ist natürlich eine bedenkliche Form von geistiger Selbstbeschränkung. Was nicht heißen soll, daß die PDS demnächst über Koalitionen oder die Benennung von Ministerpräsidenten nachzudenken hätte – aber auch das wird irgendwann eine Rolle spielen. Zunächst müssen wir eine Art geistiger Selbstbefreiung erreichen. Dazu brauchen wir jene gesellschaftliche Reibung, der wir viel verdanken, auch wenn sie für uns nicht immer angenehm war. Die PDS wird von außen zu Vernunft und Einsicht gebracht oder gar nicht. Nach wie vor ist die Partei nicht in der Lage, die durchaus vorhandenen Entwicklungspotentiale durch eine Form innerer Selbstmobilisierung zu erschließen. Deshalb sollten wir vor allem unseren Kritikern ›danken‹.

Verkürzt man die Wahlmotive, wird die PDS aus einer Mischung von ›Wir-Gefühl‹ und Protest heraus gewählt; die CDU, weil sie die zukunftsfähigen (sach)politischen Konzepte anbietet. Daraus ergibt sich auch, daß eine pauschale Ablehnung der PDS nicht trägt und eine inhaltliche Auseinandersetzung um die besten Lösungsansätze in der politischen Realität notwendig ist.
KAS-Studie 1999, S. 7.

JÖRG ROESLER

Die DDR in den neunziger Jahren. Eine Animation

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Alternativen zu Entwicklungen, die sich real bereits vollzogen haben.

Das ist m.E. ein durchaus berechtigtes Anliegen. Denn die angebliche Alternativlosigkeit der Geschichte – die Feststellung, daß es so, wie es kam, auch kommen mußte, die Ausblendung von möglichen Alternativen – ist eine relativ häufige und vor allem immer wieder wirksame Variante der Geschichtsm Manipulation.

Sie ist von seiten der Macher der deutschen Einheit immer wieder strapaziert worden. Vor allem, um die heute von den Annalisten und Kommentatoren jeglicher Couleur fast ausnahmslos als verhängnisvoll bezeichneten Folgen der zu rasch und unter sehr ungünstigen Bedingungen für Ostdeutschland vollzogenen Währungsunion zu rechtfertigen.

Da für sie kaum ernsthaft wirtschaftliche Argumente herangezogen werden können, halten sich die Rechtfertiger vor allem an politische. Es habe nur eine bestimmte relativ kurze Zeit eine besondere außenpolitische Situation (Gorbatschow in der Sowjetunion noch an der Macht) gegeben, in der – von den entscheidenden internationalen Bedingungen her – die deutsche Einheit hätte vollzogen werden können.

In diesem Beitrag soll es jedoch nicht in erster Linie darum gehen, ob die überstürzte Währungsreform keine Alternativen hatte – dazu ist schon wiederholt geschrieben worden –, sondern um die Frage, ob die DDR als selbständiger Staat wirtschaftlich hätte weiter existieren können, wenn ihr politisch dazu Gelegenheit gegeben worden wäre.

Mit einer derartigen Chance rechnete man noch im Januar 1990 – auf beiden Seiten. Man braucht sich also nur vorzu stellen, daß es der eingefleischten Einheitsgegnerin Margaret Thatcher gelungen wäre, den schwankenden François Mitterrand auf ihre Seite zu ziehen und gemeinsam George Bush klarzumachen, daß eine Kräfteverschiebung, wie sie ein vereinigtes Deutschland darstellen würde, weder die NATO noch die Europäische Gemeinschaft unbeschädigt lassen würde. Dann wäre die Währungsunion, egal wie Gorbatschow zur deutschen Einheit gestanden hätte, eine Möglichkeit mit ferner Zukunft geblieben und die deutsch-deutschen Beziehungen wären auf die Basis der von DDR und Bundesregierung bis Mitte Januar erarbeiteten, sich nicht wesentlich unterscheidenden Vorstellungen für eine deutsche Vertragsgemeinschaft gestellt worden.

Jörg Roesler – Jg. 1940,
Prof. Dr., Berlin.
Studium der Wirtschaftsge-
schichte an der Humboldt-
Universität zu Berlin;
Forschungen zur Wirtschafts-
geschichte der DDR und der
osteuropäischen Länder.

»Die deutsche Einheit würde ... das wirtschaftliche Gleichgewicht der EG zerstören, in der Westdeutschland ohnehin schon dominierend sei.« Vorlage des Ministerialdirektors Teltshik an Bundeskanzler Kohl über ein von Margaret Thatcher dem Wall Street Journal am 25. Januar gegebenes Interview, in: Deutsche Einheit. Sonderedition des Bundeskanzleramtes, Köln 1991, S. 719.

Aus dem Protokoll der Gesprächsrunde in Chequers am 24. 4. 1990, zu der die britische Premierministerin Thatcher eingeladen hatte: »Wir könnten nicht erwarten, daß ein vereinigtes Deutschland exakt so denken und handeln werde wie die Bundesrepublik, die wir in den vergangenen 45 Jahren kennengelernt haben. Wir könnten nicht von der Annahme ausgehen, daß ein vereinigtes Deutschland sich ebenso bequem in Westeuropa einfügen lasse wie die BRD.« Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 161.

Die Weiterexistenz einer politisch und wirtschaftlich reformierten DDR war eine von der Bürgerbewegung und der SED-Opposition im Herbst 1989 getrennt vorgetragene Forderung, die zunächst auch auf eine Mehrheit in der Bevölkerung hatte rechnen können.

Aber war das wirtschaftlich eine realistische, eine realisierbare Forderung?

Hätte die DDR mit einem »dritten Weg« – zwischen zentralistischer Planwirtschaft der Vergangenheit und der seit den neunziger Jahren weltweit sich ausbreitenden radikalen Marktwirtschaft (»Motto: je weniger Staatseingriffe in die Wirtschaft, um so besser«) – überhaupt Überlebenschancen gehabt?

Folgt man dem mainstream der bestellten bundesdeutschen ökonomischen und historischen Forschung, dann bestand diese Chance nicht. Denn, so tönt es da immer wieder, die DDR war 1989 am Ende. Sie implodierte politisch und kollabierte wirtschaftlich.

An dieser Stelle macht es Sinn zu fragen: Was ist das überhaupt – ein wirtschaftlicher Kollaps? Definiert ist er nirgends – wie viele Begriffe, die in der Öffentlichkeit, auch in der wissenschaftlichen, ganz selbstverständlich genutzt werden.

Versucht sei einmal eine Bezugnahme auf die medizinische Definition: Danach ist ein Kollaps ein plötzlicher Kräfteverfall, hervorgerufen durch Herzschwäche oder Lähmung des Gefäßnervensystems.

Die medizinische Definition hilft tatsächlich weiter und führt uns zu dem in der Wirtschaftsgeschichte bekannten und in seinen Auswirkungen beschriebenen Begriff der Wirtschaftslähmung. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß trotz Vorhandenseins entsprechender materieller und personeller Kapazitäten und oft auch der benötigten Materialien das bisherige Steuerungssystem der Verflechtungen zwischen den wirtschaftenden Einheiten eines Landes untereinander und mit Betrieben im Ausland aufhört zu funktionieren. Die Produktion sinkt dadurch rasch, manchmal schlagartig auf die Hälfte oder sogar einen Bruchteil ihres früheren Niveaus, obwohl die Faktoren des Produktionsprozesses (Arbeit, Material, Anlagen) durchaus weiter vorhanden sind.

Der historisch vorletzte Fall dieser Art in Deutschland trat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ein. Auf dem Boden der späteren DDR war im Jahre 1945 die Industrieproduktion auf 16 Prozent des Vorjahresniveaus abgesunken, während die Kriegszerstörungen an Produktionsmitteln (die sogenannte Kriegssachschadensquote) lediglich 15 Prozent betrug, also 85 Prozent der Anlagen (vor den vor allem 1946 durchgeführten Demontagen) noch standen. Auch die Bevölkerungsverluste hielten sich in Grenzen. Im Ergebnis des Einströmens von Umsiedlern und Vertriebenen waren die Verluste an Humankapital relativ rasch ausgeglichen.

Es war also nicht das Ausmaß der Zerstörung, sondern die Lähmung des »Gefäßnervensystems« der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, die die Produktion auf etwa ein Sechstel verminderte.

Einen zweiten wirtschaftlichen Kollaps hat nun das Gebiet zwischen Elbe/Saale und Oder zu DDR-Zeiten erlebt. Der Zeitpunkt läßt sich exakt ermitteln: Juli/August 1990. Die Industrieproduktion der DDR, die im 2. Quartal 1990 noch 92 Prozent des Niveaus

von 1989 betragen hatte, sank im Juli schlagartig auf 56 Prozent und im August auf 47,9 Prozent, d.h. um fast die Hälfte gegenüber dem II. Quartal 1990. Ohne Zweifel war erneut eine Wirtschaftslähmung eingetreten. Innerhalb des nächsten Halbjahres verringerte sich die ostdeutsche Industrieproduktion noch weiter auf ein Drittel des Standes von 1989.

Hauptursache des Kollapses war die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Sie trat bekanntlich am 1. Juli 1990 in Kraft. Mit ihr gab allerdings die DDR auch ihre Wirtschaftshoheit auf. Verantwortlich für die eingetretene Wirtschaftslähmung war demzufolge bereits der andere deutsche Staat.

Diese Aussage wird überwiegend heftig bestritten, aber ihre Richtigkeit läßt sich nachweisen. Dieser Nachweis ist sogar relativ einfach zu führen: In den östlichen Nachbarländern der DDR wurden zwar zu Beginn der Transformation auch die künstlich hochgehaltenen Kurse korrigiert, die Binnenwährungen abgeschafft und die Märkte geöffnet, aber doch so, daß – selbst im Falle von Balcerowicz' Schocktherapie in Polen – ein wirtschaftlicher Kollaps vermieden werden konnte. Es kann angenommen werden, daß der wirtschaftliche und politische Sachverstand einer selbständig gebliebenen DDR auf ähnliche Weise und mit ähnlichen Ergebnissen mit dem Problem des Eintritts des Landes in den Weltmarkt fertig geworden wäre.

Die für das Thema wichtige Schlußfolgerung lautet: Der tatsächlich eingetretene Kollaps der DDR-Wirtschaft hätte von einer selbständig gebliebenen DDR auf dem Wege zu einer – wie es in dem im Januar 1990 veröffentlichten Wirtschaftsreformprogramm der Modrow-Regierung hieß – »sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft« durchaus vermieden werden können.

Gewiß, für den Moment des Einstiegs in marktwirtschaftliche Reformen ist das vielleicht schon denkbar, aber auf Dauer? werden Skeptiker fragen. Wenn – wie es ein halbes Jahr später eintrat – die für die DDR so enorm wichtigen Ostmärkte zusammenbrechen würden, wenn die Bundesrepublik den innerdeutschen Handel nicht mehr gefördert, sondern boykottiert hätte, um das ihr sicher unbequeme »Dritte-Weg«-Experiment des anderen Deutschland auf die Knie zu zwingen, wenn die DDR-Bürger in Massen über die nicht mehr militärisch, sondern nunmehr – wie international üblich – polizeilich abgesicherte Grenze in Richtung Westen geströmt wären?

Ist es nach 1990 überhaupt irgend einem Land, das auf einer Alternative zur durch die USA via Weltbank und Internationalen Währungsfonds vorgeschriebenen radikalen Art der Marktwirtschaft beharrte, gelungen, gegen den Willen der größten Wirtschaftsmacht der Welt zu überleben?

Gewiß, China, wird man sagen, aber ein relativ kleines, rohstoffarmes und in die internationale Arbeitsteilung integriertes Land, wie es die DDR war?

Ja, es gab so ein Land: Kuba. Und Kuba hat aus eigener Kraft marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich wirtschaftlich behauptet, obwohl es durch den sich in raschem Tempo vollziehenden Rückzug der Sowjetunion bzw. Rußlands aus seinen

Der französische Außenminister in der New York Times vom 13. März 1990: »Die deutsche Vereinigung kann nur dann erreicht werden, wenn sie von allen europäischen Ländern akzeptiert wird. Aber werden die Sicherheitsstrukturen sowohl stark als auch flexibel genug sein, um dem Schock der deutschen Einheit zu widerstehen?« Die deutsche Vereinigung, S. 145.

Entwurf der Regierung der DDR.: Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik. Ausfertigung vom 17. 1. 1990

Artikel 5: Mit dem Ziel, praktische Solidarität zu üben und soziale Gerechtigkeit zu sichern, streben die Vertragschließenden Seiten an, die Bedingungen für die Lebensqualität in beiden deutschen Staaten anzugleichen. Zu diesem Zweck stellen sie folgende Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer Vertragsgemeinschaft:

»Beide Seiten fördern alle Aktivitäten, die sich in Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen und Bedürfnissen der nationalen und internationalen Märkte befinden ... Sie entwickeln qualitativ neue Formen der Zusammenarbeit und schaffen dafür entsprechende Institutionen.«

Deutsche Einheit, S. 715.

Entwurf der Bundesregierung: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft. Stand: 18.1.1990

Artikel 2: »Die Regierungen .. betrachten angesichts der aktuellen Entwicklung Zusammenarbeit und Annäherung in den Bereichen der Wirtschaft, der gemeinsamen Infrastruktur, des Umweltschutzes, des Rechts sowie im Arbeits- und Sozialwesen als besonders wichtig für die Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft«.

Artikel 3 sieht vor: »Gemeinsame Kommission zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Aufgabe, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln und neue Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erschließen.«
Deutsche Einheit, S. 695/96.

Wirtschaftsverpflichtungen gegenüber Kuba ökonomisch bis ins Mark getroffen wurde. Nur einige wenige Daten sollen das Ausmaß der Bedrohung der kubanischen Wirtschaft zeigen:

Kurz bevor die UdSSR zugrunde ging, erhielt Kuba jährlich 13 Mill. t Erdöl. Moskau strich die vereinbarte Quote 1990/91 auf 3,5 Mill. t. herunter.

Damit die Dimension deutlich wird: Als im Jahre 1981 der Sekretär des ZK der KPdSU für internationale Angelegenheiten Erich Honecker die Nachricht überbrachte, daß die DDR künftig zwei Millionen Tonnen Erdöl weniger im Jahr bekommen würde, übermittelte Honecker an Breshnew die Frage, warum er wegen zwei Millionen Tonnen Erdöl die Existenz der DDR aufs Spiel setzen wolle?

Im Falle Kubas ging es aber um eine Reduzierung um 9,5 Mill. t. Das war kein Rückgang der Öllieferungen um 10 Prozent, wie im Falle der DDR, sondern um 70 Prozent.

Zusätzlich zu den Kürzungen strich Moskau, dessen gewendete Nomenklatura sich für einige Jahre in Washington lieb Kind machen wollte, für die verbleibenden 30 Prozent Öllieferungen noch die vereinbarten Präferenzpreise.

Moskau fuhr sein Handelsvolumen mit Kuba im gleichen Zeitraum von 8,7 Mrd. Dollar auf 3,3 Mrd. Dollar herunter. Kubas Glück war, daß Moskau den Zucker der Karibikinsel weiterhin brauchte. So blieb auf der Basis des Tauschgeschäftes Zucker-Erdöl (drei Tonnen Zucker für eine Tonne Erdöl) für Kuba eine Grundversorgung mit seinem fast einzigen Energieträger bestehen.

Kubas Wirtschaft geriet durch das Wegbrechen seiner Ostmärkte gewaltig ins Schleudern. Denn auch die anderen ex-sozialistischen Länder Europas stiegen aus dem Kuba-Geschäft aus – und zwar total. Das Ergebnis: 85 Prozent des wirtschaftlichen Hinterlandes der Insel, die Präferenzpreise und weichen Kredite, brachen weg.

Es ging abwärts mit der kubanischen Wirtschaft. 1991, 1992 und 1993 waren schlimme Jahre. Das Bruttosozialprodukt Kubas sank auf 65 Prozent ab. Die kubanische Regierung setzte als Notmaßnahme zeitweise die Kredittilgungen und Zinszahlungen auch an seine östlichen Gläubiger aus. (An den Westen waren die Zahlungen bereits im Verlaufe der achtziger Jahre eingestellt worden.) Die kubanische Regierung lud im Sommer 1993 westliche Wirtschaftsexperten nach Kuba ein und führte 1994/95 unter deren Beratung eine Reihe von Wirtschaftsreformen durch, die den Spielraum des Marktes erhöhten, privates Kleingewertum in Handel und Gewerbe sowie den Tourismus belebten und – nach außen die spektakulärste Maßnahme – den Dollar als zweite Währung auf Kuba zuließen.

Zunächst gaben westliche Firmen den als marode geltenden kubanischen Staatsbetrieben kaum Kredite. Um so mehr, als Kuba hundertprozentiges Auslandseigentum nicht duldet, vielmehr auf Joint ventures mit kubanischer Staatsbeteiligung bestand. Doch bei der Verweigerungshaltung blieb es nicht. Bis 1995 entstanden 212 Firmen mit gemischtem Kapital aus 53 Ländern in 30 Wirtschaftszweigen und Investitionen von 2,1 Mrd. Dollar. Mit den geschilderten Maßnahmen konnte ein Kollaps der kubanischen Wirtschaft während der ersten Hälfte der neunziger Jahre verhindert werden.

Damit war die größte aus der Wirtschaft herrührende Gefahr für die weitere Existenz eines politisch und wirtschaftlich selbstbestimmten Kuba vorbei. Seit 1995 beträgt das Wachstum der kubanischen Wirtschaft jährlich beachtliche sechs Prozent.

Bis Mitte der neunziger Jahre war es Kuba gelungen, Handelsbeziehungen mit »Drittstaaten« (jenseits der die Inselrepublik seit Jahrzehnten boykottierenden USA und den ehemals sozialistischen Ländern Europas) aufzubauen, u.a. mit Großbritannien, Frankreich, Schweden, von schon traditionellen »westlichen« Handelspartnern wie Mexiko, Kanada und Spanien, mit denen sich der Handel in den neunziger Jahren ebenfalls vergrößerte, und von der Volksrepublik China einmal abgesehen.

Allerdings sank der Lebensstandard in der Zeit der Umstrukturierung der Wirtschaft auf der Karibikinsel merklich ab. Lediglich das Niveau des Volksbildungs- und des Gesundheitswesens – letzteres mit Abstand das entwickeltste in Lateinamerika – gelang es, aufrecht zu erhalten. Die spürbare Verringerung des Lebensstandards rief unter großen Teilen der kubanischen Bevölkerung eine beträchtliche Unzufriedenheit hervor. Es gab eine Fluchtbewegung per Boot nach Florida, ins »zweite Kuba«, die jedoch – u. a. weil die USA sich in dieser Hinsicht ziemlich rasch verhandlungsbereit zeigten – kanalisiert werden konnte.

Was läßt sich aus dem Schicksal Kubas in den neunziger Jahren für eine selbständig gebliebene DDR – unsere Annahme – schlußfolgern?

Erstens: Bei verbessertem Zugang zum westlichen know how, und sei es nur über Kapitalimport auf der Basis von Joint ventures möglich, wäre es gelungen, die Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie der DDR rasch zu erhöhen. Viele der traditionellen Märkte im Westen, die die DDR in den achtziger Jahre bedient hatte, hätte Ostdeutschland halten, manche sogar ausbauen können.

Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur die Joint-Venture-Angebote ins Gedächtnis zu rufen, die im Februar/März 1990 im Wirtschaftsministerium der Modrow-Regierung eingingen und die später aufgrund der Treuhandprivatisierung fast durchweg durch Totalaufkäufe, teilweise auch zum Zwecke der Vernichtung von DDR-Konkurrenz, ersetzt wurden. Die DDR hätte für den technologischen Aufholprozeß ihre ingenieurtechnische und wissenschaftlich-technische Elite und für die wirtschaftliche Umstrukturierung ihre Manager einsetzen können, die in den neuen Ländern nach 1990 bekanntlich überwiegend entlassen wurden.

Einen Boykott der DDR-Wirtschaft durch die Bundesrepublik – gewissermaßen als Strafe für die Weiterexistenz eines zweiten deutschen Staates etwa – hätte keine Bundesregierung durchsetzen können. Die großen Konzerne und kleineren mittelständischen Unternehmen hätten einen solchen Boykottaufruf de facto mit Hinweis auf die französische, britische, schwedische usw. Konkurrenz ignoriert. Sicher wären auch die Regierungen dieser Länder, vor allem Frankreichs und Großbritanniens, nicht abgeneigt gewesen, entsprechende Absichten ihrer Wirtschaftsuntertanen zu unterstützen, denn es gab kaum ein europäisches Land, dem zwei Deutschlands nicht lieber gewesen wären als ein vereintes.

»Ranking« der DDR-Wirtschaft 1989: «Gemessen am Volumen der Industrieproduktion nimmt die DDR in der Welt den 15.-17. Platz, in Europa den 8.-9. Platz und im RGW den 3. Platz ein. Beim Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung steht die DDR auf dem 14.-16. Platz in der Welt, in Europa auf dem 8.-9. Platz und im RGW auf dem 1. Platz. Beim absoluten Umfang des produzierten Nationaleinkommens nimmt die DDR in der Welt den 16.-18. Platz, in Europa den 9.-10. Platz und im RGW den 4. Platz ein.» Internes Material der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 29.8.1989. Zitiert in: Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? (hefte zur ddr-geschichte 52) Berlin 1998, S. 52.

Die Regierung der DDR unterstützt und fördert die Gründung und die Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung auf dem Territorium der DDR. Unternehmen sollen im Interesse ihrer Stabilität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dann gegründet werden, wenn sie gegenüber sonstigen im internationalen Wirtschaftsverkehr üblichen Formen der Wirtschaftskooperation eine effektivere Lösung der Aufgaben in den Bereichen der Forschung und Entwicklung, der Produktion und des Absatzes, der Dienst- und Versorgungsleistungen sowie des Umweltschutzes gewähren.« Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in der DDR vom 25. 1. 1990, in: Gesetzblatt der DDR I 1990, Nr. 4 .

»Nachdem die Bundesregierung bewußt einen Aufwertungsschock herbeigeführt hat, indem sie die DM nicht zu einem Umtauschsatz von 1:4 oder 1:5, wie es der Marktbewertung ungefähr entsprochen hätte, einführt, sondern zu dem »unrealistischen« Satz von 1:1,8, darf sie sich nicht wundern, wenn statt des erhofften Wirtschaftswunders das Gegenteil eintritt – eine Wirtschaftskatastrophe. Dasselbe wäre ja auch in Westdeutschland eingetreten, wenn man die DM ähnlich brutal und über Nacht zum US-Dollar aufgewertet hätte.«

Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung, Berlin 1993, S. 22.

(Der Autor leitete unter Karl Schiller die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium.)

» Es ist wohl eine Schutz- und Zweckbehauptung, wenn gesagt wird, die 49-Prozent-Klausel hätte Investoren abgeschreckt. Mir ist kein einziger solcher Fall bekannt. Im Gegenteil! Firmen mit echten Investitionsabsichten haben daran keinerlei Anstoß genommen. Die Volkswagen AG und die Lufthansa waren dafür renommierte Beispiele.«
Christa Luft: Zwischen Wende und Ende, Berlin 1991, S. 120.

Was läßt sich aus der kubanischen Entwicklung weiterhin schlußfolgern?

Zweitens doch wohl, daß es auch einer selbständig gebliebenen DDR möglich gewesen wäre, das Wegbrechen der Ostmärkte zu überleben. Wie Kuba hätte auch die DDR ein bestimmtes Volumen des Handels mit Rußland aufrechterhalten können. Das betrifft mindestens den Naturalaustausch von Ersatzteilen für die umfangreichen, aus der DDR gelieferten Anlagen auf fast allen Gebieten des Verarbeitungsmaschinenbaus bis hin zu mikroelektronischen Steuerungen z.B. in der sowjetischen Autoindustrie, gegen Lieferung der von der verarbeitenden Industrie der DDR benötigten Rohstoffe und Halbfertigwaren aus der Sowjetunion bzw. Rußland.

Drittens: Um die Rückzahlung ihrer Schulden in Hartwährung wäre die DDR prinzipiell nicht herumgekommen. Wohl aber wäre ein Schuldenmoratorium möglich gewesen, eine Umschuldung, spätestens erzwungen durch die Drohung einer einseitigen Einstellung der Bedienung der Schulden durch die DDR-Regierung. Die Hoffnung der internationalen Gläubigerkonsortien von einer DDR, der es nach zugebilligten deutlichen finanziellen Erleichterungen wirtschaftlich wieder besser geht, Zins- und Tilgungszahlungen zu erhalten, wäre größer gewesen, als die Versuchung, die DDR-Wirtschaft ausbluten zu lassen mit der Ungewißheit, ob und wann man überhaupt Gelegenheit haben würde, die Schulden einzutreiben. Die ganze Geschichte der Auslandsverschuldung seit 1990 zeigt, daß am Schuldenmachen die Wirtschaft keines Staates zugrunde gegangen ist. Man denke nur an Mexiko 1994/95 oder an Thailand, Südkorea, Indonesien u.a. von der Asienkrise betroffene Länder 1997/98.

Was die Bundesregierung betrifft, so hätte sie vielleicht sogar eher als andere auf ein Moratorium gedrängt und neue Kredite ausgereicht. Denn schließlich hätte die Gefahr bestanden, daß bei einer drastischen (weiteren) Verschlechterung der Wirtschaftslage Ostdeutschlands durch Kreditboykott der Staat DDR möglicherweise unregierbar geworden wäre und die Gefahr einer massenhaften »wildem« Emigration von DDR-Bürgern in den Westen gedroht hätte. In einem ganz ähnlich gelagerten Falle, der zweiten mexikanischen Schuldenkrise 1994/95, hat die USA aus Angst vor dem Sturm auf die amerikanischen Grenzbefestigungen am Rio Grande durch hungernde und verzweifelte Mexikaner 40 Mrd. Dollar locker gemacht, um eine Wirtschaftskatastrophe zu verhindern. Das war mehr, als ganz Osteuropa (die Ex-DDR einmal ausgenommen) nach 1990 als Wirtschaftshilfe aus dem Westen erhalten hat! Hätte die Bundesregierung in einem ähnlich gelagerten Falle anders gehandelt als die USA? Doch wohl kaum.

Viertens: Hinsichtlich der Ausreisewilligen aus der DDR wäre es höchstwahrscheinlich relativ rasch, noch bevor in der DDR nicht reparable Verluste an Humankapital eingetreten wären, zu einem Modus vivendi mit der Bundesrepublik gekommen. Die hätte sich nämlich unter Druck *ihrer* Bevölkerung befunden, nicht in großer Zahl Menschen aus Ostdeutschland aufzunehmen, die – anders als in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – nunmehr in ihrer Mehrheit überflüssige Arbeitskräfte darstellten. Ob die Regierungen der

beiden deutschen Staaten bei dieser Gelegenheit übereingekommen wären, eine begrenzte Auswanderung aus der DDR in die Bundesrepublik, wie im Falle der USA und Kubas mit Hilfe einer Lotterie geregelt, zu gestatten, oder ob man eine andere, weniger »amerikanische« Lösung gefunden hätte, die einerseits der Ideologie genügt und andererseits in der Praxis nicht weh getan hätte, kann dabei der Phantasie des Lesers überlassen bleiben.

Man könnte bei der Übertragung von Kubas Entwicklung nach 1990 auf die DDR noch fortfahren und weitere Ermutigungen für eine wirtschaftliche Weiterexistenz der DDR finden. An dieser Stelle soll darauf verzichtet, aber noch auf das wohl wichtigste Gegenargument eingegangen werden, das folgendermaßen lautet: Die – in Analogie zur kubanischen Entwicklung zu erwartende – deutliche Verringerung des Lebensstandards hätte die DDR-Bevölkerung nicht mitgemacht und den Staat DDR nicht länger ertragen.

Die Gegenfrage lautet: Warum eigentlich nicht?

Deutliche Verluste beim Lebensstandard haben nach 1990 außer den Kubanern auch Tschechen, Slowaken, Ungarn und Polen, hinnehmen müssen, um nur von den nahen östlichen Nachbarn der DDR zu sprechen. Wenn alle diese Völker, warum sollten sich nicht die DDR-Bürger – zähneknirschend freilich – mit einer Verringerung ihres Versorgungsstandards abgefunden haben, zumal die konvertierbare Mark Pauschalreisen ins westliche Ausland – heute das wohl wichtigste Opium für das immer noch oder schon wieder unzufriedene (Ex)-DDR-Volk – nach vollzogener Konvertierung der DDR-Mark zu einem ökonomisch vernünftigen Kurs von der DDR-Wirtschaft genau so verkraftet worden wäre, wie etwa von der Ungarns oder Polens.

Mit Hilfe der vergleichenden Methode läßt sich mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit nachweisen: Die DDR-Wirtschaft war ungeachtet ihrer – international betrachtet übrigens keineswegs sensationell hohen – äußeren Verschuldung, bei weitgehendem Verlust der Ostmärkte, selbst bei einer unfreundlichen Haltung der Bundesregierung bezüglich der Entwicklung des deutsch-deutschen Handels, bei der Notwendigkeit, hauptsächlich auf dem westlichen Weltmarkt zu agieren und selbst angesichts eines Rückgangs des Lebensstandards in der DDR nicht kollabiert.

Das läßt eine ganz neue Interpretation jenes »windows of opportunity« zu, das von Helmut Kohl und Dietrich Genscher im ersten Halbjahr 1990 und auch noch später bis heute so oft und gern zitiert wurde. Das Jahr 1990 war – aus der Perspektive des vergleichenden Wirtschaftshistorikers betrachtet – offensichtlich für den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik eine einmalige Gelegenheit. Hätte man sie versäumt, gäbe es heute noch einen zweiten deutschen Staat mit einer staatlich regulierten Marktwirtschaft mit deutlich sozialer Komponente. Vielleicht hätte sich – dies ist allerdings eine durch den vorgenommenen Vergleich nicht gedeckte Spekulation – in der jüngsten Auseinandersetzung um das Modell der Wirtschaft der Bundesrepublik – mehr sozial oder mehr marktradikal – nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine durchgesetzt.

»Warum mußte man z.B. die Handelsorganisationen nach Westen privatisieren, wo doch mit den Westhändlern fast zwangsläufig auch die dort üblichen Westwaren kamen? Warum mußte man Grundstücke für die Produktionsstätten so teuer – in der Regel über den heutigen Verkehrswerten – bewerten? Warum die oft tüchtigen Ostmanager aus politischen Gründen ablösen? Vieles hätte man sicher besser machen können.«

Klaus von Dohnanyi:
Die Weisheit des Marktes überschätzt, in: Die Zeit 44/99, S. 14/15.

»In der Wirtschaft dürfte sich in nächster Zukunft bei weiterem Personalabbau in den mittleren Unternehmen sowie anhaltender Differenzierung bei den kleinen Unternehmen, einschließlich der (ausgegliederten) Forschungs-GmbH nur eine begrenzte Basis von innovativen Unternehmen und kleinen FuE-Abteilungen halten bzw. gut entwickeln können.«

Werner Meske (Leiter der Forschungsgruppe Wirtschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin): Wissenschaft und Industrie im Osten, in: WZB-Mitteilungen 66/1994, S. 62.

JOCHEN WEICHOLD

Ministeramt und Parlamentsmandat. Ein Beitrag zu einer demokratietheoretischen und verfassungsrechtlichen Debatte

Die immer wieder kontrovers diskutierte Frage, ob Ministeramt und Parlamentsmandat miteinander vereinbar sind, hat in der laufenden Legislaturperiode des Bundestages insofern erheblich an Schärfe gewonnen, als mit Bündnis 90/Die Grünen jene Partei an der Regierung beteiligt ist, für die die Verneinung dieser Vereinbarkeit bisher ein Essential ihres Selbstverständnisses darstellte. Um die Stabilität dieses Essentials aber – und damit um den Willen der Partei, auch weiterhin um die Realisierung dieses Demokratieprinzips überhaupt zu ringen – muß man spätestens seit dem Sonderparteitag der Grünen zum Koalitionsvertrag von 1998 fürchten.

In mehreren Kugelrunden suchten damals Vertreter verschiedener Parteiflügel zwischen einer größeren Zahl von Anträgen zu diesem Thema nach einem tragfähigen Kompromiß, um die Bundesdelegiertenversammlung nicht mit einem Eklat enden zu lassen. Schließlich wurde ein Antrag erarbeitet, der einerseits die demokratietheoretische Position der Parteilinken zu Gewaltenteilung und Kontrolle fixiert, es aber andererseits den drei Grünen-Ministern erlaubt, ihre Bundestagsmandate zumindest für die ersten zwei Jahre zu behalten. Erst nach einer breiten Debatte zur Reform der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik, über die Erweiterung der Mitbestimmungs- und Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, über die Dauer von Amts- und Mandatszeiten sowie zu Gewaltenteilung und Kontrolle soll in etwa einem Jahr eine Bundesdelegiertenkonferenz über den Stand der grünen Initiativen zur Demokratiereform beraten und über die Trennung von Amt und Mandat der grünen Regierungsmitglieder beschließen. Der Berliner Parteilinke Christian Ströbele begründete den Kompromiß vor den Delegierten mit den Worten: »Wir müssen ein Signal setzen, das unseren Ministern den Rücken stärkt.« Die Minister gegen ihren Willen zu etwas zu zwingen, »dieses Signal will ich nicht, denn dieses Signal würde uns schaden«.

Ob das Aufschieben der Entscheidung in dieser Frage letztlich im Sinne der Parteilinken ausgeht, darf wohl mit Recht bezweifelt werden, da auch im Vorfeld des Erfurter Parteitages der Grünen im März 1999 von seiten der Realos Vorstöße unternommen wurden, die Trennung von Amt und Mandat generell aufzuheben. Im Landesverband Hessen ist dieser Schritt Anfang Dezember 1999 bereits gegangen worden. So gibt es also allen Grund zu der Annahme, daß es im Verlauf der Jahre zu einem Gewöhnungseffekt kommt und die grünen Ministerinnen und Minister ihre Bundestagsmandate

Jochen Weichold – Jg. 1948, Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler, Berlin.
Veröffentlichungen u.a.: Die europäische Linke (1992, zusammen mit H. Dietzel und H. Schwenk); Regenbogen, Igel und Sonnenblume. Ökologische Bewegungen und grüne Parteien (1993); Anarchismus in Geschichte und Gegenwart, in: Vielfalt sozialistischen Denkens (1996); Die PDS im Parteienvergleich auf Länderebene in Ostdeutschland, in: Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS (1997)

Zur in diesem Artikel behandelten Problematik war der Autor als Sachverständiger für den Landtag von Sachsen-Anhalt tätig.

behalten dürfen – und es eigentlich nur noch darum geht, den Abschied von den geliebten Prinzipien der Öko-Partei möglichst schmerzfrei zu gestalten. Die von den Parteilinken angestoßene Debatte droht in einen Dornröschenschlaf zu versinken.

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Ministeramt und Parlamentsmandat ist jedoch in demokratietheoretischer und verfassungsrechtlicher Hinsicht zu wichtig, als daß zugelassen werden sollte, sie dem schleichenden Vergessen anheim fallen zu lassen. Es war gerade ein Verdienst der aufstrebenden grünen Partei, den ganzen Komplex der Verknüpfung von Amt und Mandat, der Ämterhäufung und des Berufspolitikeriums hinterfragt und neu auf den Prüfstand gestellt zu haben. Und dies durchaus auch unter dem verfassungsrechtlichen Aspekt der Trennung von Legislative und Exekutive. Schließlich haben in den letzten Jahren grüne Politikerinnen und Politiker wie Heidrun Heidecke in Sachsen-Anhalt oder Bärbel Höhn und Michael Vesper in Nordrhein-Westfalen ihr Landtagsmandat niedergelegt, als sie Minister in den Landesregierungen wurden. Um so bedauerlicher, daß grüne Bundesminister nun darauf bestehen, ihr Bundestagsmandat zu behalten, anstatt sich mit dem eigenen Beispiel dafür einzusetzen, daß die Trennung von Ministeramt und Parlamentsmandat in der Bundesrepublik Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts zur politischen Norm wird.

Bekanntlich schreiben das Grundgesetz (GG) und die Länderverfassungen in der Bundesrepublik Deutschland die Gewaltenteilung fest. Es widerspricht aber dem Grundsatz der Gewaltenteilung, wenn Mitglieder der Exekutive (der Regierung) gleichzeitig Mitglieder der Legislative (des Parlaments) sind. Abgeordnete des Parlaments, auch solche in Regierungsfractionen, haben die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Bei einer personellen Verquickung von Abgeordnetem und Minister ist diese Kontrolle jedoch außer Kraft gesetzt.¹ In diesem Kontext konstatiert der Staatsrechtler und ehemalige Hamburger Senator Ingo von Münch zu Recht: »Auch wenn das Grundgesetz die Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat im Normalfall nicht ausdrücklich vorschreibt, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß die gleichzeitige Innehabung von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat eine schwerwiegende Durchbrechung des Grundsatzes der Gewaltenteilung darstellt.«²

Jürgen Grünert, Richter am Amtsgericht Völklingen, macht darauf aufmerksam, daß ein Abgeordneter, der zugleich Minister oder Ministerpräsident ist, durch die ihm durch die Verfassung zugewiesene Aufgabe gehalten ist, seine Minister- bzw. Ministerpräsidentenarbeit zu bewerten und zu kontrollieren. Der Interessenkonflikt sei offenkundig. »So richtig zwar die Feststellung der Offenkundigkeit ist, so offen bleibt indes auch, wie sich ein als Vertreter des ganzen Volkes nur seinem Gewissen unterworfenener, auftrags- und weisungsungebundener Abgeordneter ... zugleich ohne inneren Widerspruch als die Richtlinienkompetenz ausübender Ministerpräsident bzw. – wohl noch delikater – an die Richtlinienkompetenz gebundener Minister ... beispielsweise zu einer Gesetzesvorlage der Regierung verhalten soll, mit der er inhaltlich nicht überein-

1 Leider scheint auch den beiden an ihrem Landtagsmandat festhaltenden PDS-Ministerinnen und -Minister in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern jedes Verständnis dafür zu fehlen, daß es dem Grundsatz der Gewaltenteilung widerspricht, wenn sie als Mitglieder der Legislative (des Parlaments) gewissermaßen sich selbst als Mitglieder der Exekutive (der Regierung) »kontrollieren«.

2 Ingo von Münch: Minister und Abgeordneter in einer Person: die andauernde Verhöhnung der Gewaltenteilung, in: Neue Juristische Wochenschrift, München und Frankfurt am Main, 1998, Nr. 1/2, S. 34.

3 Jürgen Grünert: Amt, Mandat und »Mehrfach-Alimentation«, in: Verwaltungsgrundschau. Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft, Köln, 1992, Nr. 12, S. 417.

4 Ebenda.

5 Siehe Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission »Rechtliche und materielle Sicherstellung der Ausübung des Landtagsabgeordnetenmandats«, (Magdeburg) 1998 (= Drucksache 2/4631 vom 18. Februar 1998), Anlage 4, S. 8.

6 Ebenda.

7 So auch Thomas Würtenberger in einer gutachterlichen Stellungnahme. Siehe Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 1, S. 13/14.

8 Edzard Schmidt-Jortzig: Das rechtliche Fundament der Ministerkompatibilität unter dem Grundgesetz, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, 1974, Nr. 1, S. 139/140.

stimmt.«³ Grünert legt daher nahe, »eine verfassungsrechtlich zwar nicht gebotene, aber die Glaubwürdigkeit der Politik fördernde Unvereinbarkeit von Mandat und Regierungsamt festzuschreiben«⁴.

Der Jurist Uwe Schneider, der sich an anderer Stelle gegen die Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat ausspricht, umreißt in einem Gutachten das Spannungsverhältnis zwischen Ministeramt und der Wahrnehmung eines Mandats im Landtag in einer Art und Weise, daß eigentlich nur noch als Konsequenz die Forderung nach Aufrichtung einer entsprechenden Inkompatibilität bleibt. Schneider stellt fest, daß der Minister als Teil des Kollegialorgans Kabinett der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten unterworfen sei, was im Gegensatz zum Grundsatz des freien Mandats stehe. Hier sei insofern ein Interessenkonflikt vorprogrammiert, als nicht erwartet werden könne, daß der Minister als Abgeordneter gegen Regierungsvorlagen stimme. Ein Funktionsspannungsverhältnis, so Schneider, ergebe sich naturgemäß auch im Bereich der Kontrollaufgaben des Parlaments. Ein Ressortchef habe kein Interesse daran, daß mögliche Mißstände in seinem Zuständigkeitsbereich mit den publizitätsfördernden Kontrollinstrumenten des Landtages aufgegriffen werden, sondern werde eine Beseitigung durch die ihm zur Verfügung stehende Leitungs- und Disziplinargewalt anstreben.⁵

Interessenkollisionen ergeben sich nach Schneider weiterhin daraus, daß bei gleichzeitiger Ausübung von Abgeordnetenmandat und Regierungsamt diejenigen, denen das Parlament einen Haushalt gebe, bei der Abstimmung über diesen Haushalt teilnehmen würden. Unter Gewaltenteilungsgesichtspunkten sei zudem bedenklich, daß die Regierungsmitglieder bei der Wahl der Verfassungsrichter durch den Landtag teilnehmen könnten. »Einer funktionsgerechten Ausübung steht hier entgegen, daß die Mitglieder der zweiten Gewalt diejenigen Mitglieder der dritten Gewalt wählen, die wiederum die Exekutive kontrollieren sollen.«⁶

In der rechtswissenschaftlichen Literatur wird von den Gegnern der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat eine Reihe von Begründungen zusammengetragen, die einer näheren Untersuchung bedürfen. Dies um so mehr, als einige dieser Begründungen – über die Medien verbreitet – auch in die allgemeine politische Diskussion Eingang gefunden haben:

Erstens ist festzustellen, daß die Mehrzahl der Autoren in der rechtswissenschaftlichen Literatur hier zwar die Durchbrechung des Grundsatzes der Gewaltenteilung konstatiert, dies aber ohne größere Diskussion als »Verfassungsgewohnheitsrecht« in Kauf nimmt und offensichtlich wenig Neigung verspürt, dieses Problem kritisch aufzuarbeiten.⁷ »Unter dem Grundgesetz beruht«, so der spätere Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig bereits 1974, »die ... Regel, daß Regierungsmitglieder sehr wohl Bundestagsabgeordnete sein können, ohne es andererseits sein zu müssen, auf staatsrechtlichem, zur materiellen Verfassung gehörendem Gewohnheitsrecht, das seinen Ursprung im Weimarer Parlamentarismus hat.«⁸ Zumeist fehlt in der Literatur jeder Hinweis auf die beiden Bundesländer, in denen bereits heute eine Inkompatibilität

zwischen Ministeramt und Abgeordnetenmandat aufgerichtet ist, nämlich auf Bremen und Hamburg, Art. 108 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und Art. 38 a Abs. 1 der Verfassung der Freien Hansestadt Hamburg schreiben eine solche Inkompatibilität fest.

Aber auch Autoren, die die gegenwärtig auf Bundesebene und in der Mehrzahl der Bundesländer geltende Regelung für legitim halten, schließen es keineswegs aus, daß es durchaus verfassungskonform ist, so zu verfahren wie in Bremen und Hamburg. Wolfgang Schreiber konstatiert in diesem Zusammenhang: »Die Verknüpfung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat entspricht dem hergebrachten Verständnis der parlamentarischen Demokratie. Da das parlamentarische System andererseits aber eine Personalunion nicht fordert, sind generelle (obligatorische) Inkompatibilitätsnormen, wie sie sich z. B. in Art. 108 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und Art. 38 a Abs. 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg befinden, verfassungsrechtlich unbedenklich.«⁹

Und der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim schreibt: »Mit dem Abgeordnetenamt bleibt das Amt eines Ministers oder Parlamentarischen Staatssekretärs nach wie vor vereinbar ... Das schließt natürlich de constitutione ferenda nicht aus, daß die Verfassung die Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat festlegt, wie dies in Bremen (Art. 108 Abs. 1 BremVerf.) und in Hamburg (Art. 38a HbgVerf.) geschehen ist.«¹⁰

Zweitens argumentieren die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat, da Parlamentarische Staatssekretäre / Staatsminister schon von der Definition des Amtes als Klammer zwischen Regierung und Parlament her neben ihrem Amt als Staatssekretär einen Bundestagssitz innehätten, könne man die ihnen vorgesetzten Minister nicht schlechterstellen, indem man ihnen nahelegt, auf den Parlaments-sitz zu verzichten. Dian Schefold, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen, meint, »es wäre ein Irrwitz, parlamentarische Staatssekretäre zu haben, den Ministern aber das Parlamentsmandat zu verwehren«¹¹.

Doch dieses Argument trifft nicht mehr, nachdem die neue rot-grüne Koalition das Gesetz für Parlamentarische Staatssekretäre geändert hat, um Michael Naumann zum Kulturbeauftragten der Bundesregierung im Range eines Staatsministers zu berufen. Nun dürfen Parlamentarische Staatssekretäre / Staatsminister im Ausnahmefall auch dann bestellt werden, wenn sie nicht Abgeordnete des Bundestages sind.¹² Die »Lex Naumann« hebt das Argument aus, Parlamentarische Staatssekretäre / Staatsminister müßten dem Parlament per definitionem angehören und damit die ihnen vorgesetzten Minister auch.

Drittens behaupten die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat, die Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat sei ein kennzeichnendes Merkmal von Regierungssystemen, in denen die Regierung nicht vom Parlament gewählt werde und auch nicht von seinem Vertrauen abhängig sei.¹³

9 Wolfgang Schreiber: Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz, Köln, Berlin, Bonn, München 1994, S. 567.

10 Hans Herbert von Arnim: Entschädigung und Amtsausstattung, in: Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Hans-Peter Schneider und Wolfgang Zeh, Berlin und New York 1989, S. 545.

11 Dian Schefold in: Die Vereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und Regierungsamt in der Parteien-demokratie. Aspekte aus Wissenschaft und Politik. Erträge des Internationalen Symposiums des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht an der FernUniversität Hagen am 9. Februar 1995, hrsg. von Dimitris Th. Tsatsos, Baden-Baden 1996, S. 51.

12 Siehe Süddeutsche Zeitung, München, 11. Dezember 1998.

13 Siehe Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 2, S. 19.

14 Siehe Adolf Kimmel: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen: Grundrechte, Staatszielbestimmungen und Verfassungsstrukturen, in: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, hrsg. von Oscar W. Gabriel und Frank Brettschneider, Bonn 1994, S. 41; Herbert Döring: Parlament und Regierung, in: ebenda, S. 348.

15 Siehe Neues Deutschland, Berlin, 10. Juni 1997.

16 Siehe Herbert Döring: Parlament und Regierung, a.a.O., S. 348; José Puente Egido in: Die Vereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und Regierungsamts in der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 55.

17 Siehe Frank Brettschneider: Die Verfassungen der EG-Staaten im Vergleich, in: Die EU-Staaten im Vergleich, a.a.O., S. 478-485.

18 Siehe ebenda, S. 478 und 480.

19 Siehe Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquete-Kommission, a.a.O., Anlage 2, S. 19. Ähnlich auch Ulrich von Alemann in: Die Vereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und Regierungsamts in der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 34; Martin Morlok in: ebenda, S. 84; Klaus von Beyme in: ebenda, S. 89-91.

Diese These läßt sich jedoch nicht eindeutig belegen. Man findet vielmehr im Ausland unterschiedliche Regelungen. Inkompatibilität von Parlamentsmandat und Regierungsamts besteht in Luxemburg, in den Niederlanden, in Portugal, in Norwegen und in Schweden.¹⁴ Auch in Frankreich verliert ein Parlamentsabgeordneter, der Minister wird, sein Mandat an einen Nachrücker. Jüngstes Beispiel dafür war die grüne Umweltministerin Dominique Voynet, die ihren Parlamentssitz an einen Sozialisten abgab.¹⁵ Dagegen besteht in Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland, Italien, Finnland, Spanien und Österreich keine Inkompatibilität zwischen Parlamentsmandat und Regierungsamts.¹⁶ Aber formal werden in den Niederlanden die Minister ebenso vom König ernannt und entlassen wie in Belgien und in Dänemark.¹⁷ In Portugal werden die Minister auf gleiche Weise vom Präsidenten auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt wie in der Bundesrepublik Deutschland vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers, und die Regierung ist in beiden Staaten dem Parlament verantwortlich.¹⁸

Viertens stellen die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat die These auf, eine Inkompatibilitätsregelung von parlamentarischem Mandat und Regierungsamts würde »erfahrungsgemäß« zu einem Fachleutekabinetts führen, das sich tendenziell von den politischen Entscheidungen entferne. Derartige Modelle würden daher »ein latentes unpolitisches Politikverständnis und die Gefahr einer autoritären Regierungsform« in sich bergen, was in Ländern mit ausgeprägter parlamentarischer Tradition durch ausreichende Gegenkräfte ausgeglichen werde, was aber angesichts der etatistischen und unpolitischen Traditionen in Deutschland bedenklich sei.¹⁹

Das Argument von der »Gefahr einer autoritären Regierungsform«, die vom Modell eines Fachleutekabinetts ausgehe, hatte in den ersten Jahrzehnten der Existenz der Bundesrepublik Deutschland durchaus seine Berechtigung, dürfte aber nach einem halben Jahrhundert parlamentarischer Demokratie in Deutschland kaum noch schwerer wiegen als in anderen westeuropäischen Ländern. Die Tendenz zum Fachleutekabinetts in den Bundesländern zeichnet sich heute dadurch ab, daß Fachleute in die Regierung berufen werden, die dem Landesparlament erst gar nicht angehören. In Sachsen-Anhalt gehörten beispielsweise in der zweiten Legislaturperiode von acht Ministerinnen und Minister vier dem Landtag nicht an, darunter mit Heidrun Heidecke nur eine, die ihr Landtagsmandat niedergelegt hatte. Das Problem parlamentsfremder Minister scheint mir viel weniger dann aufzutreten, wenn ein Landtagsabgeordneter zum Landesminister berufen wird und er daraufhin sein Mandat niederlegt, als vielmehr dann, wenn Persönlichkeiten aus fernen Bundesländern oder »Quereinsteiger« aus Wirtschaft und Verwaltung zu Landesministern berufen werden, nur weil man glaubt, in den eigenen parlamentarischen Reihen über keine kompetenten Fachleute zu verfügen.

Fünftens erklären die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat, es möge zwar Bedenken wegen der Einschränkung der Kontrollaufgabe des Parlaments

durch die Verbindung von Abgeordnetenmandat und Aufgaben der Regierung geben, jedoch würden die weiteren Aufgaben des Parlaments – nämlich Einflußnahme und Steuerung – gestärkt, wenn Mitglieder des Parlaments Mitglieder der Regierung sind. »Dies ergibt sich aus der Möglichkeit der direkten Einwirkung auf die Exekutive und die Intensität der Verantwortlichkeit des Kabinettsmitglieds gegenüber seinen Fraktionskollegen,«²⁰ schreibt der Jurist Uwe Schneider in einem Gutachten für den Landtag von Sachsen-Anhalt. Und auch die meisten Bundestagsabgeordneten der Grünen halten es für wichtig, daß Minister über ihr Abgeordnetenmandat in die Arbeit der Fraktion eingebunden seien.²¹

Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus, als hier beschrieben. Es sind nicht die Abgeordneten der Regierungspartei(en), die den entscheidenden Einfluß auf »ihre« Minister ausüben. Vielmehr sind es die Minister, die wirkungsvoll »ihre« Abgeordneten beeinflussen. Johannes Köhler hat bereits 1963 in seiner Untersuchung zur Inkompatibilitätsproblematik in Bayern festgestellt, daß die Minister und Staatssekretäre der bayerischen Staatsregierung, gestützt auf ihren Verwaltungsapparat, auf ihren Informationsvorsprung, auf ihre Autorität als Minister bzw. Staatssekretär usw., die Abgeordneten des bayerischen Landtages im Sinne der von ihnen geplanten Entscheidungen beeinflussen, und nicht etwa die Abgeordneten »ihre« Minister. Köhler plädierte daher für die Einführung der Inkompatibilität für die Angehörigen der bayerischen Staatsregierung mit dem Abgeordnetenmandat und kam zu dem eindeutigen Schluß: »Rechtens dürfte kein Mitglied der Regierung in Bayern gleichzeitig Mitglied des Bayerischen Landtages sein.«²² Und selbst Uwe Schneider muß bei der Beantwortung der Frage nach den konkreten Auswirkungen des Spannungsverhältnisses zwischen Ministeramt und Landtagsmandat auf die parlamentarische Arbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt einräumen, »daß die Minister mit Mandat, weil sie intensiv am fraktionsinternen Willensbildungsprozeß teilnehmen, ihre Vorhaben in größerem Umfang umsetzen können als Regierungsmitglieder ohne Mandat«²³.

Sechstens wird die Frage der funktionsgerechten Funktionsausübung, die von den meisten Autoren im Zusammenhang mit anderen, der Inkompatibilität unterliegenden Personengruppen aufgeworfen wird, im Kontext der Verquickung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat in der Regel überhaupt nicht diskutiert. Das betrifft ähnlich das im Zusammenhang mit anderen Inkompatibilitäten herangezogene Überlastungsargument.

Doch gerade in diesem Zusammenhang spielt die Frage der funktionsgerechten Funktionsausübung eine eminent wichtige Rolle. Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, weist in einem Gutachten darauf hin, daß ein Regierungsmitglied in der Regel nicht in der Lage sein wird, die Mittel, die ihm als Abgeordnetem zur Verfügung stehen, auch zu nutzen. Ein Regierungsmitglied stelle normalerweise keine Anfragen und Anträge, und die Stellung eines Mißtrauensantrages gegen ein anderes Regierungsmitglied sei politisch schier undenkbar.²⁴

20 Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 2, S. 19.

21 Siehe taz – die tageszeitung, Berlin, Ausgabe West, 23. Oktober 1998.

22 Johannes Köhler: Die Inkompatibilität in Bayern. Untersuchungen über die Frage der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen aktiven Ausübung des öffentlichen Dienstes und eines Landtagsmandates, München 1963, S. 47.

23 Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 4, S. 13.

24 Siehe Renate Künast in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 3, S. 18.

25 Zit. in: Annette Fischer: Abgeordnetendiäten und staatliche Fraktionsfinanzierung in den fünf neuen Bundesländern, Frankfurt am Main 1995, S. 113.

26 Uwe Schneider in: Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 4, S. 13.

27 Dimitris Th. Tsatsos in: Die Vereinbarkeit von parlamentarischem Mandat und Regierungsamt in der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 21.

28 So Uwe Schneider in seiner gutachterlichen Stellungnahme. Siehe Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 2, S. 17/18.

29 Siehe Gerd Sturm: Die Inkompatibilität. Eine Studie zum Problem der Unvereinbarkeit im geltenden deutschen Staatsrecht, München 1967, S. 99; Heinz Laufer: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 101 und S. 288; Paul Kevenhörster: Abgeordneter, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Uwe Andersen und Wichard Woyke, Opladen 1993, S. 3.

30 Siehe taz – die tageszeitung, Berlin, Ausgabe West, 23. Oktober 1998.

Auf einen anderen Aspekt des Problems hat H. Meyer in einer Anhörung zum Hessischen Abgeordnetengesetz von 1989 zu Recht aufmerksam gemacht: »Das Parlament arbeitet in seinen Ausschüssen, wenn es arbeitet, und die Minister sind nicht Mitglieder von Ausschüssen, sondern wenn sie im Ausschuß erscheinen, dann vertreten sie ihre ministerielle Position. In der Außenbeziehung taucht der Minister immer als Minister und der Ministerpräsident immer als Ministerpräsident auf. Er geht nicht auf ein Feuerwehrfest und sagt: Ich komme hier als Abgeordneter. – Jeder weiß: Er kommt als Ministerpräsident. Er kann es auch gar nicht anders, das wäre lächerlich. Das heißt, die Tätigkeit, die er ausübt, ist immer eine Ministerpräsidententätigkeit. Die einzige Abgeordnetentätigkeit, die er ausübt, eine echte, ist es, wenn es auf die Stimme ankommt, den Finger zu heben.«²⁵

Insgesamt läßt es die Arbeitsbelastung eines Ministers oder gar eines Ministerpräsidenten gar nicht zu, auch noch effektiv dem Vollzeit-Job eines Abgeordneten nachzugehen. Hinsichtlich der konkreten Auswirkungen des Spannungsverhältnisses zwischen Ministeramt und Abgeordnetenmandat auf die parlamentarische Arbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt muß auch Uwe Schneider als augenfälligste Auswirkung der Ministerkompatibilität feststellen, daß die Minister »ihre parlamentarischen Aufgaben nur sehr eingeschränkt wahrnehmen«²⁶. Und der Rechtswissenschaftler Dimitris Th. Tsatsos, Professor an der FernUniversität Hagen, stellt fest, daß »die gleichzeitige und volle Ausübung beider Funktionen ... für ein und denselben Menschen ausgeschlossen«²⁷ ist.

Siebertens suggerieren oder behaupten die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat, daß eine Inkompatibilitätsregelung von Parlamentsmandat und Ministeramt bereits insofern fraglich sei, als Art. 137 Abs. 1 GG als abschließende Regelung im Bereich der Inkompatibilitätsvorschriften der Schaffung von Unvereinbarkeiten für Minister entgegenstehen würde.²⁸

Dem ist entgegen zu halten, daß zum einen Minister keine Beamten, sondern Amtsträger sind. Art. 137 Abs. 1 GG ist auf Drängen der Alliierten mit dem Blick auf den staatlichen Verwaltungsapparat aufgenommen worden. Zum anderen resultieren Inkompatibilitäten nicht nur aus Art. 137 Abs. 1 GG. Inkompatibilität besteht beispielsweise auch zwischen Bundestagsmandat und Bundesratssitz, zwischen dem Amt des Bundespräsidenten und dem Bundestagsmandat, zwischen einem Ministeramt und dem Amt des Parlamentspräsidenten usw.²⁹

Achtens vertreten die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat die Position, daß ein Minister, der sein Parlamentsmandat aufgibt, gegenüber seinen Ministerkollegen schlechtergestellt würde und mit ihnen nicht (mehr) auf gleicher Augenhöhe verhandeln könne. Nur die gleichzeitige Mitgliedschaft in Fraktion und Kabinett erlaube den Ministern eine starke, unabhängige Stellung gegenüber ihren Kabinettskollegen, argumentiert der Bundesvorstand der Grünen.³⁰

Im Bundeskabinett haben jedoch keineswegs alle von der SPD bestellten Minister ein Parlamentsmandat inne. Sowohl Werner

Müller, Bundeswirtschaftsminister, als auch Walter Riester, Bundesarbeitsminister und der Kulturbeauftragte der Bundesregierung, Staatsminister Michael Naumann, haben keinen Sitz im Bundestag inne.³¹ Doch gerade der Bundeswirtschaftsminister hat nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines an Einfluß in der Bundesregierung gewonnen. Von einer gegenüber den anderen Ministern »geschwächten Stellung« kann also gar keine Rede sein.

Neuntens behaupten die Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat, daß eine Inkompatibilitätsregelung von Parlamentsmandat und Ministeramt dazu führen würde, daß die Minister ihre »Sicherheit« und »Unabhängigkeit« verlieren würden. Sie könnten sich im Falle eines Scheiterns der Regierung nicht auf ihr Abgeordnetenmandat zurückziehen und könnten sich daher genötigt sehen, in der politisch gescheiterten Regierung auszuharren und an ihrem Ministeramt festzuhalten. Die Bundesvorstandssprecherin der Grünen, Gunda Röstel, meint denn, daß es aus den Erfahrungen auf der Länderebene heraus »nicht klug ist, wenn Minister ihre Sicherheit und Unabhängigkeit verlieren, indem sie ihr Mandat niederlegen«³². Und der Rechtswissenschaftler Thomas Würtenberger, Professor an der Universität Freiburg, sieht für den Fall einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat die Gefahr, daß viele Parlamentarier lieber ihr »sicheres« Mandat behalten würden, »als eine unsichere Karriere als Minister zu beginnen«, da eine Rückkehr auf das Parlamentsmandat nach einer »Auswechslung« als Minister erst wieder nach Neuwahlen möglich sei.³³

Es darf wohl mit Recht bezweifelt werden, ob jemand, der ein Amt als Minister nur dann antritt, wenn ihm jederzeit die Rückkehr auf sein »sicheres« Parlamentsmandat möglich ist, überhaupt als Minister geeignet ist. Wenn heute Konservative und Neoliberale von jedem Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger fordern, Flexibilität und Risikofreude an den Tag zu legen, so muß es doch sehr verwundern, wenn Vertreter dieser politischen Kräfte allen Ernstes gerade Minister und Abgeordnete von einer solchen Forderung ausnehmen. Es ist zu fragen, ob nicht aus solchen Denkweisen ein gut Teil der Probleme in der heutigen Bundesrepublik resultiert, die gerade von Konservativen und Neoliberalen mit Reformstau, Unbeweglichkeit, Risikoscheu, Besitzstandsdenken und Politikverdrossenheit umschrieben werden!

Alle Argumente der Gegner der Aufrichtung einer Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat halten einer kritischen Überprüfung nicht stand. Die Vertreter sowohl der PDS-Fraktion als auch der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Enquête-Kommission des Landtages von Sachsen-Anhalt »Rechtliche und materielle Sicherstellung der Ausübung des Landtagsabgeordnetenmandats« haben daher für eine solche Inkompatibilität plädiert. In dem 1998 vorgelegten Abschlußbericht der Kommission hat die PDS-Fraktion den Standpunkt vertreten, »daß die Interessenkonflikte, die durch die gleichzeitige Ausübung eines Landtagsmandates und eines Ministeramtes entstehen können, es zwingend nahe legen, eine Inkompatibilität zwischen Landtagsmandat und Ministeramt aufzurichten«³⁴. Und auch die bündnis-

31 Siehe ebenda.

32 »Die Steuerreform ist ein riesiger Schritt«. Gunda Röstel, Vorstandssprecherin der Grünen, über die Kritik an der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, den Streit bei den Grünen über die Trennung von Amt und Mandat sowie ein mögliches neues Führungsduo Röstel / Künast an der Parteispitze (Interview), in: taz – die tageszeitung, Berlin, Ausgabe West, 23. Oktober 1998.

33 So Thomas Würtenberger in seiner gutachterlichen Stellungnahme. Siehe Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., Anlage 1, S. 13.

34 Landtag von Sachsen-Anhalt: Bericht der Enquête-Kommission, a.a.O., S. 29.

35 Siehe ebenda, S. 30.

36 Ingo von Münch:
Minister und Abgeordneter
in einer Person: die andau-
ernde Verhöhnung der Ge-
waltenteilung, a.a.O., S. 35.

grüne Fraktion sah damals »gute Gründe«, »nachdrücklich« für eine Trennung von Landtagsmandat und Ministeramt einzutreten.³⁵ Der Staatsrechtler Ingo von Münch äußerte etwa zur gleichen Zeit in einem Plädoyer für die strikte Trennung von Amt und Mandat, zum Beispiel bei Bundesministern und Bundestagsabgeordneten: »Kein Gesäß ist so breit, daß jemand gleichzeitig auf der Regierungsbank und auf einem Abgeordnetenstuhl sitzen kann.«³⁶

RICHARD SAAGE

Wider das marxistische Bilderverbot. Bogdanows utopische Romane »Der rote Planet« (1907) und »Ingenieur Menni« (1912)

I.

Die Frage, ob es ein Utopiepotential im bolschewistischen Diskurs gab, ist auf den ersten Blick zu verneinen. So bestand Lenin auf dem Marx-Engelsschen Verdikt einer utopischen Ausmalung der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, wonach der wissenschaftliche Sozialismus »keine Rezepte (comtistische?) für die Garküche der Zukunft«¹ anbietet nicht die Spur eines Versuchs finde, »Utopien zu konstruieren, ins Blaue hinein Mutmaßungen anzustellen über das, was man nicht wissen kann«.² Die Utopisten, bemerkte er kritisch, befaßten sich mit der »Entdeckung« politischer Formen³ statt sie, wie Marx, aus der genauen Analyse historischer Vorgänge abzuleiten.⁴ Ausdrücklich verwahrte er sich gegen die Kritik bürgerlicher Autoren, die Antizipation des »absterbenden Staates« in der kommunistischen Gesellschaft als »reine Utopie« abzutun.⁵ Doch diese verbale Utopiefeindlichkeit täuscht. Abgesehen davon, daß Ernst Bloch Lenins Denken mit guten Gründen utopische Qualitäten attestierte⁶, hat sich einer der führenden bolschewistischen Politiker vor dem Ersten Weltkrieg, Aleksandr A. Bogdanow, 1904 offen zum »Utopismus« bekannt, dessen »strenge *Folgerichtigkeit* des Denkens und Wollens« und »unbeirrbar*e* *Aktivität* im Lebenskampf«⁷ er lobte. Drei bzw. acht Jahre später veröffentlichte er zwei utopische Romane, nämlich »Der rote Planet« und »Ingenieur Menni«.⁸

Wie immer es um die literarische Qualität dieser beiden Romane bestellt sein mag: Ihre politische und schulemachende Bedeutung darf nicht unterschätzt werden. Spätestens mit der Konsolidierung des Sowjet-Systems festigte sich, wie ein zeitgenössischer Rezensent hervorhob, der Glaube in allen politischen Strömungen des revolutionären Rußlands, »daß die Menschheit sich in ihrer Gesamtheit der Herrschaft der Freiheit, dem Sozialismus, nähert. Schon jetzt müssen wir deshalb skizzieren, wie wir diesen Staat der Zukunft uns vorstellen müssen (...). Deshalb verdient das vom Autor gezeichnete Bild des sozialistischen Lebens die intensivste Aufmerksamkeit der Arbeiter«.⁹ Zugleich benennt der Rezensent mit dieser Bemerkung auch den Grund, warum die beiden Romane zur »eigentlichen Quelle für »Inspirationen« in der Übergangsperiode nach der bolschewistischen Revolution 1917«¹⁰ avancieren konnten. Tatsächlich wurden sie nicht nur von »den späteren Prominenten der KPdSU (b) gelesen«¹¹; sie erreichten darüber hinaus das

Richard Saage – Jg.1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I., Berlin 1955, S. 15.

2 W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, 2. Auflage, Peking 1971, S. 104.

3 A.a.O., S. 68.

4 A.a.O., S. 69.

5 A.a.O., S. 120.

6 Vgl. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. I, 1. Auflage, Frankfurt am Main 1985, S. 8f.

7 Zitiert nach Dietrich Grille: Lenins Rivale. Bogdanov und seine Philosophie, Köln 1966, S. 159.

8 Im folgenden zitiere ich nach dieser Edition: A. Bogdanow: *Der rote Planet*. Ingenieur Menni. Utopische Romane. Aus dem Russischen von Reinhard Fischer und Aljonna Möckel. Erste Auflage, Berlin 1989. Die Angabe der Belegstellen, durch in Klammern gesetzte arabische Ziffern gekennzeichnet, befinden sich im Text.

9 Zitiert nach Grille: Lenins Rivale (Anm. 7), S. 165.

10 A.a.O., S. 167.

11 Ebenda.

12 Zit. a.a.O., S. 163.

13 Vgl. Peter Rollberg: Nachwort zu: Bogdanow: *Der rote Planet* (Anm. 8), S. 294.

14 Zitiert nach Grille: Lenins Rivale (Anm. 7), S. 167, Anm. 2.

15 A.a.O., S. 168.

16 Bernd Rullkötter: Bogdanow – Politiker und Phantast, in: A. Bogdanow, *Krasnaja zvezda: roman-utopija*. Inzener Menni: fantast. roman, Hamburg 1979, S. IX.

17 Vgl. a.a.O, S. Xf.

18 Vgl. Günter Maschke: *Der Roman der Technokratie*. Ein Nachwort, in: Alexander A. Bogdanow: *Der rote Stern*. Ein utopischer Roman, Darmstadt und Neuwied 1982, S. 178.

breite Publikum, insbesondere die Arbeiterschaft, wie die zahlreichen zeitgenössischen Auflagen beweisen.

Zwar hat Lenin Bogdanows »Der rote Planet« kritisiert, weil er in ihm »idealistisch« visionierte Zukunftsbilder in der erkenntnistheoretischen Tradition eines Mach und Avenarius und damit für ihn nicht akzeptable »Abweichungen« von der marxistischen Orthodoxie ausmachen zu können glaubte. »Hätten Sie doch für die Arbeiter einen Roman mit einem Thema darüber geschrieben«, soll er 1908 Bogdanow während eines Treffens in der Wohnung Gorkis auf Capri vorgeworfen haben, »wie die Räuber des Kapitalismus das Land geklaut haben, nachdem sie alles Erdöl, alles Eisen, alle Kohle unterschlagen hatten. Das wäre ein nützliches Buch, Signor Machist«. ¹² Unter dem Eindruck dieses Gesprächs, so wird berichtet, habe Bogdanow seinen zweiten utopischen Roman, »Ingenieur Menni«, geschrieben. ¹³ Doch auch über dieses Buch fiel Lenins Urteil nicht vorteilhafter aus. In einem Brief an Gorki vom Februar 1913 heißt es: »Ich habe seinen ›Ingenieur Menni‹ gelesen. Immer derselbe Machismus-Idealismus, so versteckt, daß weder die Arbeiter noch die dummen Redakteure in der ›Pravda‹ es begriffen haben«. ¹⁴ Aber diese Kritiken gingen an dem Bedürfnis der Leser nach Zukunftsbildern in einer revolutionär umgewälzten Gesellschaft vorbei; sie vermochten daher auch nicht die massenhafte Verbreitung und die schulemachende Wirkung der beiden Romane zu schmälern. So erschien der »Ingenieur Menni« bereits 1923 in fünfter Auflage, und »Der rote Planet« wurde »mit einer längeren Einleitung (...) im Leningrader Verlag ›Krasnaja gazeta‹, als Beigabe zur Zeitschrift ›Vokrug sveta‹ in einer Auflage von 120 000 Exemplaren« ¹⁵ veröffentlicht.

Aber auch die schulemachende Wirkung dieser beiden Mars-Utopien auf die russische Literatur in der Umbruchphase der Oktoberrevolution von 1917 ist beachtlich. Zu Recht wurde festgestellt, daß Bogdanows Romane »vor allem einen propagandistischen Zweck« verfolgten; »sie sollen den revolutionären Kräften als allgemeine Handlungsanweisung dienen. Mit dieser Intention nehmen sie die Phantastik der zwanziger Jahre voraus, deren Ziele ebenso stark politisch wie literarisch geprägt sind«. ¹⁶ So haben sich die agitatorischen Stücke Majakowskis ebenso von Bogdanows Utopisierung des Sieges der Arbeiterklasse über ihre Feinde anregen lassen wie J. Samjatins klassische »schwarze« Utopie *Wir* (1920) und A. Tolstojs Romane *Aelita* (1922) und *Ingenieur Garins Hyperboloid* (1926). Vor allem aber wirkten beide Romane nach dem Abschluß des ersten Sputnik als wichtiges Ferment der Erneuerung der sowjetischen Utopie bzw. Science Fiction, wie sich leicht an I. Efremovs Roman *Der Andromedanebel* nachweisen läßt. ¹⁷ Im Westen wurde der Rang von Bogdanows »Der rote Planet« darin gesehen, daß er – in der Tradition Saint-Simons und Comtes stehend – »der konsequenteste Roman der Technokratie« ist. ¹⁸ Darüber hinaus sind die antizipatorischen Qualitäten der Mars-Utopien Bogdanows hervorgehoben worden: die Vorwegnahme atomarer Raketen und der Einsatz der Computer in der Produktion, die im Zuge der Automatisierung den Charakter der menschlichen Arbeit tiefgreifend verändern. Zudem stelle sich

Bogdanows utopisches Szenario den emotionalen und intellektuellen Problemen einer folgerichtig zu Ende gedachten wissenschaftlich-technischen Zivilisation.¹⁹

Gewiß sind Genesis und Geltung der Mars-Utopien Bogdanows ohne seine politischen Überzeugungen und, eng mit diesen verknüpft, sein wissenschaftliches Werk nicht angemessen zu rekonstruieren.²⁰ Aleksandr Aleksandrowitsch Bogdanow (Pseudonym für Malinowskij) wurde am 10. August 1873 in Sokolka, in der Provinz Grodno, als Sohn eines Lehrers geboren, der später in Tula zum Schulinspektor aufstieg. Er besuchte das Tulaer Gymnasium. Nach eigenen Aussagen »in dem zugehörigen Internat als Stipendiat unter kasernen- bzw. gefängnismäßigen Bedingungen« lebend, lehrte ihn »die böswillig stumpfsinnige Obrigkeit in praxi, die Herrschenden zu fürchten und zu hassen und die Autoritäten zu verneinen.«²¹ Diese früh verinnerlichte kritische Distanzierung von der sozio-politischen Realität des zaristischen Rußlands sollte für sein späteres politisches Leben entscheidend werden. 1895 nahm er sein medizinisches Studium in Charkow auf, das er im Herbst 1899 abschloß. Daneben eignete er sich umfassende enzyklopädische Kenntnisse in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Disziplinen, in Philosophie und politischer Ökonomie an, die die Grundlage seines »beinahe unüberschaubaren Werkes«²² darstellten. Seine »geradezu frenetische Produktivität« (Rollberg) verband Bogdanow zunächst mit einem intensiven politischen Engagement, das ihm langjährige Gefängnisstrafen und Ausweisungen einbrachte. Zunächst von den populistischen Ideen der »Volksfreunde« (narodniki) beeinflusst, schloß er sich 1896 der Sozialdemokratie und im Herbst 1903 den Bolschewisten an. Auf dem dritten (1905), vierten (1906) und fünften (1907) Parteitag wurde er ins Zentralkomitee gewählt. Obwohl die Differenz in erkenntnistheoretischen Fragen zwischen Lenin und Bogdanow immer deutlicher wurde, kam es zunächst zu einer stillschweigenden Übereinkunft, politisch zusammenzuarbeiten und die Philosophie im Interesse der »Taktik der revolutionären Sozialdemokratie« zu einer »neutralen Zone« zu erklären.

Von 1905 bis 1907 war Bogdanow zusammen mit L. B. Krasin als technischer Experte für den bewaffneten Aufstand zuständig. Nach Verhaftung und Exilierung kehrte er illegal nach Rußland zurück und wirkte als Herausgeber bolschewistischer Zeitungen und Zeitschriften. In der Frage der bolschewistischen Teilnahme an der Dritten Staatsduma setzte sich Bogdanow für deren Boykott ein. Im Sommer 1909 wurde er nach eigenen Aussagen »zusammen mit Krasin als linker Bolschewik aus dem bolschewistischen Zentrum entfernt, im Januar 1910 bei der Verschmelzung der bolschewistischen und menschewistischen Fraktion schließlich aus dem Zentralkomitee der Partei«²³ wegen spalterischer Tätigkeit ausgeschlossen. Im Herbst 1909 nahm er an der Organisierung der Parteiarbeiterschule auf Capri teil, und ein Jahr später wirkte er am Aufbau eines ähnlichen Schulungszentrums in Bologna mit. Nach der Oktoberrevolution trat er als Theoretiker der Proletkultbewegung hervor, ohne freilich deren Negation der kulturellen Werte der Vergangenheit zu übernehmen. Außerdem wurde er Mitglied der

19 Vgl. z.B. Garland E. Crouch, Jr.: Bogdanov, Aleksandr Aleksandrovich, in: Modern Encyclopedia of Russian and Soviet Literature. Ed. by Harry B. Webber, Vol. 3, 1979, S. 80.

20 Zur Biographie Bogdanows vgl. u.a. Autobiographie Bogdanovs, in: Grille: Lenins Rivale (Anm. 7), S. 249-251, S. 39-72; Crouch: Bogdanov (Anm. 19), S. 74-81; Rullkötter: Bogdanov (Anm. 16), S. I-XVIII; Rollberg: Nachwort (Anm. 13), S. 293-298; Bogdanov, in: Great Soviet Encyclopedia, Bd. 3, New York, London 1973, S. 388f.

21 Autobiographie Bogdanovs (Anm. 20), S. 249.

22 Rollberg: Nachwort (Anm. 13), S. 293.

23 Autobiographie Bogdanovs (Anm. 20), S. 250.

24 Rollberg: Nachwort
(Anm. 13), S. 297.

kommunistischen Akademie und hielt Vorlesungen über Ökonomie an der Moskauer Universität. Nach 1921 widmete er sich ausschließlich wissenschaftlichen Experimenten, vor allem auf dem Gebiet der Blutübertragung. 1926 wurde Bogdanow Direktor des ersten Instituts für Bluttransfusion der Welt. Sein Tod »bei einem gefährlichen Selbstversuch (...) am 7. April 1928 brachte die Vermutung auf, es habe sich um bewußten Suizid gehandelt.«²⁴ Doch konnte sie bisher nicht eindeutig bewiesen werden.

25 Grille: Lenins Rivale
(Anm. 7), S. 158.

Was wissen wir über den politischen und biographischen Kontext der Entstehungsgeschichte beider Romane? Zwei Feststellungen sind in diesem Zusammenhang zu treffen. Zunächst ist die Erfahrung der russischen Revolution von 1905 zu erwähnen, an der Bogdanow als bolschewistischer Funktionär führend beteiligt war. Deren Scheitern führte er »auf die Ziellosigkeit und Verwirrung des Proletariats und seiner Führer zurück, die aus einem Unbehagen an der Verantwortung den möglichen Sieg aus der Hand gegeben hätten«, weil sie es versäumten, »sich (...) genügend plastische Vorstellungen von den nachrevolutionären Zielen« zu machen.²⁵ Sodann hatte er mit dem dritten Band seines »Empiriomonismus«, der 1903 erschien, sein philosophisches Hauptwerk abgeschlossen. Wie Bacon vor ihm, kam es ihm jetzt darauf an, zum Zweck der Selbstverständigung, aber auch der Popularisierung seiner Ideen, das zukünftige Szenario einer Gesellschaft zu entwerfen, die auf den zentralen Prämissen seines wissenschaftlichen Paradigmas beruhte: Von dem an den jeweiligen Stand der fortgeschrittensten Technik gebundenen (relativistischen) Wahrheitsbegriff und der Option für die Homogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne eines absoluten Primats des Kollektivs gegenüber dem Individuum über die praktische Anwendung der »Tektologie« als einer universalen Organisationswissenschaft bis hin zu seiner Betonung des Primats des technisch-organisatorischen Wissens gegenüber dem Eigentum an den Produktions- und Eigentumsmitteln als »movens« der historischen Entwicklung und einer eher evolutionären, weil abrupte Brüche vermeidenden Transformationsstrategie.

Die Rahmenhandlungen der beiden Romane, in denen diese »Botschaften« dem Leser lebensweltlich vermittelt werden, zeichnen sich durch einen einfachen und übersichtlichen Zuschnitt aus. Von einer marsianischen Geheimorganisation nach minutiösen Kontrollen und Überprüfungen angeworben, wird der Held des Romans Leonid mit der Hilfe eines Raumschiffs in die »Neue Welt« des Mars-Sozialismus entführt. Er soll sich mit allen Details dieses Gesellschaftssystems vertraut machen, um später eventuell als Agent der Marsianer auf der Erde zu wirken. Im folgenden berichtet nun der Ich-Erzähler Leonid von den idealen Einrichtungen auf dem »roten Planeten«: Die Sphäre der Produktion und Distribution sowie die Organisation der Arbeit werden ebenso geschildert wie die Modalitäten der politischen Willensbildung, das Erziehungswesen, die sozialen und wissenschaftlich-technischen Errungenschaften, die Kunst, die Hygiene und die Stellung zu anderen Planeten, z. B. zur Erde; ausführlich werden auch persönliche Krisen Leonids aufgrund des enormen Anpassungsdrucks geschildert, dem er in der entwickelten Mars-Zivilisation ausgeliefert ist. Im Gegensatz

zu *Der rote Planet*, geht es im *Ingenieur Menni*, wie Bogdanow schreibt, um »ein Bild des Zusammenstoßes der proletarischen mit der bürgerlichen Kultur«. ²⁶ Das Thema ist also die Durchsetzung des marsianischen Sozialismus, »die sich 250 Jahre zuvor zutrug. Das Proletariat beehrte beim Bau der ›Marskanäle‹ gegen die herrschenden Klassen auf, die durch die ›Syndikate‹ vertreten wurden, und entmachteten sie auf friedlichem Wege. Im Mittelpunkt des Romans steht die Auseinandersetzung zwischen dem antisozialistischen Initiator des Kanalbaus, dem Titelhelden Menni, und Netti, dem Führer der Arbeiterbewegung«. ²⁷

Der 1912 erschienene *Ingenieur Menni* ist also als eine Art Fortsetzung des Roten Planeten geschrieben worden: Im folgenden werden daher beide Romane als eine Utopie vorgestellt und interpretiert. Ein weiteres Merkmal der hier versuchten Lesart der beiden utopischen Texte besteht darin, sie jenseits der philosophischen Kontroverse zu verstehen, die Bogdanows Versuch, das marxistische Paradigma durch die Rezeption der Erkenntnistheorien Machs und Avenarius zu »modernisieren«, ausgelöst hat: Bekanntlich widmete ihr Lenin eine ganze Schrift, nämlich »Materialismus und Empirio-kritizismus« (1908). Dagegen soll vielmehr versucht werden, die gemeinsamen Schnittmengen dieser beiden Romane herauszuarbeiten, die sie mit der klassischen Utopietradition verbinden. Zwar ist Bogdanows Ausgangspunkt zweifellos der Marxismus. Doch abgesehen davon, daß er sich selbst positiv als »Utopist« charakterisierte und die literarische Form des utopischen Romans zur Konkretisierung seiner Vision einer sozialistischen Gesellschaft wählte, legt sowohl seine Zeitdiagnose als *Bruch mit der Herkunftswelt* diesen Schritt ebenso nahe wie das gesellschaftliche *Homogenitätsideal*, das er seinem Zukunftsstaat zugrundelegt. Dessen antiindividualistische Stoßrichtung, so Kolakowski, habe Bogdanow in einem Maße radikalisiert, daß ihre Herkunft aus dem Marxismus nicht mehr erkennbar sei. Statt dessen knüpfe sie eher an »Hoffnungen der totalitären Utopien des 18. Jahrhunderts« an. ²⁸

II.

Auch in seiner Zeitdiagnose, die er dem Idealzustand eines vollendeten kommunistischen Gemeinwesens auf dem Mars konfrontiert, greift Bogdanow auf Interpretationsmuster zurück, die wir bereits von den Sozialutopien des 19. Jahrhunderts her kennen: Ihnen geht es darum, die Konflikt- und Unterdrückungsmuster des industriellen Kapitalismus aufzuzeigen. In der Sicht des marsianischen Sozialismus kennt die irdische Gesellschaftsordnung keine kameradschaftliche und gegenseitige Hilfe. Jeder Dienst müsse mit Geld bezahlt werden. Die vorherrschende Produktionsweise auf der Erde sei starr und unbeweglich; sie lasse eine schnelle Produktionserweiterung und gerechte Umverteilung der Erzeugnisse nicht zu (118). Anstatt dem Allgemeinwohl zu dienen, könne sich die Technik unter kapitalistischen Bedingungen nur so weit entwickeln, wie es für die herrschende Klasse vorteilhaft sei und ihre Macht über die Massen stärke (121). Dergestalt bei der Entfaltung der Produktivkräfte auf selbstgesetzte Schranken stoßend, werde

26 Autobiographie Bogdanovs (Anm. 20), S. 251.

27 Rullkötter: Bogdanov (Anm. 16), S. II.

28 Leszek Kolakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. Zweiter Band, München und Zürich 1978, S. 496.

dieses Versagen, das technische Potential voll zu nutzen, durch einen hemmungslosen Imperialismus kompensiert: Obwohl die zivilisierten Völker der Erde »tatsächlich nur einen winzigen Teil der ihnen zugänglichen Naturkräfte« ausbeuteten, nehme ihr Streben nach der Eroberung neuer Territorien eher zu. »Der systematische Raub von Land und Besitz weniger zivilisierter Stämme heißt bei ihnen Kolonialpolitik und wird als eine Hauptaufgabe der staatlichen Ordnung betrachtet« (116).

Wenn in diesem imperialistisch gewordenen Weltsystem des Kapitalismus »die Kunst des Mordens (...) unvergleichlich höher entwickelt (ist) als alle anderen Seiten« (118) seiner Zivilisation, stellt sich die Frage nach der Alternative. Bogdanow legt ihr eine normative Zielvorgabe zu Grunde, die ihre Herkunft aus der klassischen Utopietradition nicht leugnen kann. Auf der Erde zerstört der Kampf zwischen Klassen, Gruppen und Individuen die Idee des »Ganzen«. Der marsianische Sozialismus dagegen geht von der Prämisse aus, die seit Platon das utopische Denken beherrscht, daß nämlich »das Ganze stets mehr ist als die Summe seiner Teile« (35). »... in jedem von uns«, heißt es, »den kleinen Zellen eines großen Organismus, (lebt) das Ganze und jeder lebt in diesem Ganzen« (78). Dabei reicht es nicht aus, daß die einzelnen sich wie bewußtlose Zellen zum »Ganzen« des Organismus verhalten; der Idealzustand ist erst dann erreicht, wenn das Individuum sich bewußt ins Kollektiv eingliedert, wenn der Mensch »sich voll als Element des großen werktätigen Ganzen erkennt« (234).

In der klassischen Sozialutopie war der Primat des »Ganzen« gegenüber dem »Besonderen«, der die Harmonie der gesellschaftlichen Beziehungen sicherte, stets auch mit der Transparenz der zwischenmenschlichen Beziehungen verbunden. Insbesondere stand die Architektur des utopischen Gemeinwesens im Dienst dieser Aufgabe. Auch Bogdanow folgt dieser Linie. Die Architektur auf dem »roten Planeten« ist, absolute Transparenz verbürgend, auf geometrische Muster festgelegt. Ihr charakteristisches Merkmal sind durchsichtige Dächer aus blauen Glasscheiben (54). Aber auch die Grundrisse der Städte orientieren sich ausschließlich an transparenten und funktionalen Gesichtspunkten. So bildet das Zentrum und die Grundlage einer Industriestadt »ein großes chemisches Laboratorium, das tief unter der Erde lag. Der oberirdische Teil des Städtchens lag inmitten eines Parks verstreut; auf einer Fläche von zehn Quadratkilometern befanden sich mehrere hundert Wohnungen von Arbeitern, ein großes Gemeinschaftsgebäude, ein Konsumgüterlager – in der Art eines Warenhauses – und eine Verkehrsstation, die den Ort mit der übrigen Welt verband« (53).

Aber nicht nur die Architektur und die Stadtplanung, sondern auch modernste Kommunikationstechniken dienen der Durchsichtigkeit der zwischenmenschlichen Beziehungen. Das »Allgemeine« verkörpernd, ist mit ihrer Hilfe das gesamte sozialistische Gemeinwesen der Kontrolle der wissenschaftlich-technischen Leitung unterworfen (56). Doch die Transparenz ist nicht nur vertikal, d. h. von oben nach unten, sondern auch horizontal, d. h. unter den Arbeitern selbst wirksam. Der Ich-Erzähler Leonid berichtet z. B. über die »seltsame Fähigkeit« seiner Arbeitskollegen, »alles

ringsum zu bemerken, ohne von ihrer Arbeit aufzublicken ... Mit der gleichen Umsicht und auf völlig gleiche Weise – vielleicht nur weniger häufig – halfen sich die Fabrikkollegen untereinander. Ich wurde nicht extra überwacht und kontrolliert, wie ich damals glaubte. Ich selber – ein Mensch der individualistischen Welt – habe mich unbewußt von den anderen abgesondert, und ich habe die Güte und die kameradschaftlichen Dienste, die ich nicht vergelten konnte, wie ich als Mensch einer Warenwelt dachte, krankhaft und unnatürlich aufgefaßt« (103).

Was also einem Repräsentanten der bürgerlich-kapitalistischen Welt als Kontrolle erscheint, erweist sich für die Bewohner des »roten Planeten« als gegenstandslos, weil sie ihren Individualismus aufgegeben und sich in das »Ganze« integriert haben. An die Stelle des Eigenrechts der Privatheit tritt die totale Öffentlichkeit dessen, was um sie herum geschieht; sie ist nichts weiter als der Ausfluß des Allgemeinen, das, wie gezeigt, nach den Kriterien des utopischen Ideals allemal eine höhere Dignität besitzt als die Ansprüche des einzelnen auf eine unantastbare individuelle Lebenssphäre.

III.

Wie ist nun aber die Sphäre der Produktion und Distribution organisiert, die die Normen des utopischen Ideals materiell einlösen soll? Auch in der Produktionssphäre herrscht äußerste Transparenz der Arbeitsabläufe vor; sie wird bereits durch die Architektur der Fabriken wirkungsvoll unterstützt bzw. entscheidend mitemöglichlicht (58). Die Produktionstechnik, so erfahren wir weiter, hat die Standards der ersten industriellen Revolution längst hinter sich gelassen. »Kein Rauch, kein Ruß, keine Gerüche, kein Staub. (...) Nicht die plumpe Kraft von Feuer und Dampf, sondern die feine, aber noch mächtigere elektrische Energie war die Seele dieses furchteinflößenden Mechanismus« (58). Physische Arbeit hat in diesem rationalisierten Betrieb ihre Bedeutung offenbar weitgehend eingebüßt: Die Arbeiter kontrollieren nur noch die auf Computerbasis umgestellten Produktionsabläufe (59).

Wie nicht anders zu erwarten, ist das Privateigentum vollständig abgeschafft und durch das Gemeineigentum an den Produktions- und Arbeitsmitteln ersetzt. Der individualistische Besitztrieb macht sich in der Sozialisationsphase nur noch als »ein unklares Echo in der atavistischen Tiefe kindlicher Instinkte« (66f.) bemerkbar. Auch der Markt ist sowohl in der Sphäre der Produktion als auch in der der Distribution der Güter außer Kraft gesetzt. Während die Verteilung über Magazine in der »Art eines Warenlagers« (53) erfolgt, wird die Güterherstellung über eine Rechenzentrale geplant und gelenkt. Sie ermittelt sowohl den Umfang der nachgefragten Produkte als auch den Bedarf an Arbeitskräften (60). Bogdanow betont, daß bei der Steuerung der Wirtschaft dynamische Elemente durchaus berücksichtigt werden. So gehen in die zentralisierte Planung die durch neue Erfindungen erhöhte Produktivität der Arbeit (62) und die durch die freie Wahl des Arbeitsplatzes bewirkte Dynamik (60) ebenso ein wie mögliche Schwankungen der nachgefragten Güter aufgrund der nicht reglementierten

Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten (61). Unter diesen Bedingungen haben der private Gewinn in Form von Profiten oder der Lohn der Arbeit gemäß der erbrachten Leistung ihre Bedeutung als Triebkraft des Wirtschaftsprozesses verloren. Demgegenüber wird die Arbeitsmotivation gleichsam anthropologisch begründet: »Die Arbeit ist das natürliche Bedürfnis eines entwickelten, sozial denkenden Menschen« (61), heißt es apodiktisch.

Welche Rolle spielt nun die Trias »Arbeit«, »Bedürfnisse« und »Technik« für das System der gesellschaftlichen Reproduktion in Bogdanows Mars-Utopie?

1. Die klassische Sozialutopie hat die physische Arbeit – im Vergleich zur Antike – strikt aufgewertet. Aber von Anfang an kollektiv organisiert, wurde sie nicht als Medium der Entfaltung einzelner, sondern als eine Aufgabe begriffen, die von der gesamten Gesellschaft in vereinter Anstrengung zu bewältigen ist. Diese Tendenz zur Kollektivierung der Arbeit wird von Bogdanow in seiner Mars-Utopie radikal vorangetrieben (33). Im Gegensatz zu den etatistischen Utopien der Vergangenheit ist in seinem Entwurf zwar die Arbeitspflicht und die Zwangszuweisung der auszuführenden Tätigkeit in der Sphäre der Reproduktion aufgrund der enorm gewachsenen Produktivität der Arbeit abgeschafft: Wer sich für eine Beschäftigung entscheidet, kann die Arbeitszeit selbst bestimmen: Sie beträgt im Durchschnitt fünf Stunden. Doch andererseits ist Bogdanows Mars-Entwurf Arbeitsutopie in dem totalen Sinne, daß er die in den klassischen Utopien gewährte Kompensation für die weitgehend fremdbestimmte Arbeit in Form der Muße ersatzlos streicht: Nach der Arbeitszeit »erholen« sich die einzelnen nicht, sondern begeben sich in Museen, Bibliotheken, Laboratorien und Fabriken, um hier die Produktion zu beobachten und manchmal sogar weiterzuarbeiten (102).

2. Ein zentrales Merkmal der älteren Utopietradition bestand darin, daß die Wirtschaft nur »natürliche« Bedürfnisse zu befriedigen hat. Das strikte Luxusverbot war gleichsam das Signum dieser Konsumschränke. Bekanntlich wurde das Verdikt mit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert suspendiert: eine Option, die, wie erwähnt, auch für Bogdanows Mars-Utopie gilt. Der »Verbrauch von Produkten ist nicht beschränkt«, heißt es: »Jeder nimmt, was er braucht und soviel er möchte« (61). Es ist erlaubt, »zwei- oder dreimal soviel von einer Speise zu essen wie üblich« oder »an einem Tag zehn Anzüge zu tragen« (ebd.). Dem entspricht, daß das Gebot einheitlicher Kleidung, wie es für die frühneuzeitlichen Sozialutopien kennzeichnend ist, nicht mehr besteht.

»Für jedes Alter gibt es Hunderte von Mustern, aus denen jeder das Passende auswählen kann, zumal die Kleidung auf dem Mars sehr zwanglos ist. Wer wegen seiner Körpermaße nichts Passendes findet, läßt sich Maß nehmen, und eine Zuschneidemaschine wird eingerichtet. Es wird speziell für eine bestimmte Person genäht...« (101). Trotz der Beseitigung dieser Konsumschränke kommt es aber zu keiner unkontrollierbaren »Explosion« der Bedürfnisse, weil der »bourgeoise« Egoismus als Grund eines enthemmten Geltungskonsums entfällt.

3. Die Mars-Utopie Bogdanows steht auch in der Hinsicht in der Tradition der Sozialutopie des 19. Jahrhunderts, daß sie den Anspruch erhebt, an der Spitze des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu marschieren. Die utopische Mars-Zivilisation ist der irdischen Welt in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in wichtigen Fragen der Wissenschaft und Technik weit voraus. So werden wie selbstverständlich Computer in der Wirtschaft eingesetzt. Auch verfügen die Marsianer nicht nur über mit Atomenergie betriebene Raumschiffe, mit denen sie zu anderen Planeten fliegen (13). Darüber hinaus ist, wie gezeigt, die gesamte Produktions-sphäre durch die Umstellung von Dampf auf Elektrizität in einem Maße rationalisiert und automatisiert, wie dies in der ersten industriellen Revolution undenkbar erschien. Ferner hat man die natürlichen Rohstoffe, z. B. in der Textilindustrie durch synthetische Stoffe ersetzt (100). Das Nahrungsmittelproblem konnte man durch Eiweißsynthesen definitiv lösen (128). Und der Medizin ist es gelungen, Methoden der Bluttransfusion zu entwickeln, die der Regenerierung der Zellen und Gewebe dienen.

Noch wichtiger aber ist, daß in Bogdanows Utopie jene Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wie in kaum einer anderen politischen Utopie zuvor deutlich werden, deren Ambivalenz erst heute in ihrer ganzen Schärfe hervortritt. Auf der einen Seite wird die gesamte Naturwissenschaft und ihre praktische Anwendung als Technik in weitaus höherem Maße in den Dienst der Menschheit gestellt (219), als dies in der älteren Utopietradition der Fall war. Auf der anderen Seite unterliegt aber der wissenschaftlich-technische Fortschritt zugleich dem rigorosen Imperativ, die Natur im universalen Maßstab auszubeuten und sie nach den Vorstellungen der Menschen zu verändern (97f., 184). Dieses Ziel, das Bacon als erster in programmatischer Weise formulierte, ist in gewisser Weise der Dreh- und Angelpunkt der Mars-Utopie Bogdanows. Tatsächlich schildert er das Verhältnis der Menschen zur Natur in der militärischen Metaphorik einer Schlacht auf Leben und Tod (75, 78). »Der Macht der Urgewalten war eine beispiellose Niederlage erteilt worden«, heißt es. »Es entstand der Eindruck, daß menschlichen Anstrengungen nichts unmöglich sei« (184). Angesichts der weltweiten Ökologiekrise ist es gerade das Pathos dieser Botschaft, das in Bogdanows Antizipation der Zukunft im ausgehenden 20. Jahrhundert die »fatalsten Momente des utopischen Denkens« enthüllt: den »projektiven Größenwahn«, den »Anspruch auf Totalität, Endgültigkeit und Neuheit«.²⁹

29 Hans Magnus Enzensberger: Gangarten. Ein Nachtrag zur Utopie, in: Richard Saage (Hrsg.): Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992, S. 69.

IV.

Wie schon in der klassischen Sozialutopie zu beobachten, hat das politische System ein wichtiges Fundament in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern: Sie beruhen in Bogdanows Mars-Utopie nicht nur in sexueller Hinsicht (109f.), sondern auch dort auf völliger Gleichberechtigung, wo sich die Schaltstellen der Macht befinden: Im wissenschaftlich-technischen Sektor haben die Frauen im Prinzip Zugang zu jeder Funktion. In dem Maße, in dem die Struktur der traditionellen bürgerlichen Kleinfamilie

vollständig aufgelöst ist, verliert das Haus als Ort familiärer Privatheit zugunsten der Gemeinschaftsgebäude jede soziale Bedeutung. Hausarbeit und Aufzucht der Kinder sind eine öffentliche Angelegenheit geworden. Wenn die Sexualmoral auch »die fetischistische Höhe der Sittlichkeit« abgelegt habe, so setzt ihr doch der Dienst am Gemeinwesen, wie ihn z. B. Ingenieur Menni »durch gewaltige geistige Arbeit« verrichtet, eine Grenze: Er übt, wie es heißt, für die volle Entfaltung seiner genialen Fähigkeiten sexuelle Enthaltensamkeit (104f.).

Abgesehen von dem Hinweis, daß polygame Beziehungen »dem Menschen (...) (eine) größere Vielfalt bei der Vererbung von Anlagen zu geben vermag« (9), finden wir bei Bogdanow keine Hinweise auf eine gezielt eugenische Planung zur Hervorbringung des »neuen« Menschen. Allerdings wird das hohe Alter, das er erreicht – ein 50jähriger ist noch ein junger Mensch – auf verbesserte Lebensbedingungen und vor allem auf die wissenschaftliche Methode der Regenerierung des biologischen Lebens zurückgeführt. Dieses Verfahren beruht auf dem Blutaustauschsystem zweier Menschen (85). Im übrigen teilen die »neuen« Menschen der Mars-Zivilisation auch alle anderen Eigenschaften ihrer Vorgänger in den älteren Sozialutopien. Ihr Selbstverständnis findet im Theater seinen künstlerischen Ausdruck. »Die Helden sprachen so zurückhaltend und sanft, sie verhielten sich so ruhig und äußerten kaum Gefühle, als wollten sie dem Zuschauer keinerlei Stimmungen aufzwingen, als wären sie vollkommene Philosophen, und zwar in idealisierter Gestalt« (87). Obwohl nicht frei von individuellen Krisen (81), verfügen die Mars-Menschen nicht nur über eine überragende Intelligenz; ihre Lehrbücher und Anleitungen sind für Erdenbewohner nur schwer nachvollziehbar, weil sie sich nicht an »einen Menschen niederer Kulturstufe« (99) wenden. Darüber hinaus zeichnen sie sich aus durch ein solidarisches und hilfsberechtigtes Verhalten untereinander (103).

Es ist klar, daß dieser »neue Mensch« einer staatlichen Organisation nicht mehr bedarf. Da die Anwendung von Gewalt gegen Personen ohne anthropologische Grundlage ist, spielt sie nur noch als ein wissenschaftliches Thema im Umgang mit Kindern und Geisteskranken eine Rolle. Sollten freilich Ärzte, Erzieher und Krankenpfleger überflüssige Gewalt anwenden, bedürfen sie selbst einer Behandlung, weil »ein vernünftiger und bewußt handelnder Mensch ... dazu natürlich unfähig« ist (82). Es ist andererseits nicht ganz klar, welche Institutionen Bogdanow anstelle des klassischen bürgerlichen Staates vorsieht. Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz werden offenbar in ad hoc gebildeten Gremien getroffen, die bestimmte Projekte planen und durchführen. So ist von einem Gremium mit dem Titel »Kolonialgruppe« die Rede, das bei der Organisation interplanetarer Expeditionen mitwirkt. »Außer Wissenschaftlern bestand es aus Vertretern der Statistikzentrale und aller Werke, die Sternschiffe und Ausrüstungen für solche Reisen lieferten« (113). In diesen Gremien ist die Diskussion politisch kontroverser Standpunkte unbekannt: Da der Primat technischer Effizienz auf der Annahme beruht, daß jedes auftauchende Problem im Kern technischer Natur und mit einer

optimalen technischen Lösung in den Griff zu bekommen ist, werden die »meist einstimmigen Entscheidungen (...) mit märchenhafter Schnelligkeit verwirklicht. Wissenschaftler einer Fachrichtung entschieden, man solle ein neues Institut schaffen, Arbeitsstatistiker verlangten eine neue Fabrik, die Einwohner einer Stadt wollten ihre Stadt mit einem Gebäude verschönen – flugs erschienen neue Ziffern der notwendigen Arbeitsstunden, die von der Zentrale errechnet wurden, Hunderte und Tausende Arbeiter kamen angeflogen, in wenigen Tagen und Wochen war alles vollbracht, und die Arbeiter verschwanden wieder« (87).

Auch wenn Bogdanow immer wieder darauf verweist, daß die technischen und zivilisatorischen Errungenschaften das Resultat kollektiver Anstrengungen sind, läßt er keinen Zweifel an dem entscheidenden gesellschaftlichen Einfluß aufkommen, den die technokratische Elite ausübt: Sie entwickelt und exekutiert das sozialistische Modernisierungsprojekt. Die Legitimation ihrer Führungsfunktion beruht nicht auf demokratischem Konsens, sondern auf der Verfügung über »eine allgemeingültige Wissenschaft«, die den gesamten organisatorischen Erfahrungsschatz der Menschheit umfaßt. »Die frühere Philosophie war nichts anderes gewesen, als die vage Vorahnung dieser Wissenschaft: die Gesetze der Natur, des gesellschaftlichen Lebens und des Denkens aber erwiesen sich als Teilausdruck ihrer Prinzipien in den einzelnen Bereichen« (288). Dieses absolute organisatorische Wissen, das in Bogdanows Empiriomonismus-Lehre als »Tektologie« firmiert, vorausgesetzt, ist es möglich, Fragen der Gesellschaft einer »wissenschaftlichen« Analyse zu unterwerfen, »vergleichbar einer mathematischen Berechnung auf dem Gebiet der praktischen Mechanik« (288).

Im Licht dieser Prämisse, daß die Menschen in der Gesellschaft als Quasi-Sachen in derselben Weise Gegenstand des »regnum homini« (Bacon) sind wie die äußere Natur, wird auch die Wahrheitsfrage radikal neu gestellt. Die theoretischen, kontemplativen Ideen in der Mathematik und in der Logik sind verabschiedet. Es gibt nur ein Kriterium, das die Wahrheit von der Verirrung unterscheidet: Das sind die innovatorischen und weiterführenden Ergebnisse der wissenschaftlich angeleiteten Arbeit und der Forschung. Wenn sie zur Erfüllung eines gesetzten Zieles führen, »dann ist das die Wahrheit« (245). Von diesem Schluß bis zu der Behauptung, daß alle erfolgreichen Mittel zur Erreichung eines dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt dienenden Zwecks gerechtfertigt sind, ist nur ein kleiner Schritt. Ihn zu tun, erscheint geradezu unausweichlich, wenn man sich vor Augen führt, daß in Bogdanows Mars-Utopie moralische Ideen wie »Freiheit« oder »Gerechtigkeit« in Gestalt der Rechtsprechung nur relative Bedeutung haben. »Wenn Verbrechen endgültig ausgemerzt sein werden, stirbt auch die Idee der Rechtsprechung. Wenn das Leben und die Entfaltung der Menschen keinerlei Zwängen mehr unterliegen, hat sich auch die Idee der Freiheit überlebt. Die Ideen werden geboren, kämpfen um ihre Existenz und sterben. Oftmals tötet eine die andere, so wie die Freiheit die Autorität verdrängt, der wissenschaftliche Gedanke den religiösen, eine neue Theorie die alte« (246).

V.

Welchen Geltungsanspruch verband Bogdanow mit seiner Mars-Utopie? Zunächst erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, daß er sein utopisches Gemeinwesen ganz der Tradition der Zeitutopie zuordnete, wie sie seit Morelly und Mercier in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewann. Zwar ist der Mars-Sozialismus auch durch eine räumliche Differenz von der Erde getrennt; das utopische Ideal und die Wirklichkeit der Erde werden in der Raum-Utopie zeitgleich vorgestellt. Doch die entscheidende Pointe besteht darin, daß der Sozialismus unter den Rahmenbedingungen der Weltgesellschaft erst in der Zukunft verwirklichtbar ist.

Bogdanow ist vom Realismus dieser Perspektive noch überzeugter als seine Vorgänger im 19. Jahrhundert. Was vor Jahrhunderten noch unerreichbar schien, ist nun in den Bereich des Machbaren gerückt. »Eine Utopie«, heißt es, »drückt Bestrebungen aus, die nicht realisiert werden können, Bemühungen, die an Widerständen scheitern. Inzwischen sind sie gewachsen, zu planmäßiger Arbeit geworden, die jene Widerstände überwindet« (244). Doch worauf gründet sich dieser Optimismus?

Auf den ersten Blick erfahren wir nur wenig über die Mechanismen, mit deren Hilfe das utopische Ideal der sozialistischen Mars-Gesellschaft unter irdischen Verhältnissen verwirklicht werden soll. Wir sind also auf das Transformationsmodell verwiesen, das Bogdanow am Beispiel des Mars-Sozialismus entwickelt. Dabei ist es durchaus erlaubt, in ihm eine Art Antizipation der Entwicklung zu einem irdischen Sozialismus zu sehen. Ein Vergleich zwischen der Geschichtsentwicklung auf dem Mars und der Erde deutet nämlich an, daß die »Gesetze« der historischen Evolution von der Gentilgesellschaft über den Feudalismus und Kapitalismus bis schließlich zum Sozialismus und Kommunismus universelle Bedeutung reklamieren, lediglich modifiziert und zeitlich verschoben durch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf beiden Planeten (160). Ihr spezifisches Profil gewinnt dieses Evolutionsmodell aber erst, wenn man es mit den Transformationsszenarien des utopischen Diskurses im 19. Jahrhundert in Beziehung setzt.

Zunächst fällt im Vergleich zu den Zeitutopien in der Epoche der Industriellen Revolution auf, daß Bogdanow den kollektiven Träger der Transformation eindeutig klassenspezifisch bestimmt. Das Subjekt der Geschichte in der Phase ihrer Entwicklung, in der der Kapitalismus bereits in Frage gestellt, aber der Sozialismus noch nicht verwirklicht ist, ist das organisierte Proletariat, der bewußte Teil der Arbeiterschaft. Diese Avantgarde, die nicht als Vertreter einer Mehrheit ohne bewußtes Denken, sondern eines Ganzen, nämlich der Arbeiterklasse, gilt, sieht sich für ihre welthistorische Mission durch ihre Ineinssetzung mit Bogdanows »Tektologie« legitimiert, die »breite Anwendung bei der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und ihrer Vorbereitung auf den letzten entscheidenden Kampf« findet. Ohne diese Wissenschaft, die den Arbeiter über seine untrennbare Verbindung zu den anderen, zu seinesgleichen, über seine Stellung im System der Arbeit und in der Gesellschaft aufklärt, ist der Proletarier »kein bewußtes Wesen, kein

Mitglied und kein Vertreter seiner Klasse, auch wenn solche Leute früher die erdrückende Mehrheit bildeten« (231).

Die welthistorische Mission, die eine solche bewußte Avantgarde zu erfüllen hat, besteht darin, daß sie ein anderes Bewußtsein ablöst, welches auf seine Weise auch vollkommen war, nämlich das bürgerlich-individualistische (233). »Das Kardinalproblem bestand für Bogdanow«, so bemerkte ein Interpret, »in der Verabschiedung des Individualismus als Verhaltensprinzip, im Beweis, daß Kollektivität einmal zwingend notwendig werden muß. Diese Kollektivität kann aber keineswegs auf einer Negierung der Individualität beruhen – sie muß und kann nur aus entwickelter Individualität erwachsen; deshalb, und nicht um der Erzielung eines billigen melodramatischen Effektes willen, konstruierte Bogdanow die Verwandtschaft von Menni und Netti«. ³⁰ Dieser Interpretation kann nur mit Vorbehalt zugestimmt werden. Zwar übernimmt Netti, der Repräsentant des Sozialismus, von seinem Vater, dem Ingenieur Menni, das gesamte wissenschaftlich-technische Wissen des kapitalistischen Zeitalters.

Aber der Individualismus selbst, wie er sich konkretisiert in den Grund- und Menschenrechten, in der Autonomie und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen etc., gilt als historisch überholt: »Er ist Ausdruck eines niederen Lebens, für das niemals ein höheres geopfert werden darf« (124), und seine Repräsentanten sind längst zu »Vampiren« degeneriert, die ihr Lebensrecht verloren haben (257). Menni selbst, der große Vertreter des bürgerlichen Zeitalters, zieht aus dieser Feststellung eine charakteristische Konsequenz: Er scheidet freiwillig aus dem Leben. Umgekehrt werden aber auch alle Opfer des Modernisierungsprozesses als »historische Notwendigkeit« gerechtfertigt. Als sich Arbeiter beim Bau der Marskanäle in den Sümpfen infizieren, wird es als »richtig und vernünftig« unterstellt, »tausend Leben jetzt zu opfern, damit in der Zukunft Millionen freier atmen können« (215).

30 Rollberg: Nachwort (Anm. 13), S. 296.

CHRISTOPH JÜNKE

Über die Ethik der Solidarität. Eine Begegnungstagung zum 85. Geburtstag von Jakob Moneta

Christoph Jünke – Jg. 1964, studierte 1984 bis 1993 Geschichte, der Soziologie und Philosophie in Köln und Bochum. Lebt als Historiker und politischer Journalist, zur Zeit als Doktorant, in Bochum.

Es hatte etwas von einer sozialistischen Ökumene, als sich vom 26. bis 28. November über einhundert Menschen zur »Begegnungstagung zum 85. Geburtstag von Jakob Moneta« in einer Bildungs- und Familienstätte nahe Frankfurt/M. trafen. Mitglieder der SPD waren genauso anwesend wie Mitglieder der PDS. Sogar einen linken Grünen konnte man ausmachen – der allerdings beteuerte, schon »auf dem Sprung« zu sein. Mitglieder linkssozialistischer Kleingruppen waren ebenso gekommen wie Anhänger der Befreiungstheologie. Intellektuelle trafen sich mit Arbeitern, Basisaktivisten der Gewerkschaften mit ihren Vorstandskollegen, Christen mit Juden. Nicht nur aus allen Ecken der Republik waren sie angereist, auch aus den USA, Frankreich, Jugoslawien und Südafrika konnten Gäste begrüßt werden.

Ein bemerkenswertes Ereignis, das durchaus nicht zufällig war – waren doch alle gekommen, einen Mann zu ehren, der in seiner Biographie all diese Schattierungen menschlicher Existenz auf spannende Weise vereinigt. Jakob Moneta ist sicherlich der bekannteste deutsche Nachkriegstrotzkist. Doch die meisten kennen ihn nicht als solchen, sondern als aktiven Gewerkschafter und Publizisten, als ehemaliges SPD- und späteres PDS-Mitglied. Als Jude will er sich zwar bekennen, solange es Antisemitismus gibt. Doch eigentlich, das machte er an diesem Wochenende nochmals deutlich, versteht er sich als Internationalist.

Der 1914 im damals noch österreich-ungarischen Ostgalizien Geborene wurde am Ende des Krieges nicht nur Zeitzeuge des revolutionären Zusammenbruchs dreier Monarchien (Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn). Er mußte 1918 auch erleben, wie seine nun polnische Heimatstadt Blasow die neue Unabhängigkeit nicht besser zu feiern wußte, als mit einem Judenpogrom. Sozialismus und Barbarei – diese beiden Pole des 20. Jahrhunderts sollten Jakob Monetas Schicksal und Denken fortan prägen.

Nachdem seine Familie 1919 nach Köln, in die Heimatstadt seines Vaters, eines jüdischen Textilfabrikanten, geflüchtet war, durchlief er die Schule und bestand 1933 das Abitur. Er schloß sich dem Sozialistischen Jugendverband, der Jugendorganisation der aus einer linksoppositionellen Strömung der SPD hervorgegangenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), an und engagierte sich im Arbeitersport. Ende 1933 verließ der junge Jude und Sozialist das faschistische Deutschland und ging nach Palästina, um in einem Kibbuz zu (über)leben. »Würde man mich fragen, woher meine un-

Zitate aus: Jakob Moneta: Mehr Macht für die Ohnmächtigen. Reden und Aufsätze, Frankfurt/M. 1991.

verrückbare Zuversicht stammt, daß Menschen Habsucht, Jagd nach Geld, Konkurrenzneid, Selbstsucht, Unterwürfigkeit – jene zum großen Teil vom Kapitalismus mühsam anezogenen ›menschlichen‹ Eigenschaften – ablegen können; würde man mich fragen, wo die tiefste Wurzel meines Glaubens daran liegt, daß Menschen ohne jeden äußeren Zwang als Gleiche und Freie im Kollektiv ihr Leben selbst gestalten können, ich würde antworten: Das hat mir meine Erfahrung in der Praxis des damaligen Kibbuz bewiesen.«

In Palästina organisierte er gewerkschaftliche Streiks für den 8-Stunden-Tag und arbeitete mit nichtjüdischen Arabern zusammen, was ihm 1939 den Ausschluß aus dem Kibbuz und 27 Monate Internierung einbrachte. »Hier (im Gefängnis – cj.) gab es zwischen Juden und Arabern keine Unterschiede mehr, ebensowenig wie zwischen Politischen und Kriminellen.« Nach seiner Freilassung wurde er Journalist und ging 1948 als überzeugter Internationalist und Trotzkiist nach Köln zurück. »In der falschen Hoffnung, die Geschichte würde dort weitergehen, wo sie nach der Revolution von 1918 unterbrochen worden war.«

Er wurde Redakteur der von Willi Eichler und Heinz Kühn geführten sozialdemokratischen *Rheinischen Zeitung* und Mitglied der SPD, doch im Geiste und hinter vorgehaltener Hand blieb er als Trotzkiist ein heimatloser Linker jenseits von kommunistischem Bürokratismus und sozialdemokratischem Reformismus. Noch vor dem Tod Stalins veröffentlichte er sein erstes Buch, eine Kritik jener stalinistischen »Bibel«, die *Kurzer Lehrgang der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)* hieß, und ging Ende 1953 als Sozialreferent an die bundesdeutsche Botschaft nach Paris, wo er fast zehn Jahre leben und arbeiten sollte. Neben dieser offiziellen Arbeit engagierte er sich – von seinen Arbeitgebern unbemerkt – vor allem für die algerische Befreiungsfront. Er hielt zwar den Kontakt in die Heimat, doch das Westdeutschland, in das er zurückkehren sollte, hatte sich entscheidend verändert. Große Teile seiner Generation der heimatlosen Linken waren nach langen Kämpfen gegen die ›Godesbergisierung‹ der SPD enttäuscht und zermürbt. Vor allem an den Universitäten wuchs eine neue Generation Linker heran, die von den Neuen Linken der ersten Generation nicht mehr viel wissen wollte, was zu tiefgreifenden gegenseitigen Vorbehalten führte. Nur wenige jener, die bereits in den fünfziger Jahren politisch führend aktiv waren, sehen wir nach 1968 auf der neuen politischen Bühne wieder. Einer dieser wenigen war Jakob Moneta, der sich seinen Optimismus und seine Tatkraft im französischen »Exil« und seit seiner Rückkehr 1962 als Chefredakteur der beiden einflußreichen IG-Metall-Zeitungen *Metall* und *Der Gewerkschafter* bewahren konnte.

Auch am letzten Novemberwochenende wurde diese bewegte Geschichte zum Thema, als sich Moneta am ersten Abend des Treffens einer intensiven Befragung zweier versierter Journalisten stellte. Er schilderte unter anderem seine ersten politisch bewußten Erinnerungen an den Kapp-Putsch 1920 und an eine große Solidaritätsdemonstration mit den zum Tode verurteilten US-amerikanischen Anarchisten Sacco und Vanzetti. Der Kampf gegen die reaktionären Kräfte dieser Welt und die parteiübergreifende Solidarität

sollten auch den ›roten Faden‹ für die folgenden Lebensjahrzehnte von Jakob Moneta bilden. Beide sind ihm auch heute noch Garanten einer emanzipativen Zukunft. Der Sozialismus, so Moneta in Anlehnung an Jürgen Kuczynski, werde vielleicht erst in hundert Jahren realisiert, aber er persönlich lasse sich die Vorfriede darauf nicht nehmen. Und auf die Nachfrage, was ihn da so sicher mache, antwortete er in einer Podiumsdiskussion, daß er da voll auf die Unternehmer vertraue. Immer, so seine Gewerkschaftererfahrung, wenn die Gewerkschaften zu zögerlich und passiv gewesen seien, hätten die ›Blut leckenden‹ Unternehmer sie angegriffen und zum Widerstand herausgefordert. Sicherlich hätten die heutigen Menschen beides im Kopf, »die Internationale« und das »Deutschlandlied«, doch es komme eben darauf an, welche der beiden Melodien man abrufe.

Hier setzten auch die anderen Referenten des Wochenendes an. Helmut Schauer beschrieb die nach wie vor auf der Ausbeutung von Lohnarbeit beruhende Revitalisierung des zeitgenössischen Kapitalismus als Shareholder-Value-Kapitalismus und machte gleichzeitig deutlich, daß wir es als Resultat dieser Revitalisierung mit einer Verschärfung krisenhafter Prozesse zu tun haben. Je mehr sich der Kapitalismus entwickle, desto mehr schlosse er die Menschen aus seinem Funktionieren aus, stoße an ökologische Grenzen und verstärke die weltweiten geopolitischen Kämpfe um schwindende Ressourcen in bedrohlichem Maße. Um zu einer entsprechenden Revitalisierung der sozialistischen Linken zu gelangen, forderte er mehr theoretische Grundlagen- und Bildungsarbeit und eine Verabschiedung von reformerischen Illusionen.

Auch André Brie verlangte mehr Nachdenklichkeit bei den Linken und einen Bruch mit der Kapitallogik. Der Sozialismus der Vergangenheit sei mehr gewesen als der Staatssozialismus und man könne an sozialistische Elemente heutiger Kämpfe anknüpfen. Michael Löwy schließlich erhofft sich eine Belebung sozialistischer Bewegungen durch eine Erneuerung des Marxismus. In Anlehnung an die Befreiungstheologie gehe es darum, die romantisch-revolutionäre Perspektive zu erneuern, um den »Dampfwalzen der kapitalistischen Modernisierung« Einhalt zu gebieten. Nicht um Rückkehr zu alten vorkapitalistischen Verhältnissen gehe es dabei, sondern um eine Erweiterung des Blickwinkels, um notwendig neues Denken zu lernen. Der Marxismus sei nicht nur eine analytische Methode, sondern auch eine Ethik der Solidarität. Diese zu erneuern sei nicht nur die wichtigste Aufgabe unserer Zeit, sondern auch die Aufgabe, der sich Jakob Moneta zeitlebens verpflichtet gefühlt hat.

Diese wie auch alle anderen Beiträge der gelungenen Veranstaltung sollen demnächst als Buch erscheinen.

BRIGITTE BERLEKAMP

Der Weg in den Krieg. Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39

Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges veranstaltete die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung am 18. und 19. September 1999 in Berlin eine Arbeitstagung zu diesem Thema.

Die wissenschaftliche Spezifik der Tagung bestand in der Verknüpfung der inneren Kriegsursachen (vor allem wirtschaftspolitische) mit den außenpolitischen und rüstungs- bzw. militärpolitischen Schritten in Richtung Krieg. Indem die Tagung den Weg in den Krieg, die Mechanismen und konkreten Aktionen zur Herbeiführung des Krieges in den Mittelpunkt stellte, gewann sie eine besondere Aktualität.

Bereits 1995 zum Jahrestag des Kriegsendes hatte die Gesellschaft auf ihrer Konferenz »Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa« wichtige sozialhistorische Aspekte des Kriegsendes sowie die Bedeutung der deutschen Kriegsniederlage für die nationale Entwicklung der von Deutschland besetzten Länder zum Gegenstand. Damit hob sie sich von zahlreichen wissenschaftlichen und Gedenkveranstaltungen ab. Im Unterschied zum Jahre 1995 fällt ins Auge, daß der Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges kaum Anlaß für einen wissenschaftlichen Meinungs- und Austausch bzw. -streit war.

1999 hatten sich die Veranstalter das Ziel gesetzt, Fragen der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges weiter aufzuklären: Wie wurde dieser Krieg zielgerichtet vorbereitet, wie vollzog Nazi-Deutschland auf dem Weg in den Revanchekrieg die letzten Schritte und überschritt die Schwelle vom Frieden zum Krieg? Wissenschaftler aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Österreich und Polen stellten in vier Sektionen ihre Forschungsergebnisse vor. Die Beiträge waren von kontroversen, kenntnisreichen und freimütigen Diskussionen begleitet.

Mit »Innere Kriegsursachen – Von der Zahlungsbilanzkrise zum Raubkapitalismus« war die erste Sektion überschrieben. Karl Heinz Roth (Bremen) bilanzierte die seit Jahren laufende internationale Diskussion über die Rolle der inneren Kriegsursachen. Nach der Einführung des Vierjahresplanes hatte sich sehr schnell erwiesen, daß dieser Rüstungskurs ökonomisch nicht realisierbar war. Vor der Alternative, den Rüstungskurs etwas abzu-bremsen oder auf Kosten der künftigen Kriegsoffer zu verstärken, entschieden sich Hitler und die IG Farben für einen Kurs einer forcierten Raub- und Rüstungspolitik. Neben Roth wandten sich auch

Brigitte Berlekamp –
Jg. 1949, Dr. phil.,
Historikerin an der Berlin-
Brandenburgischen Akademie
der Wissenschaften,
Mitherausgeberin des
»Bulletins für Faschismus-
und Weltkriegsforschung«.

Vgl.: Fritz Petrick (Hrsg.):
Kapitulation und Befreiung.
Das Ende des Zweiten
Weltkrieges in Europa,
Münster 1997.

Dietrich Eichholtz (Borkheide), Martin Seckendorf (Berlin) und Ulrich Schneider (Kassel) dem Zusammenhang von Ökonomik und Politik beim Entscheidungsprozeß für die Annexion Österreichs, der ČSR und des Überfalls auf Polen zu. Der konkrete Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanzkrise Deutschlands nach der Einführung des Vierjahresplanes und den einzelnen Entscheidungen zur Aggression gegen die Nachbarländer wurde vor allem an den weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Hintergründen der Rohstoffengpässe für die weitere Rüstungsexpansion sowie anhand der strategischen Vorgaben des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT) als Vordenker der »friedlichen« Aggression hergestellt.

Äußerst anregend waren die Überlegungen von Roth, sich bei der Bearbeitung dieser Problematik früher kritischer Analysen zu erinnern und solche Begriffe wie Raubkapitalismus und Raubtierphilosophie auf ihre Erklärungsfähigkeit zu prüfen. Zudem hielt er das Konzept der »Langen Wellen« für die weitere Durchdringung dieser Thematik für hilfreich. Seine Überlegungen zum Begriff Raubkapitalismus lösten eine lebhaftere Kontroverse aus.

In der zweiten Sektion ging es um die letzten Etappen auf dem Weg zum Krieg. Manfred Messerschmidt (Freiburg, Br.) eröffnete mit einem plastischen Bild der Entscheidungsprozesse über Ziel und Zeitpunkt des Angriffskrieges innerhalb der faschistischen Führung. Dabei berücksichtigte er sowohl Erfahrungen der Militärs und der Politiker während des Ersten Weltkrieges als auch Diskussionen und Bedenken über Rüstungsstand und außenpolitische Konstellationen. Die Kennzeichnung des Anschlusses Österreichs als ersten Schritt auf dem Weg in den Krieg diskutierte Martin Moll (Graz) unter dem Gesichtspunkt, daß diese Aggression zweifellos die Voraussetzung für alle weiteren war, jede folgende aber nach klarer zielbewußter Entscheidung für den Krieg begonnen wurde.

Werner Röhr (Berlin) wandte sich dem vielmals beforschten Münchener Abkommen unter der Fragestellung zu, inwiefern in den Handlungen Deutschlands als Hauptpresser sowie Frankreichs und Großbritanniens als Miterpresser jene Logik imperialistischer Erpressung realisiert wurde, die im Jahre 1999 zuerst in Rambouillet und dann im NATO-Krieg gegen Jugoslawien wieder aufgegriffen wurde.

Die Logik von München war auch wesentlicher Gegenstand der dritten Sektion. Siegfried Büniger (Berlin) analysierte die Beschwichtigungspolitik des Westmächte und fragte nach den Hintergründen und Motiven, warum sich die Siegermächte des Ersten Weltkrieges nicht entschieden der schrittweisen Zerstörung der Nachkriegsordnung widersetzen. Dem immer wieder ins Feld geführten Argument, die Appeasement-Politik sei entscheidend auf den nicht ausreichenden Rüstungsstand Großbritanniens und Frankreichs zurückzuführen, entgegnete Büniger auf der Grundlage zahlreicher Quellen, daß dieser tatsächlich zurückgeblieben war, um so verwunderlicher sei es jedoch, daß Chamberlain die notwendigen Anstrengungen, den deutschen Rüstungsvorsprung aufzuholen, nicht unternahm. Büniger begründete, daß die Kriegserklärung vom 3. September 1939 keineswegs bedeutete, daß die britische Regierung auch bereit gewesen wäre, Krieg zu führen. Viel-

mehr wurde die Beschwichtigungspolitik in modifizierter Form faktisch bis zum Überfall auf Frankreich fortgeführt. Daß Antikommunismus eine nicht unerhebliche Rolle spielte, betonte Bün-ger ebenso wie er auf schlichte intellektuelle Fehlleistungen von Politikern, auf deren charakterliche Arroganz und Selbstüberschätzung hinwies. Den diplomatischen Hintergrund des Überfalls auf Polen, insbesondere den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, umriß Ryszard Nazarewicz (Warschau). Den Stellenwert des finnischen Winterkrieges bezogen auf die politischen Konstellationen der Weltkriegsparteien stellte Juoko Jokisalo (Oulu) klar.

Schließlich wandte sich die vierte Sektion der Tatsache zu, daß die führenden Industrieländer, Deutschland eingeschlossen, sich gegenwärtig selbst, und ausschließlich sich selbst, das Recht auf Krieg ganz offiziell einräumen und daß von ihnen der Krieg erneut zu einem legitimen Instrument der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele erklärt wurde. Jene Verknüpfung von wirtschaftlicher Expansion, imperialistischer Erpressung und militärischer Drohung, wie sie im untersuchten Zeitraum praktiziert wurde, steht heute auch dann Pate, wenn der Krieg nicht mehr Krieg, sondern »humanitäre Intervention« genannt und als »polizeiliche Ordnungsaktion« proklamiert wird. Von diesen Intentionen geleitet, umrissen Werner Brill (Saarbrücken), Tobias Pflüger (Tübingen) und Rüdiger Minow (Friesenhof) historische und aktuelle Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert. Dazu gehörten Vergleiche zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Entwicklung der NATO-Strategie am Ende des Jahrhunderts und die Aktivitäten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).

In seinem Schlußvortrag rekonstruierte Ernstgert Kalbe (Leipzig) den Prozeß der Zerstörung Jugoslawiens hinsichtlich der wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Aktivitäten des Auslandes, insbesondere der BRD und der NATO. Hinsichtlich des Kosovo untersuchte er die geschichtlichen Wurzeln des Konflikts und stellte seine Indienstnahme als Auftakt für den Zerstörungsprozeß Jugoslawiens vor zehn Jahren sowie die Instrumentierung für die Aggression gegen Serbien 1999 heraus.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Lange nicht war Fernsehen so spannend wie in den letzten Wochen. Den Abendnachrichten wurde täglich entgegengefeibert wie damals, als es mit der DDR zu Ende ging: Jeden Abend eine neue Enthüllung.

Wie sich doch Nachrichten und Bilder gleichen können – die CDU in den Farben der SED, Wahnsinn. Und wie die Geldkofferträger der SED, ihre Geldbesorger und ihre Geldentsorger, versichern auch die jetzt ertappten, »nur der Partei« gedient zu haben. Der Schalck-Golodkowski der hessischen CDU heißt Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein. Der ist allerdings nur so eine Art bunter Vogel im Spendengestrüpp der CDU. Doch daß der gestrenge und gescheiterte Kanther, einst Innenminister, der während seiner Amtszeit am liebsten »jeden Schwarzfahrer mit Gefängnis bestraft« hätte (ein ARD-Kommentator), als hessischer Landesvorsitzender der Chefdealer war, überraschte denn doch.

Was lehrt uns dis? Wir sollten immer besonders vorsichtig sein, wenn uns besonders laute Moraltuten sagen wollen, wo es langgeht.

Zu wahrer Größe übrigens lief in den letzten Wochen Helmut Kohl auf. Er scheint, jedenfalls in diesem Moment, da ich diese Zeilen schreibe, aus dem Schneider zu sein: Er schweigt, schweigt. Punkt. Der Patron kommt fast nicht mehr vor, alle reden über Schäuble und die anderen. Das ist – Kohl hin, Kohl her – wirklich eine bemerkenswerte Leistung.

Dabei ist es ja nicht etwa so, daß der Mann keine Freunde mehr hat. In Wrocław zum Beispiel erhielt er jetzt von der Katholischen Fakultät einen Ehren-Doktor angeheftet. Julian Bartosz, Polen-Korrespondent des »Neuen Deutschland«, schrieb in diesem Zu-

sammenhang, daß die polnische Presse bis dato kaum ein Wort über den »Fall Kohl« und den CDU-Spendensumpf verloren hatte. Selbst dem bekannten »Polityka«-Redakteur, Deutschlandkenner und hierzulande Dauergast auf Podien und Konferenzen, Adam Krzeminski, sei die Affäre Kohl/CDU in seiner Wochenzeitung nur ganze 40 Zeilen wert gewesen.

Das ist insofern erstaunlich, als die »Polityka« seit Jahrzehnten ein reichlich intimes Verhältnis mit der Bundesrepublik hatte.

Aber das kennen wir ja: Manchmal können Freunde eben verdammt peinlich sein. Ein ähnliches Beispiel kommt aus Ungarn: Dort war man (nachzulesen im »Blättchen« 2/2000) auf die infame Idee verfallen, die ungarische Gendarmerie (die die Deutschen bei der Deportation der ungarischen Juden tatkräftig unterstützt hatte), mit einer Gedenktafel zu ehren. Die jüdischen Gemeinden Ungarns protestierten heftig, in der deutschen Presse las man nichts. Es waren keine empörten Stimmen zu vernehmen. Man stelle sich vor, irgendwo in Deutschland würde eine Gedenktafel für die SA angebracht ...

Übrigens fand ich in diesen affärenreichen Tagen insbesondere auch die Auftritte des Parteisekretärs Müntefering alles andere als überzeugend. Mag zwar sein, daß die Gefälligkeiten, die die *WestLB* der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung gewährte, alle juristisch gedeckt waren, und es mag auch sein, daß es rechtlich einwandfrei war, daß sich der damalige Landeschef Rau (der übrigens jetzt fein raus ist, da er sich hinter der Würde seines neuen Präsidentenamtes verkriechen darf) von einer Brauerei einen runden Geburtstag ausrichten ließ, mag ja alles sein – aber wir Stinos müssen unsere Reisen (*WestLB*) oder unsere Geburtstagsfeten (Brauerei) schließlich auch selber bezahlen. Kurzum: Wenn ich Müntefering argumentieren höre, bekomme ich Pickel. Und was hilft gegen Pickel? Nichts.

Die »CDU-Spendenaffäre« (so die in allen Zeitungen gleichlautende Vokabel für den Vorgang) besteht aus einem Wust von Einzelnachrichten, der täglich durch neue aufgefüllt wird. Das führte im Berichtszeitraum dazu, daß so manche andere Nachricht, die es durchaus wert gewesen wäre, von den Zeitungen weitgehend unkommentiert blieb. Nehmen wir zum Beispiel eine Meldung aus Dresden: Dort sprach sich die PDS-Landtagsfraktion einstimmig für die Erhöhung der Diäten aus. Selbstverständlich wußten die sächsischen Genossen ihr Begehren trefflich zu begründen. Angleichung, Ausgleich und was auch immer bei derartigen Gelegenheiten angeführt wird. Nein, und um ihr Portemonnaie ging es den PDS-Abgeordneten natürlich nicht, sondern um das Wohl und die Funktionsfähigkeit des Parlamentarismus.

Was sagt des Volkes Stimme? So sindse ehm.

Auch der Senat von Berlin, der vorhat, die Einkünfte seiner Staatssekretäre anzuheben, war um Erklärungen nicht verlegen; in anderen Bundesländern, so stand es in der Zeitung, würde in vergleichbarer Funktion mehr verdient.

Wir können also resümieren: Es geht in allen diesen und artverwandten Fällen letztlich nur um die Herstellung von Gerechtigkeit. Dagegen kann man ja nun wirklich nichts haben.

Lothar Hornbogen, Detlef Nakath,
Gerd-Rüdiger Stephan in
Zusammenarbeit mit Manfred
Meineke und Marga Voigt
Außerordentlicher Parteitag
der SED/PDS.

Protokoll der Beratungen am 8./9.
und 16./17. Dezember 1989,
Karl Dietz Verlag Berlin 1999,
463 S. und 1 CD (39,80 DM)

Wenn ein Rezensent einen Dokumentenband seines engeren Forschungsgebietes zu besprechen hat, meint er oft, leichtes Spiel zu haben. Er kennt den historischen Rahmen der Dokumente, Parallelüberlieferungen, Sekundärliteratur, Erinnerungen von Zeitzeugen. Also wird er das Dokumentenverzeichnis durchsehen, Einleitung und Apparat genauer betrachten und schließlich im Wust der Dokumente die für ihn interessantesten und prägnantesten zusammensuchen. Alles in allem keine große Arbeit, auch wenn er weiß, wieviel Mühe in der wissenschaftlichen Zusammenstellung eines solchen Dokumentenbandes steckt.

Das Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS am zweiten und dritten Dezemberwochende 1989 beschert aber ein ganz anders geartetes Leseerlebnis. Schon beim ersten Durchblättern liest sich der Rezensent fest. Denn das ist ein Stück miterlebter Zeitgeschichte. Der erste Verhandlungstag wurde damals bis Mitternacht live im DDR-Fernsehen übertragen, bis zur alles entscheidenden Frage: Löst sich die SED auf oder nicht? Auf einmal erstehen die Bilder jenes Abends wieder. Die CD mit Reden des Vorsitzenden des Arbeitsausschusses, Herbert Kroker, zur Eröffnung; den Ausführungen des Ministerpräsidenten Hans Modrow sowohl in öffentlicher wie dann in der geschlossenen Sitzung, als es um Auflösung oder Neuformierung als demokratisch-sozialistische Partei ging; die Referate von Gregor Gysi, Dieter Klein, Michael Schumann und von Rudolf Bahro als Gast. Auch hier die Atmosphäre des Parteitages, das Knistern in der Luft, die Ungewißheit über seinen Ausgang angesichts der zugespitzten Krise im Lande.

Das Protokoll verdeutlicht entscheidende Ergebnisse der Machübernahme in der SED durch die eigene Basis mit ihren weiterreichenden aber auch ihren begrenzenden Wirkungen.

Zuallererst war die Frage zu beantworten, wie die SED sich in der veränderten Situation behaupten will. Herbert Kroker verdeutlichte, daß es »auf diesem Parteitag nicht nur um unsere Partei (geht), es geht auch um das Land! Wenn wir uns selbst zerstören, helfen wir mit, das Land zu zerstören, das viele von uns aus Trümmern mit aufgebaut haben. Wenn wir uns spalten, zerstören auch wir die Hoffnung auf eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, die wir wie andere wollen.« (S. 37) Ministerpräsident Modrow als erster Referent bekräftigt das. Als um Mitternacht die Stimmung auf des Messers Schneide stand, beschwor er in seiner »Geheimrede« (die fast im Wortlaut bereits 1989 in den Parteitagsmaterialien erschien und wieder zugänglich wird) Existenz und Einheit der Partei. Er packte die Delegierten bei ihrem Gewissen, ihrem politischen Verantwortungsbewußtsein: »Wenn bei der Schärfe des Angriffes auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht!« (S. 95) Eine solche Schuld wollte keiner auf sich nehmen.

Gysi formulierte in seinem Referat auf der 1. Tagung des Parteitages das entscheidende Anliegen eines prosozialistischen Neuanfangs: »Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande.« (S. 51) Dies untermauerte Michael Schumann in seinem Referat unter der Leitthese »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.« (S. 179) Diese Einsicht sollte den schwierigen und keineswegs abgeschlossenen Erneuerungsprozeß der sich nun als SED-PDS und ab Januar 1990 als PDS von der Basis neu organisierenden Partei prägen. Wobei dieses Ziel und die Notwendigkeit, diesen Weg zu gehen, leichter zu formulieren war als in der Praxis durchzuhalten. Wohl nicht zufällig erinnerte ein Delegierter, daß »in jedem von uns

... ein kleines Stückchen von Josef Wissarionowitsch (Stalin – d. Red.)« sitze (S. 285).

Der Parteitag selbst war eine Mischung von versuchter zentraler Regie und basisdemokratische Emanzipation. Die Versammlungsleiter, namentlich Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, aber auch der neue Star Gysi suchten die Delegierten in Richtung konstruktiver Arbeit zu lenken. Denn die Gefahr einer Selbsterfleischung war groß, alte Autoritäten gründlich demontiert. Krenz gab zwar am Rande – immerhin gewählter Delegierter – Interviews, aber im Plenum hatten alte Politbüromitglieder und genausowenig ihr dürtiger schriftlicher Bericht »Zu Ursachen für die Krise in der SED und in der Gesellschaft« (S. 384ff) keine Chance mehr. Zwar waren die Delegierten nach der Wahl Gysis und eines neuen Vorstandes wieder in sicherem Fahrwasser. Die Auseinandersetzung um den frisch gewählten und bereits mit linksradikalen Reden scheiternden neuen Wirtschaftschef der Partei, Norbert Nowakowski zeigte, daß jeder Autoritätsglauben geschwunden war.

Die Delegierten übernahmen am Schluß der ersten Tagung im Unterschied zur alten Führung die volle Verantwortung für die Krise: Sie »sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.« (S. 154) Nichts von Konterrevolution und nichts von verklärender Sicht auf die Verhältnisse der bisherigen DDR und SED, wie sie von Unverbesserlichen heute wieder auch in der PDS reklamiert werden.

Am zweiten Wochenende, an dem diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fortgesetzt wurde, suchten Gysi und Dieter Klein von der Humboldt-Universität inhaltliche Pflöcke für einen »3. Weg« jenseits von stalinistischem Sozialismus und Kapitalismus einzuschlagen. Sie taten sich schwer; sofort umsetzbare politische Konzepte waren nicht

vorhanden. Gysi mußte wohl oder übel ein von ihm ungeliebtes »Warenhausreferat« halten. Defizite blieben unverkennbar. Über Nacht nun doch auf den Kurs der sowjetischen Perestrojka einzuschwenken, fiel allen schwer.

In einer entscheidenden Frage blieb der Parteitag aber hinter den sich rasch verändernden Stimmungen im Land zurück. Die Partei sah keinen notwendigen Weg zur Einheit, bekannte sich zu Modrows Angebot für eine »Vertragsgemeinschaft« und zum längerfristigen, in den europäischen Prozeß eingebundenen Weg zu konföderativen Strukturen. Eine »Wiedervereinigung« in welcher Art auch immer, ein Offensein der nationalen Frage war für sie nicht erkennbar. Es war natürlich von Illusionen über die Zuverlässigkeit der Verbündeten – namentlich in Moskau – getragen, wenn etwa Modrow unter Beifall formulierte: »Wenn wir also zum Zusammenschluß aller Kräfte auffordern, die für eine solche souveräne DDR eintreten, für unser Land, und gemeinsam dafür sorgen wollen, daß dieses Land nicht auf dem Altar der sogenannten Wiedervereinigung geopfert wird, dann entsprechen wir damit den Erwartungen unserer Verbündeten.« (S. 41)

Schließlich gaben der Streit um die Zulassung eines Gastreferats Rudolf Bahros und die fortlaufenden Zwischenrufe einen Einblick in den keineswegs schon radikalen Bewußtseinswandel der Genossen. Daß ein Dissident, ein ehemaliger Genosse mit einem theoretischen Referat die Partei beglücken wollte, paßt vielen nicht. Ihnen war klar, daß da irgendwie Schuld abzutragen ist, aber in dieser Form? Zurufe, die Forderung nach handfesten Aussagen und nicht nach Theorie (die auch die anderen Referate bestimmt hatte) begleiteten Bahro. Der hatte aber im Unterschied zu den offiziellen Referaten ein weit kritischeres Verhältnis zum erstrebten »3. Weg«. Er warnte vor dem aussichtslosen Versuch, mit dem Westen mithalten zu wollen, ohne eine wirkliche gesellschaftliche Alternative anzubieten, »auch Hans Modrow will das Hase-Igel-Spiel fortsetzen, dieses Autorrennen Trabi-Wirtschaft gegen Mercedes-Wirtschaft, bei dem unsere Wirtschaft auf der Strecke bleiben muß« (S. 250). Auch hier natürlich die Frage, wie realistisch ein radikaler Bruch mit der Logik von Produktions- und

Lebensweise sein konnte. Dies alles ging wenig auf die Stimmungen im Lande ein. Aber es war ein Denkansatz, der die Diskussion hätte bereichern könnten.

Für die Programm-Debatte der PDS sollte das Protokoll aber auf jeden Fall zur Pflichtlektüre gehören.

STEFAN BOLLINGER

Jan Rehmann:
Max Weber – Modernisierung als
passive Revolution.
Kontextstudien zu Politik,
Philosophie und Religion
im Übergang zum Fordismus.
Eine Veröffentlichung des
Berliner Instituts für
Kritische Theorie e. V. – INKRIT
Argument-Sonderband Neue Folge
AS 253, Argument Verlag
Berlin/Hamburg 1998,
358 S. (39,80 DM)

Es gibt Bücher, bei deren Lektüre man sich ständig fragt, warum hat man das nicht schon früher in die Hände bekommen? In der Regel sind das solche, die auf ein vielbedachtes Problem ein völlig neues Licht werfen. Rehmanns Buch möchte ich zu dieser Kategorie von Büchern rechnen; und das Problem, dem es eine so neuartige Interpretation verleiht, gehört zu den sozialpolitischen Grundfragen des nun verfließenden Jahrhunderts; es gipfelt in der Frage, warum die mit so vielen Geburtsfehlern, Ungerechtigkeiten und Widersinnigkeiten behaftete kapitalistische Gesellschaft das 20. Jahrhundert relativ unbeschadet überstehen konnte, während ihre sozialistische Alternative weitgehend auf der Strecke geblieben ist.

Doch es ist nicht ein solchermaßen großflächiger Problemaufriß, den Rehmann zu diskutieren unternimmt, sondern sein Vorgehen ist analytisch eng umrissen und konzentriert sich auf die scharfsinnigen Betrachtungen zweier im Banne Marxens stehender Sozialtheoretiker der ersten Dezennien unseres Jahrhunderts – Max Weber und Antonio Gramsci.

Ersterer holte sich, wie der mit vielen treffenden und originellen Formulierungen aufwartende Rehmann schreibt, »im Handgemenge mit Marx« seinen analytischen Reichtum ein, letzterer löste den Blick von dem im Kautsky'schen sozialen und ökonomischen Determinismus wie im Marxismus-Leninismus der Komintern festgefahrenen vulgarisierten Marxismus und wandte sich den neuen sozialen Gegebenheiten zu. Ihr grundlegender methodologischer Vorzug gegenüber den vulgarisierten Versionen des Marxismus bestand darin, daß sich beide von der Annahme verabschiedeten, wonach ein ökonomischer Determinismus dem Geschichtsprozeß zugrundeliege, der die agierenden Menschen zu bloßen Attrappen, höchstens zu Vollzugsorganen übermächtiger geschichtlicher Gesetze erniedrige. Eine subjektunabhängige objektive Realität war in ihren Augen eine unsinnige sozialtheoretische Annahme. Insofern drängte sich sowohl bei Weber wie bei Gramsci der sozialtheoretische Blick auf die sozialen Interessen, auf den Kampf um die Hegemonie der Klassen und Gruppen innerhalb eines bestimmten Handlungsrahmens der kapitalistischen Gesellschaft geradezu auf. Nicht objektive Gesetze dirigieren das Ganze, sondern die Handlungsideologien widerstreitender Interessenträger. Doch herrscht hierbei keineswegs Willkür. Auch das Hegemonialinteresse folgt einem Handlungsrahmen, den Weber und Gramsci allerdings in unterschiedlicher Weise abstecken. Während bei Weber die Idee der Rationalität die sozialen Handlungen dominiert, ist es bei Gramsci die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die der neben den Institutionen des Staates vorhandene soziale Handlungsraum, die Sphäre der Zivilgesellschaft also, bietet. Für Webers Annahme bildete seine Amerikareise 1904 den entscheidenden Zündpunkt. Hier fiel ihm wie Schuppen von den Augen, daß es nicht irgendein Sonderweg ist, den die US-Gesellschaft der übrigen kapitalistischen Welt vorführt, sondern daß es sich hierbei um eine neue Formation des Kapitalismus handelt! Diese Formation werde jedoch nicht durch objektive Vorgänge der Kapitalkonzentration etc. herbeigeführt, sondern habe ihre Wurzel in der allmählichen Durchsetzung einer intellektuell-moralischen Führungsrolle der Klasse der Kapitalisten, die

von den Institutionen und Formen der politischen Herrschaft klar abgegrenzt werden müssen. Webers Gesellschaftstheorie erweist sich mithin, wie Rehmann mehrfach betont, als ideologisch motiviert, indem Weber von diesem Ansatzpunkt ausgehend ein Modell entwirft, das diese neue Formation eines rationalen, von der intellektuell-moralischen Führung des Bürgertums geprägten Kapitalismus absichert. Eben das ist mit dem Begriff der Modernisierung umschrieben. Dazu gehörten natürlich noch eine ganze Reihe von Maßnahmen, selbstredend auch im Bereich der Produktionsorganisation und der Fertigungstechnologien, was bald schon mit dem Begriff »Fordismus« umschrieben wurde. Aber auch hier bestimmten ideologische Motive den rationalen Handlungsrahmen. Für Weber war es eine Grundfrage des krisenfreien Fortbestands der neuen Formation, daß es zu einem Klassenbündnis zwischen den Kapitalisten und zumindest der Arbeiteraristokratie kommen muß. Das beiderseitige Interesse an einer rationalen Regelung der Wirtschaftsstruktur bilde hierfür die Rationalitätsklammer. Nicht der Wunsch war hier der Vater von Webers Gedankenwelt – ein beliebtes marxistisches Kritikmotiv wider Weber –, sondern der besonnene Blick des Analysators auf die Kraft der Rationalität, die für jede ökonomische wie finanzpolitische Entscheidung bei Strafe des Untergangs die uneingeschränkte Priorität haben wird. Weber hat sich hier nicht geirrt; daß er die Irrationalismen der kapitalistischen Herrschaftssicherung, die über diesen Bereich hinausgingen, kaum adäquat erkannt hat, steht auf einem anderen Blatt.

Wie Weber hat auch Gramsci die Interessen einer Klasse sozialtheoretisch umzusetzen versucht; wenn man so will, auch auf der Basis eines Modernisierungsanspruchs. Ihm ging es um die Weiterführung des Marxismus, um das Aufzeigen von Handlungsräumen für die Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen des fordistischen Kapitalismus. Gramsci hat klar gesehen – und hier befand er sich im diametralen Gegensatz zu dem Theoretiker –, daß etliche Forderungen der sozialistischen Bewegung durch die fordistische Formation bzw. durch den »bürgerlich-proletarischen Industrieblock« längst umgesetzt worden sind. Einmal durch soziale Reformen, zum

anderen auf dem Wege der »Modernisierung ohne Volksinitiative«, wo die gesetzgebende Kraft die Forderungen der unteren Schichten aufgenommen habe. Diese als »passive Revolution« fixierten Resultate vor allem des amerikanischen Kapitalismus stellen für Gramsci nun keineswegs den Endpunkt des proletarischen Kampfes dar. Aber für diesen ergeben sich neue Bedingungen, die Gramsci vor allem aus einer Kritik einer klassischen marxistischen Verabsolutierung ableitet. Marx habe sich, so Rehmann, auf eine Gegenüberstellung von politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft beschränkt, wobei gerade durch diese Gegenüberstellung kein Platz bleibe für die Wahrnehmung der Rolle zivilgesellschaftlicher Institutionen, »in denen unterschiedliche soziale Kräfte um die Hegemonie ringen« (S. 33). Die Zivilgesellschaft ist das soziale System der Apparate und Vereine, des politisch reflektierten sozialen Lebens, des Geltendmachens von Interessen auch von großem Belang (ökologische Bewegungen z.B.), das Eindringen der Arbeiter im Verein mit den anderen abhängig Beschäftigten in die intellektuell-moralische Führungswelt der kapitalistischen Klasse. Und hier, an diesem Punkte, berühren sich die gegensätzlichen ideologischen Positionen Gramscis und Webers, geht Gramsci gewissermaßen auf das Denkangebot Webers ein, um es über den zivilgesellschaftstheoretischen Ansatz auf die Durchsetzung der hegemonialen Ansprüche der Unterprivilegierten umzurüsten. Rehmann legt damit zugleich eine neue Interpretation des Verhältnisses von Weber und Gramsci vor, sieht Gramsci nicht, wie bislang üblich, lediglich als Weber-Rezipient, sondern betrachtet umgekehrt Webers Modernisierungsthese mit Gramscis Augen. Modernisierung durch passive Revolution heißt die theoretische Lösung, und Rehmann gibt ein beeindruckendes Gemälde der Vielschichtigkeit des damit verbundenen sozialen Konstrukts.

Dieser hier nur in groben Zügen nachgezeichnete Gedankengang Rehmanns ist in mehrfacher Hinsicht von großem gesellschaftstheoretischem Belang. Angesichts einer ziemlichen Traditionsabkehr in den neueren Gesellschaftstheorien, die mit der Suche nach neuen und in der Regel ungewöhnlichen Paradigmen einhergeht, die sich der älteren

Begrifflichkeit ebenso verwehrt wie sie einen wenn auch nur vermutbaren politischen Gebrauchswert ängstlich von sich weist, ist der über Gramsci vermittelte Rückgriff auf Weber schon einmal ein Gewinn für das überaus zerstreute heutige Problembewußtsein zu gesellschaftstheoretischen Fragen. Und verdinglicht man die Zivilgesellschaft-Idee nicht, wie es leider in manchen Debatten der marxistischen Linken bereits geschehen ist (man versteht sie als eine dritte Gesellschaftsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus), gibt sie genügend sozial theoretischen Raum auch für die von den heutigen Linken so hoch gestellten Erwartungen an eine Demokratisierung der Demokratie, um diese von den organisationspolitischen Verkrustungen zu befreien und zu einer Demokratie der Aktionen zu machen. Aber dennoch bleibt diese Idee der Zivilgesellschaft ein strittiger Punkt des ganzen Vorhabens. Wenn man ihn nicht politisch klar profiliert, hat er Züge des Unrealistischen, um nicht zu sagen Idyllischen an sich. Denn dieses viel diskutierte Ringen um die Hegemonie hat sich längst zu einer Dominanz derjenigen sozialen Kräfte ausgeformt, die sich der sozial-beherrschenden Spielregeln am besten zu bedienen wußten; und dies auch konnten aufgrund ihrer Prädisposition für Reichtum, Börsengang und einer auf diesen Gesetzen basierenden Lebenskultur. Wenn man nicht für diejenigen sozialen Kräfte, die in diesem aktuellen Hegemonialspiel auf der Verliererseite stehen, Handlungsmöglichkeiten transparent macht, die tatsächlich eine Bewegung für diese Seite, also, um mit Rehmann zu sprechen, eine Weiterführung der passiven Revolution bewirken, bleibt ganz ohne Frage der zivilgesellschafts-theoretische Ansatz nur ein schöner Traum.

Natürlich gehörte die Explikation der sozialpolitischen Möglichkeiten der Zivilgesellschaft heute nicht zur selbstgewählten Aufgaben des Autors; aber es gibt eben Themen – und die meisten übergreifenden sozialpolitischen Themen haben das an sich –, die sind hervorragend angedacht, um dann das Folgende quälend offenzulassen. Zudem ist Rehmanns Buch in quantitativer Hinsicht vor allem angelegt als ein problematisierender Kommentar zu den verschiedenen zeitgenössischen Quellen im Denken Webers, aber auch

der vielen Bruchstellen in seinem Werk. Das hat natürlich für den Weber-Spezialisten seinen besonderen Reiz; und die als Kontextstudien bezeichneten Betrachtungen zur Weberschen Wissenschaftslehre, zum Verhältnis Webers zu Dilthey, Rickert, Croce, Nietzsche u. a. dürften der aktuellen Weber-Forschung wichtige Anstöße vermitteln. Für den in der aktuellen gesellschaftstheoretischen Notlage um Rat suchenden Nichtfachmann ist Rehmanns Syntheseidee von Weber und Gramsci im höchsten Maße anregend – das sei festgehalten auch und gerade in Ansehung dessen, daß Rehmann beim Durchbuchstabieren des zivilgesellschafts-theoretischen Folgealphabets längst nicht zu Ende gekommen ist. Aber gerade das fordert die Linke auf, Rehmanns Denkanstöße in ihren Dialog aufzunehmen. Und, natürlich, dieses Buch ist all denen im besonderen Maße zum Studium zu empfehlen, die Sozialpolitik mittlerweile völlig losgelöst von theoretischen Vergewisserungen betreiben. Ein Appell an die Linken in jeder Hinsicht also, der in diesem Buche steht!

REINHARD MOCEK

Gerhard Stapelfeldt:
Geschichte der ökonomischen
Rationalisierung,
 LIT Verlag Hamburg 1998,
 304 S. (59,90 DM);
Gerhard Stapelfeldt:
Die Europäische Union –
Integration und Desintegration,
 LIT Verlag Hamburg 1998,
 448 S. (69,80 DM)

Bei diesen Büchern handelt es sich um den ersten und den dritten Teil einer groß angelegten »Kritik der ökonomischen Rationalität«, welche der Verfasser im Rahmen der Soziologie-Reihe »Spuren der Wirklichkeit« des LIT Verlages veröffentlicht. Damit wird die Tradition einer ökonomiekritisch begründeten und geschichtsphilosophisch reflektierten Gesellschaftstheorie fortgeführt. Der Anspruch des Autors ist alles andere als gering, indem er »das Verhältnis von Irrationalität und Rationalität der neoliberalen bürgerlichen Ökonomie

in der Epoche ihrer ›Globalisierung‹ thematisiert. Letztlich zielt die Darstellung auf »die Explikation des Zusammenhangs von Modernisierung und struktureller Gewalt in der Weltgesellschaft« (S. 8), einer Frage von bedrückender Aktualität angesichts der jüngsten Entwicklungen.

Was hier präsentiert wird, ist im Grunde genommen ein *Skript*, die überarbeitete und ergänzte Fassung einer Vorlesung. In Teilen ist es zugleich aber auch die Habilitationsschrift des Verfassers. Darüber hinaus enthalten die Bücher Fachaufsätze. Das Problem einer solchen, für den Autor zweifelsohne sehr ökonomischen Form der Publikation, ist die Lesbarkeit des Textes. Zwangsläufig wechselt hier nämlich nicht nur laufend der Stil, sondern auch das Niveau. Neben wirklich interessanten und neuen Einsichten finden sich nicht wenige Banalitäten und Lehrbuchweisheiten. Der Stil ist überwiegend referierend, die Darstellung deskriptiv und nicht frei von Redundanz. Trotzdem ist das Ganze seiner Anlage und sozialwissenschaftlichen Komplexität wegen ein herausragendes Werk zur Analyse der Genesis der »Neuen Weltordnung« (George Bush) und der Kritik ihrer theoretischen Grundlagen.

Der *erste* Band ist historisch orientiert. Der Autor versucht hier, ausgehend von der Rationalisierungsthese Max Webers, eine geschichtstheoretische Deutung des ökonomischen Rationalisierungsprozesses zu geben. Die Feststellung, daß der immer stärkere Einsatz von Rationalität, von Wissenschaft und Technik, heute immer irrationalere Folgen hat, wird dabei zum Motiv, dem Zusammenhang von Irrationalität und Rationalisierung historisch nachzuspüren. Im Zentrum steht dabei die Auffassung, daß die Entwicklung der bürgerlichen Ökonomie letztlich als »Verallgemeinerung der Geldrationalität« (S. 50) zu begreifen sei.

Stapelfeldt beginnt seine Analyse mit einem Abriß der »vorbürgerlichen Ökonomie« als einer der Geldorientierung entgegengesetzten Form des Wirtschaftens. Die bekannten Zitate von Aristoteles, Hesiod, Xenophon u. a. belegen seine Auffassung. Gelungen ist dabei vor allem der zweite Teil, worin gezeigt wird, wie die Ideen der Antike auch das christliche Mittelalter maßgeblich prägten und bis zur

»kommerziellen Revolution« im 13./14. Jahrhundert den Gegensatz von vernünftiger Ökonomie und Geld faktisch aufrecht erhielten (vgl. S. 92ff.). Im darauf folgenden Abschnitt zeigt er dann die Anfänge der bürgerlichen Ökonomie im Spätmittelalter und in der Renaissance auf. Schließlich erblickt er in der Periode des Merkantilismus eine erste Verallgemeinerung der Geldrationalität. Eine zweite Verallgemeinerung erfolgte in der Phase des Liberalismus zwischen 1765 und 1880. Als erste Kritik des ökonomischen Rationalismus steht die Kritik der Politischen Ökonomie von Karl Marx. Den Ausführungen dazu schließt sich ein Abschnitt zum Imperialismus zwischen 1880 und 1918 an, der eine dritte Verallgemeinerung der Geldrationalität impliziert. Wissenschaftlich dokumentiert sich dies in der Etablierung einer neuen Disziplin, der Volkswirtschaftslehre. Eine zweite Kritik des ökonomischen Rationalismus lieferte Max Weber. Diese wird zugleich zur Grundlage für die Analyse einer vierten Verallgemeinerung der Geldrationalität, welche bis heute gilt.

Wesentlich für die Kritik des ökonomischen Rationalismus sind neben Weber auch die Arbeiten von Hilferding, Luxemburg und Lenin. Es ist als Verdienst des Autors zu werten, die marxistische Kritik des Imperialismus hier mit behandelt und entsprechend kritisch gewürdigt zu haben (vgl. S. 251ff.). Gegenüber diesen neun historischen und theoriehistorischen Überblickskapiteln fällt das letzte Kapitel, das der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gewidmet ist, ziemlich ab. Weder die Beschwörung der Aktualität Max Webers, noch die wiederholten Verweise auf ›Propheten‹ wie Engels und Nietzsche können darüber hinwegtäuschen, daß hier eine adäquate theoretische Aufarbeitung der gesellschaftlichen Entwicklung und eine fundierte Kritik derselben offensichtlich fehlen.

Der (hier nicht vorliegende) *zweite* Band beinhaltet eine soziologische Reflexion über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, während der *dritte* Band die Globalisierung des neoliberalmonetaristischen Kapitalismus auf der supranationalen Ebene der Europäischen Union zum Gegenstand hat. Letzere Problematik ist derzeit von besonderer Aktualität, da mit der marktwirtschaftlichen Transformation der ehemals

planwirtschaftlich organisierten Staaten und ihrer sukzessiven Integration in die Wirtschaftsordnung Europas so etwas wie eine »kapitalistische Integration der Welt« (S. 11) eingeleitet wird. Diese geht jedoch einher mit einer »starken Desintegration« und ist insofern zugleich ein »Krisenzusammenhang«: Die oben erörterte aktuelle Stufe der Verallgemeinerung der ökonomischen Rationalität impliziert also »eine Desintegration der Weltgesellschaft in politisch-ökonomische Machtblöcke, eine Desintegration dieser Blöcke in sich (Regionalisierung), eine soziale Atomisierung (Individualisierung) der Gesellschaft« (S. 12). Dies für Europa aufzuzeigen, ist das Programm des dritten Bandes, dem sich dann noch ein vierter Band anschließen soll, welcher die Integration und Desintegration der Weltökonomie behandelt. Der hier vorliegende dritte Band ist stark materialorientiert verfaßt, das heißt im Text finden sich mannigfaltig und breit ausgeführt Texte und Dokumente der EG, EU, EZU, WEU, WWU usw.

Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die Geschichte der Europäischen Gemeinschaften. Im zweiten Kapitel werden die Ebenen der Integration analysiert: die Wirtschaftsunion, die Währungsunion und das Organisationssystem der EU. Darauf folgt die Analyse der Desintegration, auf sozialer Ebene, regional und weltwirtschaftlich. Das vierte Kapitel schließlich gibt einen Rückblick über die Debatten deutscher Soziologen zur europäischen Identität zwischen 1990 und 1995. Bemerkenswert an diesem Buch sind vor allem das zweite und das dritte Kapitel. Ersteres wegen der Verbindung aktueller politischer und wirtschaftlicher Vorgänge mit den dahinter liegenden, diese legitimierenden oder kritisierenden Theorien. Letzteres wegen seiner Diktion, welche den Integrationsprozeß insgesamt in Frage stellt. So bedeutet die Europäische Integration in dialektischer Sicht für den Autor zunächst vor allem »eine weltwirtschaftliche Desintegration« (S. 281), wie sie mit dem Schlagwort »Festung Europa« auf den Begriff gebracht wird. Mehr aber noch bedeutet sie eine »interne Desintegration«, zum einen durch die Spaltung der EU-Länder in eine Gruppe von Staaten, die die Konvergenzkriterien von Maastricht erfüllt, und eine andere, die sie (vorerst?) nicht erfüllt. Damit

einher geht eine »regional-sektorale Desintegration« der WWU-Staaten infolge des vom Gemeinsamen Markt ausgelösten Rationalisierungsschubes und Strukturwandels. Hinzu kommt eine »soziale Desintegration«, sichtbar in einer zunehmenden Polarisierung von Reichtum und Armut und wachsender Ungleichverteilung der Ressourcen. »Gleiche Regeln, auf ungleiche Verhältnisse angewendet, verwandeln Besonderes in strukturell Gleiches, aber ungleich Entwickeltes« (S. 234). Stapelfeldt beginnt seine Darstellung mit der Kritik der sozialen Desintegration. Dies gibt ihm die Möglichkeit, von den Phänomenen zu den Ursachen vorzudringen, was die Analyse insgesamt zu einer argumentativ gut nachvollziehenden Lektüre macht.

ULRICH BUSCH

Peter Glotz:
Die beschleunigte Gesellschaft.
Kulturkämpfe im digitalen
Kapitalismus,
Kindler-Verlag München 1999,
288 S. (44,90 DM)

Das neue Buch von Oskar Lafontaine dominiert im Moment die Debatte im Umfeld der sozialdemokratischen Partei derart, daß andere, gleichfalls bemerkenswerte Ausarbeitungen in den Hintergrund gedrängt werden. So auch das nur zwei Wochen zuvor erschienene Buch von Peter Glotz »Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus«. Interesse verdient diese Schrift vor allem deshalb, weil sie wichtige Anregungen über neuere Entwicklungen im heutigen Kapitalismus vermittelt – selbst wenn man die Positionen von Glotz nicht unbedingt teilt.

Die Grundthesen des Autors lauten, daß die »digitale Technologie«, als Komplex unterschiedlicher Techniken und Apparaturen, zu einer neuen Entwicklungsphase marktwirtschaftlicher Ordnungen führen werde. Glotz nennt diese »Formation« den »digitalen Kapitalismus«. Ein Begriff, der in der Tat die Entwicklung besser trifft, als die bekannten Stichworte von der »Wissens- oder Informationsgesellschaft«. Die neue Wirtschaftsordnung erzwingt eine »beschleunigte Gesellschaft«,

die den Lebensrhythmus der Mehrheit radikal verändern wird. Für eine Übergangszeit, so Glotz, werden heftige Kulturkämpfe zwischen Be- und Entschleunigern die früheren Industriegesellschaften erschüttern. An die Stelle der vergleichsweise einfach vorauszu sehenden ökonomisch motivierten Klassenkämpfe des Industrialismus würden »erbiterte, sozusagen ›ganzheitliche‹ Auseinandersetzungen um die Lebensführung« treten.

Der Autor nennt auch die Kontrahenten dieser Auseinandersetzungen: Auf der einen Seite steht ein Zweidrittelblock, angeführt von den ›Symbolanalytikern‹, auf der anderen eine neuartige Unterklasse, das »Dritte Drittel«, das sich aus ausgegrenzten Arbeitslosen und Verweigerern zusammensetzt. Dieses Drittel sei zwar noch nicht formiert, aber schon jetzt sei klar, daß sich seine Mitglieder der beschleunigten Lebensweise verweigern würden.

Können diese Befunde noch einige Plausibilität beanspruchen, so ist die These von Glotz, daß es zwangsläufig zu »Kulturkämpfen« kommen muß, wenig einsichtig. Warum sollte es nicht eine Vereinbarung, einen »Gesellschaftsvertrag« geben, in denen die unterschiedlichen Lebensweisen ihren Platz haben. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß nur diejenigen »entschleunigt« und auf ihre Weise selbstbestimmt leben, die es auch tatsächlich wollen.

Glotz geht davon aus, daß eine ›entschleunigte Lebensweise‹ nicht mehrheitsfähig ist. Er schreibt, es sei lebensgefährlich, vom schnell fahrenden Zug des Kapitalismus abzuspringen. Wer die Rate der Geschwindigkeitsänderung bewußt verzögern wolle, müsse schmerzhaft Wohlstandverluste hinnehmen. Die Kritiker der jetzt vorherrschenden Lebensweise würden das, was die Leute haben wollen, verächtlich für überflüssig und wertlos erklären. Damit aber überzeugten sie nur eine Minderheit.

Faktisch eine Gegenposition zu Peter Glotz findet man in den Thesen von Gregor Gysi, die als Antwort auf das Schröder-Blair-Papier verfaßt wurden. Hier plädiert Gysi für den Ausstieg aus einer »Konsumtionsweise, die Genuß auf Massenkonsum reduziert«. Es gehe nicht um Verzicht, sondern um eine andere Nutzung des materiellen Reichtums, der Mobilität, des Raumes und der Warenwelt. »Die

Gegenstände des Konsums sind dann Gegenstand des Genusses und der Befriedigung, wenn sie die Vielfalt genußvollen *Verhaltens* und den Reichtum menschlicher *Beziehungen* vermitteln.« Und das alles, so Gysi, bedeute nicht Reduzierung der Kaufkraft.

Bei Gysi erscheint der Umstieg in eine andere Lebensweise eher als ›Erlösung‹. Die Probleme werden durch wohlfeile Formulierungen verdeckt. Ob die Mehrheit der Leute ein idyllisch selbstbestimmtes Leben führt und auf den schnöden Massenkonsum verzichten wird, bleibt fraglich. Gegenwärtig ist der Trend eher umgekehrt. Sicher läuft er in die falsche Richtung, aber Veränderungen von Lebensweisen haben immer auch etwas mit den Produktions- und Arbeitsverhältnissen zu tun. Deshalb wird es im »digitalen Kapitalismus« wahrscheinlich eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebensweisen geben. Die von Gysi favorisierte ist die wünschenswerte, wird aber auf eine Reihe von Milieus beschränkt bleiben – obwohl es sicherlich wünschenswert wäre, wenn sie in Zukunft mehr Raum erhalten würde.

Während Glotz den Kulturkampf der unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Lebensweisen prognostiziert, formuliert Gysi: »Die Kämpfe der Zukunft werden in starkem Maße Kämpfe um eine neue Lebensweise sein.« Welche Akteure für welche Lebensweise »kämpfen«, bleibt bei Gysi freilich im dunkeln. Sind es bestimmte soziale Kräfte oder politische? Oder ist es die politische Linke? Oder sind es die Gewerkschaften, die sich gegen den Massenkonsum richten sollen?

Das untere Drittel der Gesellschaft wird gegenwärtig sehr unterschiedlich beschrieben. Im Verständnis der »Alt-Linken« handelt es sich nahezu ausschließlich um Ausgestoßene, während man im Buch von Glotz den Eindruck erhält, es sind mehrheitlich bewußt Ausgestiegene. Beides scheint in seiner Absolutheit nicht stimmig zu sein. Allerdings nehmen die (Mittelschicht)Milieus zu, die es sich leisten können, auf einem relativ hohen materiellen Lebensniveau anders, d.h. nicht konsumistisch zu leben. Zudem leben bestimmte Alternativmilieus auch gerade vom hochproduktiven Segment der Gesellschaft, und vor allem jene, die beschleunigt und konsumistisch leben. Der Anspruch, die »Massenkaufkraft«

und den Lebensstandard zu erhalten (bzw. ihn für bestimmte soziale Schichten zu erhöhen) und gleichzeitig auf hohem Konsumniveau nicht »massenkonsumentisch« zu leben und darüber hinaus auch noch eine grundlegende Umverteilung zugunsten der Menschen in der Dritten Welt vornehmen zu wollen, kann sicherlich nicht eingelöst werden.

Glutz stellt drei mögliche Strategien vor. Eine nennt er ironisch die »Allende-Linke«, in Anspielung an den »tragisch-diletantischen Kurs des (persönlich integren) chilenischen Sozialisten Salvadore Allende«. Glutz wünscht dieser Richtung, daß sie sich – wie das Gros der Achtundsechziger – mit Reden begnügen müsse. Ablehnend steht er auch der »kalifornischen Strategie« gegenüber, nach der auf dem Niedriglohn-Arbeitsmarkt eine wachsende Minderheit am Rande des Existenzminimums arbeiten muß. Die Mehrheit könne zwar gut leben, aber die Gewalt nehme zu. Manche Viertel der großen Städte werden für die Mehrheit nicht mehr betretbar. Das Volk zerfalle in »Stämme mit eigener Lebenswelt, eigenen Kommunikationssystemen«.

Die Sympathie des Autors liegt eindeutig bei der »rheinischen Strategie«, obwohl er den bisherigen »rheinischen Kapitalismus« (der Begriff stammt von Michel Albert) für bankrott erklärt. Dem Individualismus der Computerkultur sei nicht durch Gipfelbündnisse beizukommen. Große alte Gewerkschaften wie große alte Aktiengesellschaften gingen schweren Zeiten entgegen.

Eine Strategie der Arbeitszeitverkürzungen lehnt Glutz ab, weil die Austauschbarkeit von Individuen noch am Montageband möglich gewesen sei, nicht aber am PC. Jobs könne man nicht mehr so einfach in der telematischen Welt »zerschneiden« wie die Berufe der Welt des Industrialismus. Das mag so sein, aber wer sagt denn, daß Arbeitszeitverkürzungen mechanisch auf der Ebene der Wochenarbeitszeit erfolgen müssen? Es ist schon erstaunlich, wie stur sich der Autor hier der vielfältigen Diskussion um mögliche Formen von Arbeitszeitverkürzungen verweigert.

In noch größeres Erstaunen setzt er den Leser, wenn er sich vehement für den von André Gorz entwickelten Gedanken des »bedingungslosen Grundeinkommens« einsetzt. Darüber hinaus engagiert er sich auch für den dritten

Sektor oder den Non-Profit-Sektor. Gemeinnützige Tätigkeiten seien eine grundsätzliche Alternative zu traditionellen Arbeitsverhältnissen. Und er plädiert für die Suche nach einem Weg, »wie man solche Tätigkeit so entlohnen oder absichern« könne, daß man davon einigermaßen auskömmlich leben könne. Wenn es gelinge, dann müsse man nur noch den anderen Teil der Gesellschaft dazu nötigen, »den Anteil abzuliefern, ohne den das Gesamtsystem der sozial gespaltenen telematischen Gesellschaft nicht zu finanzieren« wäre. Hier lehnt Glutz mit guten Argumenten die Vorschläge für ein »Bürgergeld« und für eine Kombination von niedrigem Arbeitseinkommen mit Sozialeinkommen ab, die meistens auf Milton Friedman zurückgingen. Dies sei die alte Anreizidee, die Leute zur Aufnahme schlecht bezahlter Arbeit (ohne Kompensation durch »Sinn«) zu motivieren. Und das sei eher ein »kalifornischer« denn ein »rheinischer« Einfall. Soweit die – erstaunliche – Einschätzung des Autors, wenn man so will, zur aktuellen Regierungspolitik in dieser Frage. Glutz unterbreitet auch Vorschläge zur Einführung einer Mehrwertsteuer auf High-Tech-Produkte und Dienstleistungen, deren Erträge zur Finanzierung gemeinnütziger Arbeit verwendet werden sollen, und in bezug auf die Nutzung von hohen Produktivitätsgewinnen für den dritten Sektor.

Die hier kurz skizzierten Überlegungen von Peter Glutz liefern allerdings keinen einsichtigen Erklärungsansatz dafür, warum er das, was er zum dritten Sektor und zur Grundsicherung schreibt, unter einer »rheinischen Strategie« subsummiert und sich von der sogenannten Allende-Linke deutlich abgrenzt. Solche Trennlinien entsprechen nicht der Wirklichkeit. Heute geht es darum, den »kalifornischen Weg« in Deutschland bzw. in Europa zu verhindern. Dazu gibt es Vorschläge, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Reichweite bzw. Radikalität unterscheiden. Auf alle Fälle wird der »rheinische Weg« nicht mehr mit den alten Mitteln durchgesetzt werden können. Andererseits geht das, was uns unter dem Etikett »Blair-Schröder« angeboten wird, zumindest teilweise in die »kalifornische« Richtung – trotz aller verbalen Abgrenzungsversuche vom Neoliberalismus.

Klaus Kittler, Klaus Pape (Hrsg.): *Ausgrenzung und soziale Bewegungen. Dokumentation der Jahrestagung 1999 von ZEPRA (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen), VSA-Verlag Hamburg 1999, 116 S. (19,80 DM)*

Mit dem Thema Massenarbeitslosigkeit gewann Rot-Grün 1998 die Bundestagswahl, ohne daß die Wahlversprechen zum Abbau der Arbeitslosigkeit bisher im Ansatz eingelöst werden konnten. Im Wahlkampf hatten sich auch Arbeitslose (Initiativen) stark engagiert – monatlich waren nach französischem Vorbild Arbeitslosenproteste organisiert worden, die teilweise ein erhebliches Medienecho auslösten. Dabei waren bereits die Aktionen von französischen Arbeitslosen durch Pierre Bourdieu als »unwahrscheinliche« Bewegung charakterisiert worden. Deshalb scheint die Frage berechtigt: Stellen die Arbeitslosen eine soziale Bewegung dar oder macht die Ausgrenzung durch anhaltende Arbeitslosigkeit ohnmächtig? Diese alte Frage der »Arbeitslosenbewegung«, die in den alten Bundesländern seit den siebziger Jahren aktiv ist und die – vor allem im Arbeitslosenverband – in den neuen Bundesländern ein bedeutsames Pendant fand, stellen sich jetzt Betroffene, Praktiker und Wissenschaftler neu.

Hintergrund war die Jahrestagung von ZEPRA, der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Niedersachsen. Daß ein gewisser Fortschritt in der Etablierung der vor allem durch soziale Arbeit mit Arbeitslosen geprägten Arbeitslosenbewegung erkennbar ist, zeigt sich auch darin, daß die Tagungsergebnisse erstmals nicht im Selbstverlag, sondern von einem Buchverlag publiziert werden. Die damit verbundene Mängelrüge gleich vorab: Der interessierte Leser vermißt weitgehend Anknüpfungen an die sozialwissenschaftliche und politische Debatte zum Thema »Ausgrenzung und soziale (Arbeitslosen)Bewegung«, zu dem etwa das Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* letztes ein ganzes Themenheft publiziert. Lediglich im Beitrag von

Heiko Geiling werden einige grundlegende Arbeiten zur sozialen Bewegung zitiert, wobei freilich die Spezialliteratur zur Arbeitslosenbewegung ungenannt bleibt. Zumindest ein Literaturverzeichnis hätte das Lektorat dem Tagungsband beifügen können, damit die abgedruckten Referate nicht im luftleeren Raum verblieben.

Vermeidbar wäre dann auch gewesen, daß manche Beiträge etwas gewaltsam ins Tagungsthema »gebogen« wurden – von einem Ministerialbeamten kann man schlechterdings kaum einen erhellenden Beitrag zum Thema »Ausgrenzung, soziale Bewegung und Arbeitsmarktpolitik« (D. Kleine) erwarten. Geredet wird hier schlicht über Arbeitsmarktpolitik in Niedersachsen. Überfordert war offenbar auch der Vertreter der Evangelischen Landeskirche, die die Tagung finanziell unterstützte.

Dennoch lohnt die Lektüre des Buches – wenigstens teilweise – aus zwei Gründen. Einmal wird eine Podiumsdiskussion dokumentiert, die u.a. die Rolle der Medien bei Arbeitslosenprotesten reflektiert. Zu Wort kommen sowohl Basisaktivisten (Michael Bättig, Oldenburg) als auch die eigentlich als Moderatorin engagierte NDR-Journalistin Hanna Legatis, die einräumte, daß das Medieninteresse vor allem an »Randale« am größten ist: »Der Tenor in den Redaktionen und leider auch bei uns ist, ist da was Spektakuläres, schmeißen die irgendwelche Scheiben ein oder ähnliches, dann ziehen wir dahin ... die Rolle der Medien ist keineswegs solidarisch mit denjenigen gewesen, die arbeitslos geworden sind oder es schon lange sind« (S. 84). Untermauert werden solche Erfahrungen durch den Beitrag der taz-Redakteurin Barbara Dribbusch, die auf die Professionalisierung der Medienarbeit US-amerikanischer Bewegungen verweist.

Lesenswert trotz der angeführten Mängel ist das Buch zum zweiten deswegen, weil unter anderem die Hauptorganisatoren der Proteste von 1998 zu Wort kommen. Angelika Beier und Uwe Kantelhardt von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen- und Gruppen in Bielefeld berichten über Ziele und Ablauf der bisher erfolgreichsten neueren deutschen Arbeitslosenproteste. Kantelhardt verweist darauf, daß die erzielten Erfolge nur

vor dem Hintergrund langjähriger organisatorischer Aufbauarbeit möglich waren: »Mit der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, dem Arbeitslosenverband Deutschland e.V. und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen sind überregionale Netzwerke entstanden, die sich in den Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut bundesweit koordinieren.« Vor diesem Hintergrund waren die deutschen Arbeitslosenorganisationen über fast ein Jahr in der Lage, monatliche Proteste (»Jagoda-Tage«) zu organisieren, was von den französischen Partnergruppen anerkannt worden sei. Gleichwohl, so Kantelhardt, sei man auch in Deutschland noch weit von einer breiten sozialen Bewegung gegen Arbeitslosigkeit und Armut entfernt.

Angelika Beier trug in ihrem Bericht über die vielfältigen Aktionen (etwa: Übernachten im Arbeitsamt – »Rund um die Uhr verfügbar«) die Strategie vor, die dem Ziel der Verbreiterung der Bewegung aus Sicht der »gewerkschaftlichen« Arbeitsloseninitiativen dienlich wäre, nämlich eine Zusammenarbeit organisierter Arbeitsloser mit den Gewerkschaften, eine selbstgestellte Aufgabe, bei der die Bielefelder Koordinierungsstelle im letzten Jahrzehnt keineswegs nur Erfolge zu verzeichnen hat – objektive Interessenidentitäten zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen sind subjektiv oft schwer vermittelbar.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Anthony Giddens:
Der dritte Weg. Die Erneuerung
der sozialen Demokratie,
Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.
1999, 180 S. (29,80 DM)

Der Kontrast könnte kaum größer sein. Während in Großbritannien inzwischen mehr Menschen behaupten, sie hätten Tony Blair gewählt, als dies nach der Wahlstatistik tatsächlich der Fall gewesen sein kann, entschuldigen sich die einst hoffnungsfrohen Wechselwähler von 1998 in Deutschland inzwischen mit Geldspenden bei ihren angestammten Altparteien – solches verkündete jedenfalls der FDP-Vorsitzende Gerhardt in

der Haushaltsdebatte Ende November 1999 im Bundestag. Irgend etwas ist offenbar schief gelaufen bei der Transplantation angelsächsischer Begeisterung für die »neue Sozialdemokratie« ins bundesdeutsche Biotop. Das bestätigt nicht zuletzt die überwiegend ablehnende Aufnahme des »Schröder-Blair-Papiers« selbst bei den SPD-Genossen. Was als strategischer Entwurf und als demonstrativer Schulteranschlag innerhalb der EU-europäischen – genauer der angelsächsischen mit der niedersächsischen – Sozialdemokratie gedacht war, endete als fataler faux pas, der beständig neue Rechtfertigungsnotwendigkeiten gebiert.

Angesichts dieser eigenartig zwiespältigen Entwicklung erheischen die philosophisch-weltanschaulichen Überzeugungen bzw. die politisch-strategischen Konzeptionen, die der rezenten sozialdemokratischen Politik diesseits und jenseits des Kanals zugrunde liegen, erhöhte Aufmerksamkeit. Besondere Bedeutung kommt dabei sicherlich den Schriften Anthony Giddens zu, der als Direktor der renommierten London School of Economics und Berater von Premier Blair als einer der einflussreichsten Vordenker der »postmodernen« Sozialdemokratie gilt.

Der hier zur Rede stehende Band thematisiert in angenehmer Kürze die Grundzüge einer Strategie des »dritten Weges«, mit der nicht nur die Zukunft sozialdemokratischer Politik in Großbritannien, sondern überhaupt und überall gewonnen werden soll. Das Projekt »Erneuerung« kann nämlich vor allem in den Industrieländern nach Giddens nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie generell »bereit ist, ihre überkommenen Ansichten grundsätzlich in Frage zu stellen« (S. 7). »Unter dem »dritten Weg« verstehe ich eine Theorie und eine politische Praxis, mittels deren die Sozialdemokratie den grundlegenden Veränderungen in der Welt innerhalb der letzten zwei oder drei Jahrzehnte Rechnung trägt« (S. 38). Diese Politik steht, in der Wahrnehmung von Giddens, vor fünf Dilemmata – der Globalisierung, der Individualisierung, dem »Verschwinden« von Links und Rechts, den neuen Rahmenbedingungen politischen Handelns und vor ökologischen Notwendigkeiten. In Hinblick auf alle diese Herausforderungen wird von ihm der »Sozialdemokratie alten Stils« die Borniertheit ihrer traditionellen

Positionen vorgehalten und statt dessen innovativer Optimismus angeraten. Dieser gründet auf dem »Verzicht auf kollektive Lösungen« und zielt vor allem darauf, das »Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ... Rechte und Pflichten neu bestimmen« (S. 81). Statt Risikoaversion und Gefahrenmystik, die für die traditionelle Linke typisch seien, sieht Giddens überall Chancen.

Als zentrales Motto für die Ausschöpfung der Entwicklungspotentiale gilt: »Keine Rechte ohne Verpflichtungen«. Wem die Gesellschaft hilft, von dem darf sie ein hohes Maß an Eigenanstrengungen verlangen. Insgesamt geht es Giddens darum, ein Gesellschaftsmodell zu entwerfen, in dem soziale Solidarität wiederhergestellt wird und ökologische Probleme erfolgreich bearbeitet werden können, und zwar indem »Demokratisierung der Demokratie«, »kosmopolitische Einstellungen« und »philosophischer Konservatismus« miteinander kombiniert werden (vgl. 82ff.).

Damit sich die entsprechenden »Werte«, »Ziele«, die »neue Rolle« des Staates und der Zivilgesellschaft, die »demokratische Familie«, die »inklusive Gesellschaft«, die »kosmopolitische Nation« und wie die Schlüsselbegriffe des »dritten Weges« auch sonst noch – logisch nicht immer konsistent – heißen mögen, rasch verinnerlichen lassen, ist den einzelnen Abschnitten jeweils eine schematische Zusammenstellung beigelegt. Wer aus solchen Darstellungen mit dem Charakter von Merksätzen allerdings auf Stringenz und Klarheit der Positionen schließt, sieht sich schnell enttäuscht. Oft verläuft sich die Argumentation im eher verwirrenden »sowohl als auch« (vgl. insbesondere die Darlegungen zur »kosmopolitischen Nation« S. 152ff.) oder verkommt zur bloßen Begriffsakrobatik, wenn z. B. gefordert wird, »negative« durch »positive Begriffe« zu ersetzen: »Selbstbestimmung statt Not; nicht Krankheit, sondern aktive Gesundheitsvorsorge; Bildung als lebensbegleitend anstelle von Unwissenheit; Wohlergehen für Elend; und Initiative anstatt Faulheit« (S. 149). Das Beschwören von Chancen durch eine mitunter recht willkürlich anmutende »positive« Interpretation wirtschaftlicher wie sozialer Zusammenhänge ist die eine (eher unproblematische) Seite, daraus

praktische Politik zu gestalten, die andere (wesentlich schwierigere) Aufgabe.

Soweit jedoch die Zukunft der Politikstrukturen und -instrumentarien betroffen ist, erweist sich Giddens in entscheidenden Fragen als auffallend konservativ. Bei aller Innovationsbessenheit stehen weder der »starke Staat« (S. 151) noch die Parteiförmigkeit von politischen Macht- und Regierungsstrukturen zur Disposition. »Wie wichtig auch immer Bürgerbewegungen sein mögen, sie können als solche nicht regieren« (S. 68). Zudem werden die internationalen Strukturen der Vermachtung von Wirtschaft und Gesellschaft (GATT/WTO, IWF und Weltbank oder die EU – vgl. S. 164f. und 168) höchst unkritisch, beinahe fahrlässig euphorisch, verhandelt – überall nichts als Chancen! Worin das nachdrücklich eingeforderte, tatsächlich »Gehaltvolle« hinter der neuen Fassade sozialdemokratischer Politikentwürfe bestehen soll (vgl. S. 180), das bleibt am Ende doch einigermaßen im dunkeln.

Die Differenz, die zwischen den oft reichlich vagen Überlegungen von Giddens und der bundesdeutsch-sozialdemokratischen Realpolitik besteht, läßt sich zumindest in einem Punkt ziemlich genau bestimmen. Während der »Vordenker« nachdrücklich darauf verweist, daß sich »eine erneuerte Sozialdemokratie ... links von der Mitte befinden (muß), weil soziale Gerechtigkeit und emanzipatorische Politik nach wie vor ihren Kern bilden« (S. 59), haben die politischen Praktiker dies (insbesondere hierzulande) schlicht verdrängt. Im übereifrigen Bestreben, es dem Großunternehmertum unbedingt recht machen zu wollen, wurde das Bemühen um sozialen Ausgleich – ein ursozialdemokratischer Wert – einfach aufgegeben. Und derartiges hat Giddens nun wirklich nicht empfohlen.

ARNDT HOPFMANN

Stiftung erhielt neuen Namen

Die Mitgliederversammlung der Bundesstiftung Rosa Luxemburg beschloß am 14. Januar 2000 einen neuen Namen für die Stiftung. Sie heißt ab sofort

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

Anlaß war eine Mitteilung des Amtsgerichts Berlin, daß der bisherige, im Juni 1999 beschlossene Name zu ändern sei. Aus Sicht des Gerichts sei er irreführend – da er nach §18 Abs. 2 HGB den Eindruck erwecken könne, die Bundesrepublik Deutschland sei der Stiftungsgeber einer PDS-nahen Einrichtung. Mit der Wahl des Namens »Bundesstiftung Rosa Luxemburg« war nicht beabsichtigt, eine Nähe zu Institutionen des Bundes oder gar eine Identifikation mit ihnen zu suggerieren. Die Mitgliederversammlung der »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.« ließ sich bei ihrer Entscheidung im Juni 1999 ausschließlich von einer deutlichen Unterscheidbarkeit von jenen PDS-nahen Landesstiftungen und Vereinen leiten, die Rosa Luxemburg in ihrem Namen tragen. Die zuständigen Institutionen des Bundes standen einer PDS-nahen Bundesstiftung sehr lange ablehnend gegenüber. Deshalb erhielt die Stiftung erst im zweiten Halbjahr 1999 die ihr zustehenden Globalmittel aus dem Bundeshaushalt.

Rosa-Luxemburg-Preis

Für die Beantwortung der Frage

Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit miteinander vereinbar?

setzt die Rosa-Luxemburg-Stiftung
einen Preis aus
in Höhe von

10 000 DM

Antworten im Umfang von
maximal zweihunderttausend Zeichen
sind bis 30. September 2000
an folgende Adresse zu richten:

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Kennwort: Preisfrage
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Über die Verleihung des Preises
entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges
eine unabhängige Jury.

Der Preis wird am 13. Januar 2001 verliehen.

Zur Ausschreibung der Preisfrage

Die Bundesstiftung Rosa Luxemburg hat das ehrgeizige Ziel, zu einer Expertin für soziale Gerechtigkeit zu werden – in Deutschland und darüber hinaus. Dies ist ein langer Weg, auf dem jetzt die ersten Schritte gegangen werden. Die Stiftung hat zugleich das ehrgeizige Ziel, diese Gesellschaft im besten Sinne des Wortes zu beunruhigen, ihre Selbstgewissheiten zu hinterfragen. Und zu diesen Selbstgewissheiten gehört die neoliberale Annahme, dass große soziale Ungleichheit der unvermeidliche Preis politischer und wirtschaftlicher Freiheit ist. Große soziale Gruppen müssten auf dem Altar dieser Freiheit geopfert werden. Es ist offensichtlich, dass im letzten Jahrzehnt eine praktische Politik durchgesetzt wurde, die dieser These die Macht des Faktischen verleiht. Es ist aber unstatthaft, daraus auch die Macht des Richtigen, des Normativen, des Gerechten daraus abzuleiten.

Die Stiftung ist neugierig und sie will Neugierde herausfordern. Deshalb knüpft sie an die Tradition der Preisfragen aus der Aufklärung an. Berühmteste Antwort auf eine Preisfrage ist die von Jacques Rousseau, der auf die Frage „Was ist der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen und ist sie durch das Naturgesetz gerechtfertigt?“ mit seiner These antwortete: »Die Gesellschaft und die Gesetze, die so entstanden sind . . . , schufen für die Schwachen neue Fesseln, für die Reichen aber neue Macht, vernichteten unwiederbringlich die natürliche Freiheit, legten das Eigentum und die Ungleichheit für immer als Gesetz fest, machten aus einer listigen Ursurpation ein unaufhebbares Recht und verdamnten zum Vorteil einiger Ehrgeiziger die gesamte Menschheit zur Arbeit, zur Knechtschaft und zum Elend.« (Jacques Rousseau: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. In: Ders.: Frühe Schriften. Leipzig: Reclam, 1970, S. 178)

Rousseau leitete mit dieser Antwort die sozialwissenschaftlich aufklärerische Kritik an der modernen Ungleichheit ein. Es wäre wunderbar, wenn auch nur einige wenige Antworten, ja, nur eine einzige Antwort auf unsere Preisfrage sich den dadurch gesetzten Standards gerecht werden würde. Dies betrifft gleichermaßen die Sensibilität,

sich über Ungerechtigkeit zu empören wie die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Analyse. Rousseau schreibt in der gleichen Arbeit: »Man kann unter dem Fenster eines Philosophen seinesgleichen ermorden. Der Philosoph braucht sich nur die Ohren zuzuhalten und einige Vernunftsschlüsse zu ziehen; damit kann er die Natur unterdrücken, die sich in ihm empört und ihn antreibt, sich selbst als Person zu fühlen, die umgebracht wird.« (Ebenda, S. 151)

Wir stehen in der Tradition von Menschen, die Ungerechtigkeit nicht als eine Naturtatsache oder Sachzwang akzeptieren wollen und können. Wir wollen, dass Menschen sich heiss empören, sich weder die Ohren noch die Augen zu halten und auch nicht den Mund verbieten und verbieten lassen. Und wir wollen zugleich, dass sie die Gegenstände ihrer Empörung zugleich mit allen Mitteln wissenschaftlicher Distanz analysieren.

Unsere Frage ist eine wissenschaftliche Frage. Die Antworten sollen sich den Zwängen abstrahierender Modellbildung und kausalen Folgerns unterwerfen. Die Definition der verwandten Begriffe, die immer auch einengende Präzisierung der Fragestellung und vor allem die Schlüssigkeit der Argumentation sind gefordert. Wir erwarten von den Teilnehmern an dieser Ausschreibung, dass sie sich auch dann an wissenschaftlichen Kriterien orientieren, wenn die rationalen Folgerungen nicht den eigenen Wünschen folgen. Dies scheint ein zwingend notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Kriterium wissenschaftlicher Wahrheit.

Wir sind sehr gespannt auf unerwartete, auf wirklich neue Antworten auf eine sehr alte Frage. Und vielleicht besteht die wichtigste Antwort auch darin, die Frage auf eine originäre Weise neu zu formulieren und die Formulierung zu begründen.

Wer würde heute noch die Akademie von Dijon kennen, wenn ihre Frage nicht eine solche Antwort provoziert hätte. Wir hoffen sehr: In einem Jahr wird es zumindest einen guten Grund mehr geben, diese Stiftung zu kennen – nämlich die Antworten auf unsere Frage.

MICHAEL BRIE

Ausstellung

»Rosa Luxemburg – ein Leben für die sozialistische Idee«

Die Ausstellung wurde von der 1921 geborenen Maxi Besold aus München konzipiert und gestaltet. Sie begann damit aus Anlass des 125. Geburtstages von Rosa Luxemburg im Jahre 1996. Das erste Mal konnte die Ausstellung am 15. Januar 1997 gezeigt werden. Sechs Wochen lang waren die 34 Tafeln im Münchner DGB-Haus zu sehen. »Ich war überrascht von dem Erfolg und von dem Zuspruch«, erinnert sie sich heute.

Das Leben Rosa Luxemburgs habe Maxi Besold schon immer sehr bewegt. Ihre Mutter, eine aktive linke Sozialdemokratin, habe ihr viel von der engagierten Sozialistin erzählt. »Ich wollte etwas tun, um auf das Erbe Rosa Luxemburgs aufmerksam zu machen.« Rosa Luxemburg könne auch heute noch Wege weisen zu Alternativen für eine bessere Gesellschaft und für eine »saubere Politik«. »Der Kapitalismus ist die Zerstörung unserer Erde«, betont Maxi Besold.

Die Münchnerin zeigt jedoch nicht nur die Politikerin und Theoretikerin Rosa Luxemburg. Was ursprünglich für München gedacht war, fand inzwischen in mehr als fünfzehn Städten der Bundesrepublik einen Ausstellungsraum. Hamburg, Bremen, Chemnitz, Dresden waren einige Stationen vor Berlin. Mönchengladbach und Düsseldorf werden folgen.

Die Ausstellung ist bis Ende Februar in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu besichtigen.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 57)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Preisliste für frühere Hefte

| | | |
|----------------|----|------|
| Heft 1 bis 62: | je | 2 DM |
| Heft 63 bis 98 | je | 5 DM |